

POLITISCHE STUDIEN 454

 Hanns
Seidel
Stiftung

Orientierung durch Information und Dialog

65. Jahrgang | März-April 2014 | ISSN 0032-3462 | € 5,50

/// IM FOKUS

EUROPA VOR DEN WAHLEN

Mit Beiträgen von

Markus Ferber | Paul Kirchhof | Bernd Rill | Werner Weidenfeld



/// HELGA HAFTENDORN Politische-Studien-Zeitgespräch zum Kampf um den Nordpol

/// HELMUT BRUNNER Tierhaltung in der Landwirtschaft

/// CHRISTIAN HACKE Der Erste Weltkrieg und Amerikas Aufstieg zur Weltmacht

www.hss.de



„Deutschland muss eine verantwortungsvolle Führungsrolle in Europa übernehmen.“

VERANTWORTLICHE FÜHRUNG FÜR EIN STARKES EUROPA

Nach dem Machtwechsel in der Ukraine stellen sich zwei Herkulesaufgaben: Der drohende Staatsbankrott des zweitgrößten Flächenstaates Europas, der sich „am Rande der Zahlungsunfähigkeit“ (Übergangspräsident Oleksandr Turtschinow) befindet, muss abgewendet, die nationale Einheit (wieder-)hergestellt werden. Finanzielle Hilfestellung werden mehrere Akteure leisten müssen, darunter auch G 20 und IWF. Politisch ist vor allem Europa gefordert. Dass Deutschland sich seiner diesbezüglichen Führungsverantwortung bewusst ist, daran hat Bundeskanzlerin Merkel keinen Zweifel gelassen.

In der Vergangenheit wurde Berlin von Vertretern einiger EU-Staaten mitunter vorgeworfen, es sei vom Kurs des kooperativen Multilateralismus abgewichen und primär auf die Wahrung seiner nationalen Interessen fixiert. Andere Akteure wie Polens Außenminister Sikorski kritisierten Deutschlands „Inaktivität“ und forderten es hingegen zur Übernahme einer Führungsrolle auf.

Das gemeinsame europäische Ziel einer finanziellen und politischen Konsolidierung der Ukraine kann dazu beitragen, dass kooperativer Multilateralismus und verantwortungsvolle Führung sich nicht nur nicht ausschließen, sondern unter einer Voraussetzung sogar gegenseitig verstärken: dass nämlich Führung so angelegt ist, dass sie im Kreise der Partner nicht als Dominanz wahrgenommen wird, sondern als „Vorangehen“ mit dem Ziel der Stärkung Europas im Inneren und letzten Endes auch im Wettbewerb mit anderen Staaten, Regionen und Kontinenten.

Als „Zentralmacht Europas“ (Hans-Peter Schwarz) ist Deutschland nachgerade verpflichtet, eine verantwortungsvolle Führungsrolle in Europa zu übernehmen, die kontinuierlich ausgeübt wird, um die außenpolitische Berechenbarkeit und Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik zu untermauern.

Reinhard Meier-Walser

**Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
ist Chefredakteur der Politischen Studien und Leiter der Akademie
für Politik und Zeitgeschehen der Hans-Seidel-Stiftung, München.**

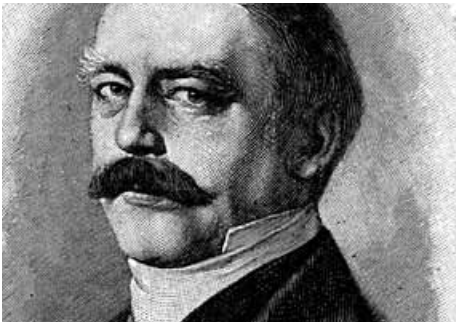
INHALT



06

IM FOKUS

- 15 BAUSTELLE EUROPA**
Einführung
HANS ZEHETMAIR
- 19 DIE HISTORISCHE BEDEUTUNG DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION**
Anmerkungen
BERND RILL
- 26 DIE POLITISCHE DIMENSION DER EUROPAWAHL**
Eine Stärkung der demokratischen Legitimation ist nötig
MARKUS FERBER
- 33 DER VERLUST DES RECHTS ALS GEFAHR FÜR EUROPA**
Die Rechtlichkeit der EU ist strukturell bedroht
PAUL KIRCHHOF
- 42 AUF DER SUCHE NACH EINER ZUKUNFTSSTRATEGIE**
Europa in der Krise
WERNER WEIDENFELD



19



50



56

POLITISCHE-STUDIEN- ZEITGESPRÄCH

- 06 DER KAMPF UM DEN NORDPOL – WEM GEHÖRT DIE ARKTIS?**
Politische-Studien-Zeitgespräch mit
HELGA HAFTENDORN

ANALYSEN

- 50 TIERHALTUNG IN DER LANDWIRTSCHAFT**
Auf Wohl und Gedeihen
HELMUT BRUNNER
- 56 DER DEUTSCHE IMMOBILIENMARKT**
Die unterschätzte Größe
HARTMUT BULWIEN
- 66 DER ERSTE WELTKRIEG UND AMERIKAS AUFSTIEG ZUR WELTMACHT**
Das „amerikanische“ Jahrhundert
CHRISTIAN HACKE

AKTUELLES BUCH

- 74 EIN STREITBARER UND SEINE STREITPUNKTE**
Festschrift für Eckhard Jesse
URSULA MÜNCH

RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL**
76 REZENSIONEN
92 AUSSCHREIBUNG: „FÖRDERPREIS FÜR POLITISCHE PUBLIZISTIK“
94 ANKÜNDIGUNGEN
98 IMPRESSUM

/// Politische-Studien-Zeitgespräch

DER KAMPF UM DEN NORDPOL – WEM GEHÖRT DIE ARKTIS?

HELGA HAFTENDORN /// war bis zu ihrer Emeritierung Universitätsprofessorin für Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin. Sie ist seit vielen Jahren eine ausgewiesene Kennerin der Arktis und war von 2010 bis 2013 als Expertin im Forschungsverbund GeoNorth tätig. Als im September 2013 Aktivisten der Umweltorganisation Greenpeace in russischen Gewässern gegen die Ölförderung der Arktis an der Ölplattform Prirazlomnaya von Gazprom demonstrierten, war das mediale Interesse ob ihrer Verhaftung groß. Die Arktis, eine der unwirtlichsten Regionen der Erde, rückte wieder einmal für kurze Zeit in den Fokus der Öffentlichkeit. Hin und wieder kommt eine Story in die Nachrichtenmagazine, die von Seltenen Erden unter dem Eis, von Flaggen, die unter Wasser gehisst werden, und von Territorialdisputen berichtet. Im Interview erläutert Prof. Helga Haftendorn den Politischen Studien die Hintergründe.

Politische Studien: Frau Professor Haftendorn, schon seit einigen Jahren ist die Arktis ein regelmäßiges Thema internationaler Konferenzen. Längst interessieren sich nicht mehr nur Klimaforscher und Biologen für den Hohen Norden, sondern auch Politiker und Ökonomen. Woher kommt das Interesse?

Helga Haftendorn: Viel stärker als in mittleren geographischen Breiten wirkt sich der Klimawandel in der zirkumpolaren Region aus. Durch das – allerdings langsame – Schmelzen des arktischen Eises wird die Region zugänglicher für die Völker des Nordens, für Rohstoff-

Prospektoren und Touristen. Diese hinterlassen ihren „Fußabdruck“ in einem bisher weitgehend unberührten Ökosystem. Dadurch ändern sich die Lebensgrundlagen der dort lebenden Menschen, insbesondere der indigenen Bevölkerung, und zwingen die Regierungen der Arktisanrainer – Dänemark (mit Grönland und den Färöern), Kanada, Norwegen, Russland und die USA – zum Handeln. Bereits 1991 haben diese (zusammen mit Finnland, Island und Schweden) eine Strategie zum Schutz der Umwelt (Arctic Environmental Protection Strategy, AEPS) verabschiedet



Foto: S. Hendricks, Alfred-Wegener-Institut

Wissenschaftler des Alfred-Wegener-Instituts bei Bohrungen im Meereis, um die Eisdicke zu messen.

und sich verpflichtet, den arktischen Lebensraum gemeinsam zu schützen. Dies geschah weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit.

Die große publizistische Aufmerksamkeit in den letzten Jahren hat jedoch eine andere Ursache. Sie folgte auf die russische „Arktika-Mission“ zum Nordpol. Mit einem besonders konstruierten Unterseeboot ließ die russische Regierung am 2. August 2007 unter dem geo-

graphischen Nordpol eine Plakette mit der russischen Flagge niederlegen. Damit unterstrich sie ihren Anspruch auf über ihre ausschließliche Wirtschaftszone hinausgehende Gebiete im Arktischen Ozean, insbesondere auf den Lomonossow-Rücken. Bereits 2002 hatte die russische Regierung Ansprüche auf

„ Die große publizistische Aufmerksamkeit in den letzten Jahren folgte auf die russische ‚Arktika-Mission‘ zum Nordpol. „

große, ihrem Schelf vorgelagerte Gebiete bei der UN-Kommission zur Festlegung des Küstenschelfs (CLCS) mit der Begründung erhoben, dass sich das russische Schelf weit in den Arktischen Ozean hinaus erstreckt. Die CLCS hat Moskau jedoch aufgefordert, weitere geographische und geologische Beweise vorzulegen. Die russische Polarmission gab Anlass zu der Sorge, dass Moskau sich die beanspruchten Gebiete gewaltsam einverleiben könnte. Sie fand ihren Niederschlag in Aufsatz- und Tagungstiteln (z. B. der Hanns-Seidel-Stiftung) wie „Der Kampf um den Nordpol“.

Politische Studien: Das Alfred-Wegener-Institut geht davon aus, dass die Eisdecke der Arktis langfristig abnehmen wird. Welche Auswirkungen hat diese Abnahme für die Anrainerstaaten? Werden bald überall am Nordpol Seltene Erden abgebaut?

Helga Haftendorn: Das AWI ebenso wie andere internationale Forschungsinstitute gehen von einem allmählichen Abschmelzen des Seeises und einem Rückzug der arktischen Gletscher aus. Dieser Prozess erfolgt jedoch nicht gleichmäßig, sondern zeitlich und räumlich verschieden. Im August 2013 waren – im Unterschied zu den beiden Vorjahren – weder die Nordwest-Passage durch den kanadischen Archipel noch der Nördliche Seeweg entlang der Küste Si-

biens eisfrei. So geriet unser Expeditionsschiff Anfang August 2013 auf dem Weg zur (russischen) Wrangel-Insel nördlich der Halbinsel Chuchotka in dichtes Treibeis.

Auf einige der Auswirkungen des Klimawandels in der arktischen Region bin ich bereits eingegangen. „Am Nordpol“ gibt es keine Lagerstätten von Seltenen Erden; solche befinden sich in der Polarregion vor allem in Grönland, in Kanada und auf der Kola-Halbinsel. Interessant sind in der Region aber die vermuteten Öl- und Gasvorkommen. Der Geographische Dienst der USA (USGS) hat derartige Vorkommen bereits vor einigen Jahren kartiert, jedoch darauf hingewiesen, dass sie vor allem auf dem Küstenschelf und nicht im Arktischen Ozean vermutet werden.

Politische Studien: Das Grönländische Parlament hat beschlossen, ausländischen Firmen den Abbau von Aluminium und Uran zu genehmigen. Besonders Unternehmen aus China sollen auf Grönland aktiv sein. Sehen wir da den Beginn eines asiatischen Kolonialismus in Europa?

Helga Haftendorn: Es ist richtig, dass das 2013 neu gewählte grönländische Parlament eine Änderung der Rohstoffpolitik des Landes beschlossen hat. Nach dem Inkrafttreten des Selbstverwaltungsstatuts im Jahre 2009, mit dem den grönländischen Behörden die Verwaltung der Rohstoffe übertragen wurde, haben diese erst einmal die vor-



„Einen ‚asiatischen Kolonialismus‘ gibt es in Grönland bisher nicht, aber man könnte von derartigen Versuchen in Island sprechen.“

handenen Explorationsverträge überprüft und entschieden, dass die Seltenen Erden im Ilimaussaq-Kvanefjeld-Komplex im Süden Grönlands nicht abgebaut werden sollen, da sie mit Uran vermischt sind. Mit der Regierungsübernahme durch die Siamut-Partei änderte sich dies jedoch. Die grönländischen Behörden hoffen, dass sie mit den Rohstofflösen ihre Abhängigkeit von den finanziellen Leistungen Dänemarks reduzieren und auf dem Weg zur vollständigen Unabhängigkeit vorankommen können.

Dem im grönländisch-australischen Besitz befindlichen Bergbauunternehmen „Greenland Minerals and Energy Ltd.“ wurde 2013 die Genehmigung zur weiteren Exploration und zum Abbau der Erzvorkommen in Kvanefjeld erteilt. In der Leitung des Unternehmens sind vor allem Australier tätig; es wird an der australischen Börse gelistet. Von einer chinesischen Beteiligung ist mir nichts bekannt, wenn auch die Regierung in Peking ein großes Interesse an einem Erwerb von Lizenzen zur Ausbeutung von Rohstoffen in Grönland geäußert und 2012 nachhaltige Investitionen zum Ausbau des Hafens und des Flughafens von Nuuk, der an der Westküste gelegenen Hauptstadt Grönlands, angekündigt hat.

Einen „asiatischen Kolonialismus“ gibt es in Grönland bisher nicht. Eher könnte man von derartigen Versuchen

in Island sprechen, wo China nicht nur die zahlenmäßig größte Botschaft unterhält, sondern auch verschiedene Unternehmen mit der im Land reichlich vorhandenen Hydroenergie betreibt. Den Bau eines weiteren Aluminiumwerkes im Norden der Insel hat die isländische Regierung ebenso wie den Bau eines großen Touristik-Komplexes abgelehnt, da Peking diese vor allem mit chinesischen Arbeitern betreiben wollte. Auch das spektakuläre Opernhaus in Reykjavik wurde weitgehend mit chinesischen Krediten und chinesischen Arbeitern erbaut.

Politische Studien: Das ewige Eis hat über Jahrzehnte die internationale Politik nicht interessiert. Wem gehört denn die Arktis?

Helga Haftendorn: Die zirkumpolare Landmasse ebenso wie die sich daran anschließenden Territorialgewässer unterstehen jeweils der Souveränität der fünf arktischen Staaten. Für die See- und Schelfgebiete gilt das Seerechts-Übereinkommen der Vereinten Nationen (SRÜ bzw. UN Law of the Sea Convention, UNCLOS) von 1982 (in Kraft seit 1994). Es regelt die Ausdehnung der Territorialgewässer (12 Sm), der ausschließlichen Wirtschaftszone (200 Sm) und die mögliche Expansion der Schelf-



„Interessant in der Region sind die vermuteten Öl- und Gasvorkommen.“



Es droht kein neuer Kalter Krieg um Zugang und Kontrolle nördlich des Polarkreises.

gebiete auf 350 Sm. Über das Recht zur Ausdehnung entscheidet auf Antrag die UN-Küstenschelf-Kommission (CLCS). Zur Regelung von Streitfragen wurde ein Internationaler Seegerichtshof (ISGH) eingerichtet. Mit Ausnahme der USA sind alle arktischen Staaten Mitglieder des SRÜ.

Am 6. Dezember 2013 hat Kanada entsprechend den UNCLOS-Regularien der Küstenschelf-Kommission seine Ansprüche auf Teile seines Küstenschelfs im Atlantischen Ozean vorgelegt. Diese betreffen nicht die Arktis. Die Regierung von PM Stephen Harper hat sich jedoch vorbehalten, auch Ansprüche auf arktische Schelfgebiete zu stellen. Sie könnten sich u. U. auch auf Teile des Lomonossow-Rückens beziehen.

Politische Studien: Strittige Besitzansprüche zwischen Russland, Kanada und europäischen Staaten sind also noch immer nicht ausgeräumt. Droht ein neuer Kalter Krieg um Zugang und Kontrolle nördlich des Polarkreises?

Helga Haftendorn: Die Antwort auf Ihre Frage ist ein klares Nein. Die Drohung mit einem neuen Kalten Krieg ist zwar weiterhin ein beliebtes Thema des SPIEGELS und ähnlicher Presseerzeugnisse, hat aber derzeit nicht viel mit der Realität zu tun. Akut ist nur der – wirklich unbedeutende – Dissens zwischen Dä-

nemark und Kanada über die unbewohnte und nur 1,5 qkm große Insel Hans in der Nares Straße, bei dem beide Regierungen aber einer einvernehmlichen Regelung nahe sind. Einer der in der Vergangenheit gefährlichsten Konflikte, derjenige über die Seegrenze zwischen Norwegen und Russland im Nordmeer, wurde 2010 im norwegisch-russischen Barentssee-Vertrag mit einem Kompromiss geregelt. Über die Seegrenze in der rohstoffreichen Beaufort-See wird zwischen Kanada und den USA intensiv verhandelt und eine rasche Regelung in Aussicht genommen. Die Seegrenze zwischen den USA und Russland in der Bering-See wurde 1991 vertraglich festgelegt. Dieser Vertrag wurde vom U.S. Senat ratifiziert, aber nicht von der russischen Duma. Bisher weigert sich Moskau, den noch vom sowjetischen Außenminister Edward Schwardnadse abgeschlossenen Vertrag als für Russland bindend anzuerkennen. Da heute weder Russland noch die USA in der Region substanzielle Streitkräfte unterhalten, ist ein militärischer Konflikt sehr unwahrscheinlich.

Gegenwärtig gibt es nur zwei offene Konfliktfelder. Umstritten ist die Souveränität über die Territorialgewässer um Spitzbergen. Die Insel selbst wurde 1920 im Spitzbergen-Vertrag einschließlich seiner Territorialgewässer von damals 3 Sm Norwegen zugesprochen. Gleichzeitig wurde aber festgelegt, dass die Inselgruppe entmilitarisiert bleiben

und ihre wirtschaftliche Nutzung allen Unterzeichnerstaaten offen stehen müsste. Unklar ist jedoch, ob auch das Schelf des Spitzbergen-Archipels – wie von Oslo beansprucht – zu Norwegen gehört oder ob seine Ausbeutung ebenfalls allen Unterzeichnerstaaten zugänglich ist. Ein zweiter, sehr viel gefährlicherer Konflikt könnte sich in Zukunft aus den russischen Ansprüchen auf den Lomonossow-Rücken im Arktischen Ozean ergeben. Sollte die UN-Kommission eines Tages entscheiden, dass neben Russland auch Dänemark (für Grönland) und Kanada geologisch gerechtfertigte Ansprüche auf diesen erheben können, könnte Moskau versucht sein, seine Ansprüche mit Drohungen und Gewaltdemonstrationen durchzusetzen. Bereits vor einiger Zeit hat Präsident Wladimir Putin eine verstärkte Rüstung in den russischen Polargebieten angekündigt und dies mit der „aggressiven“ Politik der USA begründet. Diesem Ziel dienen der Bau weiterer moderner Atom-Eisbrecher, die Wiedereröffnung von Flugplätzen östlich von Nowaja Semlija und die Stationierung kleinerer Infanterieeinheiten in Sibirien.

Bisher hat sich Russland jedoch weitgehend an die Vorgaben des SRÜ gehalten. Eine Ausnahme stellte im November 2013 seine Weigerung dar, den Schiedsspruch des ISGH im Fall des Greenpeace-Schiffes „Arctic Sunrise“ zu akzeptieren. Moskau beruft sich da-

bei auf zwei Vorbehalte, die es bei der Ratifizierung des UN SRÜ eingelegt hat und die dessen Geltung für Russland beschränken.

Politische Studien: Die Nordwestpassage hat sich seit einigen Jahren als Route für Expeditionskreuzfahrten etabliert. Ihr wird keine große Bedeutung für die Handelsschiffahrt zugeschrieben. Die Nordostpassage, genauer die Northern Sea Route, wird von Reedern und Unternehmen dagegen mit großem Interesse beobachtet. Welche Rolle spielen die beiden berühmten Seewege der Arktis?

Helga Haftendorn: Die Nordwest-Passage (NWP) durch den kanadischen Archipel und entlang der Küste Alaskas ist in der Tat eine der schönsten arktischen Passagen – bei guten Wetterbedingungen. Im August war sie – im Gegensatz zu 2011 und 2012 – jedoch nur mit Hilfe von Eisbrechern befahrbar. Da ihre westlichen Ausgänge sehr schmal sind und sich dort häufig Treibeis sammelt, lässt sie bisher keinen regelmäßigen Schiffsverkehr zu. Der nördliche Seeweg (NSR) entlang der Küste Sibiriens ist dagegen im Sommer meist relativ gut passierbar und wird inzwischen regelmäßig von den Handelsschiffen verschiedener Nationen sowohl im Destination Traffic als auch im Transit benutzt.



Ein sehr viel gefährlicherer Konflikt könnte sich in Zukunft aus den russischen Ansprüchen auf den Lomonossow-Rücken im Arktischen Ozean ergeben.

Obwohl die Passage durch den Nördlichen Seeweg die Route von Rotterdam nach Yokohama auf ein Drittel der Route durch den Suez-Kanal und die Straße von Malakka verkürzt, ist nicht zu erwarten, dass diese Passage in den nächsten 10 bis 15 Jahren ganzjährig von der zivilen Handelsschifffahrt genutzt werden wird. Bisher ist die eisfreie Periode (Mitte Juli bis Ende September) noch zu kurz, um regelmäßige Transporte zu erlauben. Hinzu kommt, dass Russland – ebenso wie Kanada im Fall der NWP – den Seeweg als interne Wasserstraße beansprucht, restriktive Durchfahrtsbestimmungen erlassen hat und hohe Transitgebühren erhebt. Ich sehe beide Passagen daher eher als Zukunftsprojekte denn als reale Möglichkeiten.

Politische Studien: Neben dem wirtschaftlichen Nutzen eines offenen Seeweges in der Arktis befürchten Sie Auswirkungen auf unsere strategische Sicherheit, wenn der Weg von Asien nach Europa plötzlich auch über das Nordmeer möglich ist?

Helga Haftendorn: Während des Ost-West-Konflikts war der Luftraum über der Arktis ein wichtiges Überfluggebiet für amerikanische wie für russische Langstreckenraketen. Unter dem Eis operierten die nuklearen Unterseeboote beider Supermächte, und die Luftwaffen der USA und der Sowjetunion unter-

nahmen Aufklärungsflüge bis an die Grenzen des gegnerischen Territoriums. Es ist anzunehmen, dass ein Teil dieser Aktivitäten fortgeführt wird. Vor etwa 10 Jahren hat Moskau die Aufklärungsflüge entlang der Küsten von Norwegen und Kanada wieder aufgenommen, ohne aber in der Regel den Luftraum dieser Staaten zu verletzen. Für die USA ist die arktische Region heute vor allem für die Raketenabwehr von Bedeutung. Anstelle der U.S. Luftwaffenbasis in Thule befindet sich heute in Nordgrönland eine große Radarstation. Russland hat in den letzten Jahren seine Nordflotte modernisiert, deren Heimathafen Seweromorsk in der Nähe von Murmansk ist. Außerdem wurden die dem Innenministerium unterstehenden Grenzschutzeinheiten auf der Kola-Halbinsel und in Nordwest-Russland wesentlich verstärkt. Dagegen sind die militärischen Anlagen in Ostsibirien und auf der Wrangel-Halbinsel vollständig abgebaut worden. Von der einstigen sowjetischen militärischen Präsenz künden heute nur noch rostige Schiffswracks, leere Ölfässer und verfallene Plattenbauten. Daher sehe ich keine erhöhte Bedrohung durch eine größere Durchlässigkeit der arktischen Seewege. Außerdem: Unterseeboote und ballistische Raketen benötigen keine Seewege.

Politische Studien: Welche Formen internationaler Zusammenarbeit gibt es be-



Das wichtigste Forum ist der Arktische Rat.

reits? Welche Bedeutung kommt dabei der EU zu?

Helga Haftendorn: Das wichtigste Forum ist der Arktische Rat (AR). Er wurde zur Implementierung der AEPS 1996 geschaffen und sollte deren Umsetzung sowie die Kooperation zwischen den arktischen Staaten erleichtern. Der AR ist jedoch kein Entscheidungs-, sondern ein Beratungsgremium, das Entscheidungen nur vorbereitet, so z. B. den 2010 von den arktischen Staaten – nicht dem AC – abgeschlossenen Vertrag über See-Not-Rettung (S&R Treaty) und die 2013 beschlossenen Leitlinien zur Verhinderung einer Ölverschmutzung der Meere. Die Hauptarbeit geschieht in den wissenschaftlichen Arbeitsgruppen und Task Forces. Außer den acht arktischen Staaten gehören dem Rat als Ständige Beobachter sechs Vertreter der indigenen Völker an, die jeweils durch Zusammenschlüsse der Urbewohner vertreten sind: Aleut International Association, Arctic Athabaskan Council, Gwich'in Council, Inuit Circumpolar Council, Russian Association of Indigenous Peoples of the North (RAIPON) und Sámi Council. Einen nicht-ständigen Beobachtersitz haben derzeit 12 aus wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Gründen an der Polarregion besonders interessierte Organisationen und Staaten, darunter Deutschland und seit 2013 u. a. China.

Für die skandinavischen Arktis-Staaten sind darüber hinaus der Nordische Rat und deren Versammlung von

Bedeutung. Ihnen gehören Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden an. Für die Beziehungen zu Russland hat der Barents-European-Atlantic Council (BEAC) große Bedeutung, da in ihm auch die EU mitwirkt und er vor allem auf regionaler, substaatlicher Ebene agiert. Für die arktischen Staaten sind weiter die Internationale Seeschifffahrts-Organisation (IMO) und ihre Konventionen sowie die Vereinten Nationen und ihre Unterorganisationen von Bedeutung. Schließlich gibt es noch eine Reihe weiterer regionaler oder problembezogener Zusammenschlüsse, z. B. zur Regelung des Fischfangs.

Die Europäische Union wirkt jedoch nicht im AR mit. Ihr Gesuch um Aufnahme als Ständiger Beobachter wurde mehrfach abgelehnt. Insbesondere die indigenen Völker kritisieren das EU-Verbot von aus Eisbären, Robben und Walen gefertigten Produkten, welche traditionell von den grönländischen und kanadischen Inuit sowie sibirischen indigenen Völkern gejagt und verarbeitet werden. Von Fall zu Fall befassen sich alle Gremien der EU mit Fragen der Arktis, insbesondere Kommission und Parlament. Im Amt der EU-Außenbeauftragten wurde auch eine europäische Arktis-Strategie entwickelt.

Politische Studien: Lassen Sie uns zum Abschluss noch eine Aussicht in die Zu-



Ich sehe keine erhöhte Bedrohung durch eine größere Durchlässigkeit der arktischen Seewege.

kunft wagen. Wie wird Ihrer Meinung nach der Status der Arktis im Jahr 2030 geregelt sein?

Helga Haftendorn: Der völkerrechtliche Status der Arktis wird sich, abgesehen von kleineren Änderungen bei der Festlegung der Seegrenzen, in den nächsten 10 bis 15 Jahren voraussichtlich nur wenig ändern. Für den Interessenskonflikt über den Lomonosow-Rücken dürfte keine Lösung in Sicht sein. Bei Fortdauer der Klimaerwärmung wird der arktische Eispanzer weiter abschmelzen, aber nicht linear und überall gleichmäßig. NWP und NSW könnten an Bedeutung verlieren, wenn das Seeeis soweit zurückgeht, dass für die Schifffahrt eine Route direkt über den Pol genutzt werden kann. Norwegische Reeder bereiten sich bereits auf diese Option vor. Die Bedeutung Islands und Norwegens als Ausgangspunkt oder Zwischenstopp auf der Polroute dürfte dann entsprechend wachsen. Angesichts der klimatischen und geographischen Bedingungen und der hohen Kosten wird die Ausbeutung der Rohstoffe in der arktischen Region nur langsam vorankommen. Ich kann mir daher nicht vorstellen, dass es in den nächsten 10 bis 15 Jahren zu einem „Rohstoffkrieg“ in der arktischen Region kommt. Viel eher dürften strittige Souveränitäts- und Gebietsansprüche auf das arktische Schelf zu möglicherweise auch gewaltsam ausgetragenen Konflikten führen.

Politische Studien: Frau Professor Haftendorn, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Die Fragen stellte David Ermes, Hospitant der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München und Master's Candidate am Department of

Peace and Conflict Research in Uppsala, Schweden. ///



Quelle: Reinhard Scheiblich

/// PROF. DR. HELGA HAFTENDORN ist Universitätsprofessorin em. für Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin.

/// Einführung

BAUSTELLE EUROPA

HANS ZEHETMAIR /// Europa ist wieder einmal eine große Baustelle. Es muss einschneidende Maßnahmen ergreifen, um die noch nicht ausgestandene Finanz- und Schuldenkrise zu meistern. Neu ist dieser Zustand nicht. Europa war, seit unser Kontinent eine kulturelle Einheit und einen gewissen politischen Zusammenhang aufweist, schon immer eine Baustelle. Nicht von ungefähr steht dieses Laboratorium der unterschiedlichen und sich ergänzenden Gedanken und Ordnungsvorstellungen heute unter dem Motto: In Vielfalt geeint.

Diese vitale Vielfalt zieht sich durch die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Europäischen Union. Die europäische Integration der Nachkriegszeit ist trotz ihrer bisherigen phänomenalen Erfolge stets ein Experimentierfeld geblieben, ein „work in progress“ im positiven Sinne. Dieser zukunftsorientierte, dynamische Charakter findet sich wieder im Text des Vertrages von Lissabon. Die Europäische Union, heißt es in der Präambel, sei „entschlossen, den mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften eingeleiteten Prozess der europäischen Integration auf eine neue Stufe zu heben, ... in dem Wunsch, die Solidarität zwischen ihren Völkern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Traditionen zu stärken, ... in dem festen Willen, ... den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Völker ... zu fördern und Politiken zu verfolgen, die gewährleis-

ten, dass Fortschritte bei der wirtschaftlichen Integration mit parallelen Fortschritten auf anderen Gebieten einhergehen“. In diesen Sätzen wird das Grundthema der europäischen Integration seit ihrem Beginn in den 1950er-Jahren intoniert, das Leitmotiv, dass die Wirtschaft der vereinigte Ausgangspunkt zu einem auch politischen Zusammenschluss werden soll.

Die Hoffnung, aus wirtschaftlicher Kooperation ergäbe sich die politische mit gleicher Intensität, hat sich im europäischen Einigungsprozess allerdings

Die **EUROPÄISCHE** Integration ist noch nicht vollendet.



Quelle: kanvag/fotoia.com

Wohlstandsmaximierung führt nicht automatisch zu politischer Eintracht.

bisher noch zu wenig erfüllt. Haben wir auf der einen Seite die konstante Achse der deutsch-französischen Zusammenarbeit, deren Ergebnissen die anderen Partnerländer folgen können, lässt auf der anderen Seite die allgemein-europäische Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik noch deutlich zu wünschen übrig. Wir brauchen eine starke und selbstbewusste Europäische Union, die den Globalisierungsprozess maßgeblich mitgestaltet und dabei entschlossen für die Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand eintritt.

Gerade in diesem Jahr 2014, da der hundertste Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs im Kalender

steht, gibt die aktuelle europäische Diskrepanz zwischen wirtschaftlicher und politischer Integration Anlass, noch einmal in die Geschichte zurückzublicken. Damals, zu Beginn des 20. Jahrhunderts, hielt man es für ausgeschlossen, dass zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien jemals ein Krieg ausbrechen könnte. Die Wirtschaften beider Staaten, meinte man, seien in einem derartigen Ausmaße ineinander verflochten, dass man wegen des zu erwartenden ungeheuren Schadens im Kriegsfall auf beiden Seiten unbedingt den Friedenszustand bewahren würde. Diese Perspektive hat sich bekanntlich nicht bewahrheitet. Es

handelt sich bei ihr um eine Grundvorstellung des damaligen Liberalismus, dass Handel und Wandel von sich aus den Frieden und damit das Fundament für den Fortschritt der Menschheit hervorbrächten. Das historische Beispiel lässt den Hinweis zu, dass Wohlstandsmaximierung durch ökonomische Zusammenarbeit nicht wie selbstverständlich zu Eintracht in politischen Fragen führt, die von den einzelnen Partnern als vital angesehen werden. Diese ist kein Selbstläufer, sondern will hart erarbeitet sein.

Das gemeinsame vitale Interesse der Gründungsmitglieder der EWG und heutigen EU war die definitive Herstellung eines Friedenszustandes zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern (völkerrechtlich erst durch den „2+4-Vertrag“ von 1990). Das Potenzial des freien Europa war gegen den sowjetischen Dominationsdruck zu vereinigen und damit der europäisch-amerikanischen Partnerschaft ein starker Pfeiler auf dem „alten Kontinent“ zu verschaffen. Es war also der außenpolitische Leidensdruck, der die wirtschaftliche Integration voranbrachte, eine dem angesprochenen theoretischen Grundgedanken des Liberalismus diametral entgegenstehende Entwicklung.

Der außenpolitische Leidensdruck ist seit dem Zusammenbruch des Kommunismus weggefallen. Die seitdem virulent gewordenen Bedrohungsszenarien scheinen für viele Europäer nicht eine mit dem ehemaligen Eisernen Vorhang, der quer durch Mitteleuropa eine unmittlere Präsenz von Unmenschlichkeit aufgebaut hatte, vergleichbare, unübersehbare Stringenz zu haben. Dem entsprechend wachsen die Fliehkräfte in der europäischen Familie. Der Ruf zur Rückkehr nach nationalpolitischen Al-

leingängen wird lauter, verbunden mit Xenophobie, Politikverdrossenheit und dem Propagieren von faschistoiden Radikallösungen anstehender Probleme. Dies kann und darf im 21. Jahrhundert keine Lösung sein.

Die Manager, Mitläufer und Förderer dieser Fliehkräfte versuchen, ihren Einfluss auf den gegebenen legalen Wegen auszuweiten: in den nationalen Parlamenten und auch im Europäischen Parlament, dessen Neuwahl im Mai dieses Jahres ansteht. Das EP hat seit der Konstituierung seiner Urzelle, der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, 1952), an demokratischen Kompetenzen, wie sie der klassischen Lehre von der zentralen Rolle einer Volksvertretung entsprechen, beständig zugenommen. Nach dem Vertrag von Lissabon kann es sogar den Präsidenten der Kommission, die ja das leitende Administrativorgan der EU dar-

Der zunehmenden EUROPASKEPSIS muss begegnet werden, auch an der Wahlurne.

stellt, entscheidend mitbestimmen. Für das Vertrauen in Europa und die EU ist es daher von zentraler Bedeutung, die demokratische Legitimation zu stärken und Entscheidungen der EU nachvollziehbarer zu gestalten. Umso wichtiger ist das Engagement der europäischen Wähler, mit der Abstimmung über die Zusammensetzung des neuen EP des-

sen demokratisches Gewicht im Institutionengefüge der EU noch zusätzlich zu stärken.

Es wird diesmal in besonderer Weise darum gehen, den erwähnten Gegnern der EU an der Wahlurne ihre Schranken aufzuzeigen. Diese sind vielfach ja nicht einfach EU-Skeptiker mit konstruktiven Vorschlägen zu den uns beschäftigenden integrationspolitischen Problemen, sondern sie wollen das Rad der Integration entscheidend zurückdrehen. Dem müssen wir als Bayern im Herzen Europas ein klares Bekenntnis zu einem Europa der Einheit in Vielfalt entgegensetzen. Ein solches Bekenntnis nimmt die Skepsis seiner Bürger ernst. Wir müssen uns deshalb noch stärker für ein Europa der Bürger, ein Europa der Regionen, ein Europa der Subsidiarität einsetzen. Wir müssen an einem Europa der Zukunft arbeiten, das sich auf seine wesentlichen Aufgaben konzentriert und nicht ständig mehr Reglementierung, Zentralismus und Bürokratie produziert. Wenn wir diese Botschaft glaubhaft vermitteln, werden wir die Menschen für Europa gewinnen. ///



/// PROF. DR. H. C. MULT.
HANS ZEHETMAIR

ist Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung, München, und Staatsminister a. D.

/// Anmerkungen

DIE HISTORISCHE BEDEUTUNG DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

BERND RILL /// „Wer Europa sagt, der lügt.“ So soll sich der preußische Außenminister und provisorische Ministerpräsident, Otto von Bismarck, geäußert haben. Was kann er damit gemeint haben?

Schon Bismarck dachte in Kontinenten

Wenn es sein Bestreben war, die deutsche Einheit in der kleindeutschen Variante unter Preußens Führung zu schaffen, dann setzte er sich ein klassisches nationalstaatliches Ziel, das nur in Auseinandersetzung mit den damaligen europäischen Großmächten zu erreichen war. Insofern konnte er „Europa“ nicht als einen Verbund betrachten, dessen solider Zusammenhang auf gemeinsam abgeklärten Interessen beruhte, sondern musste es als eine Arena konkurrierender Staaten werten, die gerade aus dem einzigen Anliegen heraus, das sie zumindest rhetorisch zusammenhielt, der Wahrung des „Europäischen Gleichgewichts“, an einer Einigung der im „Deutschen Bund“ eher zersplitterten als integrierten deutschen Staatenwelt nicht interessiert waren.

Es ist hier nicht der Ort, die politischen Gegebenheiten von Bismarcks schließlich (1871) erfolgreicher Eini-

gungspolitik genauer zu untersuchen. Es soll vielmehr im Lichte unseres zentralen Themas hervorgehoben werden, dass Bismarck nach 1871 den weiteren Ausspruch tat, die Staatsmänner der Zukunft würden in Kontinenten denken müssen. Er war sich bewusst, dass die Absicherung des neu geschaffenen Deutschen Reiches von der Erhaltung des Friedens zwischen den europäischen Mächten abhing und hat, nationales und gesamteuropäisches Interesse in eins fassend, selbst „kontinental“ gedacht. Die neuen nationalistischen, imperialistischen, zur exklusiven Blockbildung neigenden, bis zum Chauvinismus

Das „alte Europa“ wurde im Ersten Weltkrieg **BEGRABEN**.



Bismarck war die Bedeutung Europas für die deutsche Einheit sehr bewusst.

reichenden Fliehkräfte, die seiner Friedenssicherung entgegen arbeiteten, waren seine Sache nicht mehr. Das „alte Europa“ mit seinen aristokratischen Eliten in der Außenpolitik, die einander aus Standesinteresse am Leben ließen und diese Haltung mit dem Schlagwort vom „Europäischen Gleichgewicht“ zu rationalisieren versuchten, wurde schon eine halbe Generation nach Bismarcks Tod seinerseits im Ersten Weltkrieg zu Grabe getragen.

Dieser Befund soll nun keinesfalls sagen, dass das politische Europa bis zu Bismarcks Zeiten eine segensreiche Einheit gebildet hätte. Man war nur nicht ideologisch heillos zerstritten gewesen und die Waffentechnik hatte noch keine derart vernichtende Wirkung entfaltet, um vom Krieg als der „ultima ratio regum“ abzuschrecken. In dem angedeuteten ideologischen Punkt liegt ein Hinweis auf die europäische Bedeutung der Französischen Revolution, die schon einmal in ideologischem Pro und Contra einen „Weltkrieg“ in Europa (und ein wenig auch außerhalb) ausgelöst hatte, von der Kanonade bei Valmy (1792) bis zum Abschluss durch Napoleons endgültige Niederlage bei Waterloo (1815). Die Völker und Staaten waren nach Waterloo so erschöpft und friedensbedürftig, wie sie es, natürlich in deutlich gesteigerter Weise, erst wieder bei Kriegsende 1918 waren.

Europa ist nicht mehr allein auf der Welt

Mit einer epochalen Änderung: England, Frankreich und Italien hätten ihres Sieges über die Mittelmächte weniger sicher sein können (um es vorsichtig auszudrücken), wenn nicht die USA ihre gewaltigen Machtmittel auf ihrer Seite in die Waagschale geworfen hätten. Der

europäische Kontinent war in seinen Auseinandersetzungen nicht mehr allein. Diese fundamentale Erkenntnis wurde in der Folgezeit nur dadurch in den Hintergrund gedrängt, dass sich die USA aus der Gestaltung NachkriegsEuropas zurückzogen und dessen bald wieder unverdrossen einsetzenden, internen Machtspielen über den Atlantik hinweg zusahen.

Im Ersten und Zweiten Weltkrieg blieb **EUROPA** in seinen Auseinandersetzungen nicht mehr unter sich.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Machtverfall Europas noch manifest, da die USA und die Sowjetunion als die beiden wichtigsten Sieger über Deutschland sich den Kontinent in Einflusszonen aufteilten: ohne „Marshall-Plan“ kein wirtschaftlicher Wiederaufstieg Westeuropas, ohne stalinistische Manipulationen und Umstürze keine Konstituierung von COMECON und Warschauer Pakt. Dazu kam noch die weltweite Entkolonialisierung, die besonders England und Frankreich traf. Und sofern sie unvermeidlich war, war auch der Abstieg Europas von seiner hervorragenden Rolle im Weltganzen unvermeidlich geworden.

Integration infolge von „Leidensdruck“

Bundeskanzler Adenauer hat bekanntlich die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt und komplementär dazu die Grundlegung einer supra-nationalen europäischen Integration betrieben, die erfolgreich in der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag in

Kraft ab 1.1.1958) wurde. Die näheren weltpolitischen Umstände hierbei sind der Erinnerung wert. Während in Brüssel die Regierungen von Frankreich, Italien, der Bundesrepublik Deutschland und der Benelux-Staaten über den angestrebten Vertrag zur Integration verhandelten, stürzten sich Frankreich, Großbritannien und Israel in ihr Suez-Abenteuer (Oktober / November 1956), um den von Gamal Abdel Nasser vertretenen ägyptisch-arabischen, anti-westlichen Nationalismus (und Sozialismus) in die Schranken zu verweisen. Sie sahen sich dabei massivem Druck der USA und auch der Sowjetunion ausgesetzt, sich zurückzuziehen, und mussten tatsächlich aufgeben.

Gerade zu dieser Zeit reiste Adenauer demonstrativ nach Paris, denn der Augenblick war günstig, um den spätimperialistischen Abenteurern an der Seine klar zu machen, dass sie ihre weltpolitische Niederlage durch eine Teil-

Notlagen bewirken ein **ZUSAMMENRÜCKEN** der europäischen Staaten.

nahme an der europäischen Integration wenn schon nicht kompensieren, so doch unter Verzicht auf ihren bisherigen globalen Ehrgeiz zum Ausgangspunkt einer lohnenden Zukunftsorientierung machen konnten. Auch die sowjetische Drohkulisse spielte dabei eine Rolle, denn gleichzeitig zur Suez-Krise schlug Moskau mit aller Brutalität den Aufstand in Ungarn nieder.

Es scheint, dass in neuerer Zeit ein engerer Zusammenschluss der europäischen Staaten von diesen immer dann besonders thematisiert wird, wenn eine hinreichend problematische Notlage besteht, die einen „Leidensdruck“ ausübt, dem sich die Politiker nicht entziehen können.

Europäische Friedensordnung im Zeitalter der Kreuzzüge?

Im Mittelalter war das anders. Die gemein-europäische Bewegung der Kreuzzüge war eine nach außen gekehrte Glaubensinbrunst, der kaum ein „Leidensdruck“ zugrunde lag, sondern das Bedürfnis, das Heilige Land der Christen den Moslems wieder abzunehmen. Die islamischen Herrscher hatten mit ihrer Okkupation von Jerusalem, die einen geregelten christlichen Pilgerbetrieb nicht ausschloss, keinen Angriff auf die abendländische Christenheit begonnen – und wenn auf deren morgenländischen Teil, das oströmische Reich von Konstantinopel, dann war dessen Unterstützung nicht die hauptsächliche Absicht der westlichen Kreuzfahrer gewesen. Es gab vielmehr zwischen den Kreuzfahrern und den Oströmern immer wieder gefährliche Konflikte. Es bleibt der Befund, der vom hohen Mittelalter her einen Bezug zu der erfolgreichen europäischen Integration nach 1945 hat: Die Kreuzzüge waren bis zur Gründung der EWG die einzige geschichtsmächtige Aktion, bei der die Europäer an einem Strang gezogen haben.

Im Laufe zweier Jahrhunderte, von der Eroberung Jerusalems durch die Kreuzfahrer (1099) bis zum Fall von Akko, ihrer letzten Festung im Heiligen Land (1291), hatte dieser vereinheitlichende Gedanke, obwohl er ideell un-

anfechtbar blieb, derart an Schwungkraft verloren, dass er kein ernsthaftes Ziel der Politik der europäischen Mächte mehr war. So kommen wir um das Jahr 1300 zu einem Punkt, der mutatis mutandis mit dem gegenwärtigen Zustand der europäischen Integration zu

Die Kreuzzugsbewegung **FÜHRTE** auf einem innereuropäischen Frieden.

vergleichen ist. Als edles Ziel wird sie von der großen Mehrheit der politisch Tätigen nach wie vor anerkannt, aber der Bedarf zu ihrem Vorantreiben lässt zu wünschen übrig.

Wesentlich im Rahmen der Kreuzzugsbewegung war auch, dass die ausrückenden Krieger das Abendland, das sie hinter sich ließen, in einem Zustand des allgemeinen Friedens wussten, in Weiterentwicklung einer Friedensbewegung, die die Kirche in Wahrnehmung ihrer moralischen Verantwortung schon früher angeregt hatte. Frieden untereinander zu halten, das war die elementare Voraussetzung für eine gemeinsame Politik der europäischen Staaten nach außen, rein säkular verständlich, wie heute, damals auch der religiösen Überhöhung zugänglich.

Die effektive Wahrung des innereuropäischen Friedens setzte ein Minimum an Kooperation zwischen den Staaten des Kontinents voraus. So schlug um 1300 der französische Kronjurist Pierre Dubois vor, auf Antrag seines Königs ein allgemeines Konzil, un-

ter der Beteiligung sowohl von Klerikern als auch von Laien, also kein Kirchenkonzil, einzuberufen, aus dessen verbindlicher Beschlussfassung zum ebenso allgemeinen Frieden das gemeinsame Vorgehen gegen Friedensstörer hervorgehen sollte. Diese waren nach ihrer Unschädlichmachung ins Heilige Land zu deportieren, dessen Besitz also weiterhin für die Christenheit zu sichern war, denn nur ein solches Ziel konnte damals die Einheit dieser Christenheit politisch verpflichtend festlegen.

Weiter war der Vorschlag dadurch bemerkenswert, dass er zum ersten Mal so etwas wie „kollektive Sicherheit“ vorsah, die den Krieg unter Staaten, sofern er in einer allgemeinen Friedensordnung doch einmal stattfinden sollte, zu einer Art Polizeiaktion herabstufte, da die Gewaltausübung bei dem „Konzil“ der europäischen Staaten zu monopolisieren war. Dubois empfahl daher zur Streitbeilegung die Einsetzung eines ständigen und universalen Schiedsgerichtshofes. Er empfahl damit im Interesse der Friedenswahrung die Verrechtlichung der Konflikte unter den Staaten. Dieser Gedanke ist von zeitloser Bedeutung, denn auch die heutige europäische Integration soll sich unter den Auspizien des Rechts vollziehen.

Ferner ging Dubois, im Unterschied von bis dahin bestehenden Vorstellungen universalistischer Art mit Kaiser und Papst als den zentralen Oberhäuptern der Christenheit, von einer „Res Publica Christiana“ aus, was nur einen Sinn ergab, wenn alle staatlichen Teilnehmer dieser „Res Publica“ gleichberechtigt waren – auch dies ein tragender Grundsatz der EU, weshalb die Entscheidung von Mehrheitsentscheidungen in bestimmten Politikfeldern oder der im Vertrag von Lissabon anvisierte

Verlust eines Kommissars für verschiedene Länder eine jeweils sehr ambitionierte Angelegenheit ist.

Briands Plan 1930 einer Europa-Union empfanden England und Deutschland als **HEGEMONIALSTREBEN**.

Europäische Ordnung und Hegemonie

Ein weiteres Element der sehr ausholenden Vorschläge des Pierre Dubois muss in seiner eher integrationshemmenden Auswirkung hervorgehoben werden. Wenn das Prinzip der kollektiven Sicherheit ausgerufen wurde, dann hatte zu deren Durchsetzung ja wohl der damals am besten organisierte Staat der Christenheit eine hervorgehobene Rolle zu spielen und der war das Königreich Frankreich. Das hätte sein Gewicht dann auch in den Entscheidungen des propagierten internationalen Schiedsgerichtshofs geltend gemacht. Frankreich wäre „gleicher“ gewesen als seine Partnerstaaten. Aus dem gedanklich äußerst anregenden Vorschlag des Pierre Dubois wurde in der politischen Praxis nichts. Wohl auch deswegen, weil die fürstlichen Kollegen des französischen Königs argwöhnten, da wolle einer im Gewand der „Res Publica Christiana“ seine Hegemonie aufrichten. Dies ist das erste Beispiel dafür, dass das Hegemonialstreben eines einzelnen europäischen Staates der Integration des Kontinents abträglich ist, weil dieser Staat, wie lange historische Erfahrung zeigt, niemals

stark genug ist, seine eigenen Interessen allen anderen Partnern als auch deren eigene vorzuschreiben.

Im Jahre 1929 hat der französische Außenminister Aristide Briand eine engere Vereinigung der europäischen Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes waren, angeregt. Im Mai 1930 legte er diesen Staaten einen entsprechend ausgearbeiteten Plan vor. Doch weder London noch Berlin konnten dem viel abgewinnen. Man wusste zu genau, dass Frankreich gerade große Schwierigkeiten hatte, sein kontinentales Hegemonialsystem, mit dem es Deutschland seit dem Friedensvertrag von Versailles in Respekt halten wollte, aus politischen, militärischen und wirtschaftlichen Gründen aufrecht zu erhalten, und konnte daher den Verdacht nicht unterdrücken, dass es zur dringend erforderlichen Abstützung auf den Plan dieser europaweiten Union verfallen war.

Die Parallele zwischen Pierre Dubois und Aristide Briand liegt in der Kombination von europäischem Zusammenschluss und machtpolitischem Vorteil des einen der Partner, nämlich Frankreichs. Andere Ähnlichkeiten mit der europäischen Integrationspolitik unserer Nachkriegszeit sind verblüffend: London fürchtete damals um seine speziellen Verbindungen im Commonwealth, was bis zum britischen Beitritt zur EWG (1973) ebenfalls wieder eine Rolle spielte, und es tadelte damals an Briands Plan auch, dass er eine unerwünschte Konfrontation mit den USA begünstige.

Es versteht sich, dass die Reden über die vergangenen französischen Versuche, Europa in seinem hegemonialen Sinne zusammenzuführen, lediglich eine Feststellung sein und keine einseitige Schuldzuweisung begründen sollen,

schon gar nicht von deutscher Seite, denn die Anläufe Deutschlands zur Hegemonie in den beiden Weltkriegen haben unendliches Leid und schwersten politischen Schaden über Europa gebracht. Und schließlich haben die beiden Franzosen Robert Schuman und Jean Monnet ihren Ehrenplatz in der Geschichte als Initiatoren erfolgreicher europäischer Integration gefunden.

Ausblick auf die Lernfähigkeit Europas

Die Frage ist nun legitim, was denn historische Anmerkungen mit ihren zeitlosen Parallelen zur Abstützung von Vermutungen beitragen können, die die Zukunft Europas in den Blick nehmen. Denn wenn gesagt wird, der Historiker sei ein rückwärtsgewandter Prophet, dann schließt dieses Oxymoron ihn eigentlich davon aus, das leisten zu können, was seit den Propheten des Alten Testaments mit dieser Vokabel verbunden wird: eben die Schau in die Zukunft.

Europa hat aus seiner Geschichte zwangsläufig **GELERNT**.

Denn wir können uns nicht mehr ohne weiteres mit den rationalistischen Worten des altgriechischen Historikers Thukydides zufrieden geben: „Wer aber das Gewesene klar erkennen will und damit auch das Künftige, das wieder einmal, nach der menschlichen Natur, gleich oder ähnlich sein wird, der mag es [die historische Erzählung, Anm. d. Verf.] so für nützlich halten, und das soll mir genug sein: zum dauernden Besitz, nicht als Prunkstück fürs einmalige Hören ist es aufgeschrieben“.

Die „menschliche Natur“ ist also stets gleich vorausgesetzt, aber im europäischen Falle war sie ja doch lernfähig, wenn auch erst nach unendlichen Verwirrungen. Wir haben die endemisch erscheinende Feindschaft zwischen den europäischen Völkern und Staaten überwunden, nachdem der „Leidensdruck“ so stark geworden war, dass er das Bewusstsein gemeinsamen Schicksals und die daraus folgende Notwendigkeit des Zusammenstehens unabweisbar gemacht hat.

So mag die Notwendigkeit, die gegenwärtige Finanz- und Schuldenkrise zu überwinden, verbunden mit dem Willen zur Behauptung der bis jetzt angesichts anhaltender außen- und verteidigungspolitischer Schwäche wichtigsten Errungenschaft europäischer Integration, der gemeinsamen Währung, die katalytische Auswirkung haben, unsere Zusammenarbeit im Endergebnis weiter zu festigen. ///



/// **BERND RILL**

war bis Dezember 2013 Referent für Recht, Staat, Europäische Integration, Integrationspolitik und Dialog der Kulturen der Akademie für Politik und Zeitgeschichte, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Eine Stärkung der demokratischen Legitimation ist nötig

DIE POLITISCHE DIMENSION DER EUROPAWAHL

MARKUS FERBER /// Die EU steht mit der Vertiefung der Eurozone vor einem tiefgreifenden institutionellen Umbau. Dies kann nur mit einer Stärkung der demokratischen Legitimation einhergehen. Erste Wegmarke: die Europawahl am 25. Mai 2014.

„Bayern unsere Heimat – Deutschland unser Vaterland – Europa unsere Zukunft“ lautet der Slogan eines CSU-Wahlplakats zur Europawahl von 1989. Dieser Dreiklang hat nicht an Aktualität verloren, auch wenn die Welt nicht wiederzuerkennen ist seit diesen Worten aus dem Frühjahr vor dem Mauerfall. Wer hätte damals ahnen können, dass nur anderthalb Jahre später Deutschland wiedervereinigt und auch der gesamte europäische Kontinent dabei war, seine Spaltung zu überwinden?

„Europa ist Zukunft“, diese Parole stimmt nach wie vor, denn damals wie heute stößt der Nationalstaat an die Grenzen seiner Gestaltungsfähigkeit, auch und gerade weil sich die Problemfelder verschoben haben und teils neue hinzugekommen sind. Neue Chancen für die deutsche Exportwirtschaft und der Schutz unserer Umwelt konnten schon 1989 nicht in den Grenzen des Nationalstaates realisiert werden. Terrorismusbekämpfung und die Bändigung der Finanzmärkte sind nur zwei Beispiele für globale Herausforderungen, denen die Politik auch auf europäischer Ebene begegnen muss.

Eines aber ist leider damals schon Realität gewesen, nämlich die (relativ) niedrige Wahlbeteiligung bei den Europawahlen im Vergleich zur Bundestagswahl. Gaben bei der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979 noch 65,7 % aller Bundesbürger ihre Stimme

Die globalen Herausforderungen brauchen ein geeintes und starkes EUROPA.

Bayern unsere Heimat

Deutschland unser Vaterland

Europa unsere Zukunft

18. Juni: macht Bayern stark in Europa



Auch 25 Jahre später und unter veränderten politischen und gesellschaftlichen Veränderungen hat der Slogan dieses Wahlplakates der CSU zur Europawahl 1989 nichts an Aktualität und Gültigkeit verloren.

ab, waren es bei der letzten Europawahl 2009 nur noch 43,3 %. Aber immerhin stabilisierte sich die Wahlbeteiligung gegenüber 2004 mit 43,0 %. Dafür gibt es ohne Zweifel strukturelle Gründe. Die Arbeit des Europäischen Parlaments und seine Stellung im Institutionengefüge der Europäischen Union sind auch 35 Jahre nach der ersten Direktwahl kompliziert und für viele Bürger unbekannt. Dazu kommt das Problem der Darstellung besonders komplexer und teils extrem technisch anmutender Sachverhalte (die auf europäischer Ebene dazu noch in verschiedenen Sprachen debattiert werden) inmitten einer von einer

extremen Vereinfachung lebenden, internetbasierten Medienwelt.

Neue Kompetenzen durch den Lissabon-Vertrag

Und doch ist etwas neu an der diesjährigen Europawahl am 25. Mai 2014. Mit dem 2009 in Kraft getretenen Lissaboner Vertrag wurde das Europäische Parlament erstmals als vollwertiger Gesetzgeber etabliert. Über das Gros der europäischen Gesetzgebung entscheiden die Europaabgeordneten gleichberechtigt mit dem EU-Ministerrat. Lediglich einzelne, die nationalstaatliche Identität und Souveränität in besonde-

rem Maße betreffende Gesetzgebungs- oder Politikbereiche wie die Organisation der sozialen Sicherungssysteme oder die Verteidigungspolitik werden noch ganz oder, von Fragen der Verwaltungszusammenarbeit und „Best-Practice“-Vergleichen abgesehen, zumindest im Kern allein einzelstaatlich geregelt.

Die Bedeutung des Lissabon-Vertrages ist hinlänglich bekannt und auch in der Fachliteratur ausreichend beleuchtet. Aber welche Änderungen haben sich in der zu Ende gehenden Legislaturperiode in der Praxis ergeben? Was macht diese Europawahlen politisch und eben nicht nur institutionell so wichtig?

2009-2014: Eurokrise 1.0

Die Antwort ist klar, wenn man sich die Entwicklung der Europäischen Union in den vergangenen fünf Jahren anschaut. Die nun zu Ende gehende Legislaturperiode von 2009 bis 2014 fällt fast exakt mit dem Ausbruch der – europäischen – Finanz- und Schuldenkrise zusammen. Der Auslöser dieser Entwicklung, das Platzen des US-amerikanischen Immobilien- und Kreditbooms, ereignete sich zwar vor der Europawahl 2009, aber erst 2009 und spätestens im Frühjahr 2010 zeigten sich mit dem Ausbruch der Schuldenkrise in Griechenland die Auswirkungen auf das Eurosystem und letztlich die gesamte Europäische Union.

Nur wenige Monate nach der Europawahl 2009 stuften Ratingagenturen die Bonität Griechenlands erstmals herunter. Im Dezember verlor Griechenland sein bisheriges „A“-Rating bei der Agentur Fitch – die ersten Wellen der Finanzkrise schwappten gegen Europas Küste. Die griechische Staatsschuldenkrise entwickelte sich von da Schlag auf Schlag, bis im Frühjahr und Frühsom-

mer 2010 mit der European Financial Stability Facility (EFSF) und dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) die Grundzüge der europäischen Rettungspolitik standen, die dann im Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) weiterentwickelt wurden.

Vom Krisenmanagement hin zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

Bezeichnen manche Beobachter diese Phase des akuten Krisenmanagements als Eurokrise 1.0, so bewegen wir uns derzeit nach Abflachen der akuten Finanzierungskrise sicherlich in eine zweite Phase hinein, die von der Frage des dauerhaften Umbaus der Eurozone geprägt sein wird. Der in seiner Gesamtkonstruktion nun schon bei weitem nicht mehr so provisorische ESM gehört zweifelsohne zum Kern dieser erneuerten Eurozone und auch in den Bestrebungen einer Angleichung der Wirtschaftspolitik innerhalb der Eurozone mittels des „Euro-Plus-Pakts“, der Einigung auf eine europäische Schuldenbremse durch den Fiskalpakt sowie des Wachstumspakts lassen sich die Grundzüge einer neuen Eurozonen-Architektur erkennen.

Die letzte Legislaturperiode war **GEPRÄGT** von der Finanz- und Schuldenkrise.

Demokratisch legitimiert sind ESM und Fiskalpakt auf nationaler Ebene. In Deutschland haben Bundestag und Bundesrat mit breiter Mehrheit ein positives Votum abgegeben. Es stellt sich aber angesichts der Bestrebungen zur Vertiefung der Eurozone die Frage, wie

die demokratische Legitimität von Entscheidungen auf europäischer Ebene im Allgemeinen und der Eurozone im Besonderen gestärkt werden kann. Dem Europäischen Parlament als europäischer Volksvertretung kommt hier eine entscheidende Rolle zu. In jedem Fall muss es ein Kernanliegen der europäischen wie der deutschen Politik sein, künftige Integrationsschritte wie eine mögliche Vertiefung der Eurozone ausreichend demokratisch zu legitimieren und eine breite Akzeptanz bei der Bevölkerung zu schaffen.

Stabilitätsunion statt Schuldenunion

Ziel einer Vertiefung der Eurozone muss die nachhaltige und dauerhafte Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sein. Dem ersten Schritt der Solidarität in Form der Rettungsschirme zur Abwendung einer unmittelbaren Zahlungsunfähigkeit einzelner Euro-Mitgliedstaaten, verknüpft mit Maßnahmen in diesen Ländern zur Haushaltskonsolidierung, muss nun ein zweiter Schritt hin zur Etablierung eines Wirtschaftsrahmens folgen, der die Unternehmen in der gesamten Eurozone international wettbewerbsfähig macht. Das Dickicht der europäischen und einzelstaatlichen Regulierungen muss durchbrochen werden, um Europas Wirtschaft auch im Süden unseres Kontinents neuen Rückenwind zu verschaffen und das traditionelle Rückgrat der europäischen Wirtschaft, Familienbetriebe und kleine Unternehmen, zu stärken.

Auch wenn sich über die Notwendigkeit der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Eurozone – wenn auch nur sehr langsam – ein zunehmender Konsens herausbildet, stößt diese Politik

doch immer wieder auf Widerstände. Dennoch ist es CDU und CSU gegen teils erbitterten Widerstand gelungen, in der Phase des akuten Krisenmanagements eine Schuldenunion durch die Einrichtung unkontrollierbarer und dauerhafter Transfers im Rahmen der

Nach der Stabilisierung muss nun die **WETTBEWERBSFÄHIGKEIT gestärkt werden.**

Eurozone zu verhindern. Und auch der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD betont die Notwendigkeit, „dass jeder Mitgliedstaat für seine Verbindlichkeiten selbst haftet“. „Jede Form der Vergemeinschaftung von Staatsschulden würde die notwendige Ausrichtung der nationalen Politiken in jedem einzelnen Mitgliedstaat gefährden.“⁴¹ So haben CDU und CSU das Fundament für eine solide europäische Stabilitätsunion gelegt. Nur die Fortsetzung dieser erfolgreichen Politik zur Errichtung einer europäischen Stabilitätsunion, verbunden mit einem klaren Nein zu einer Schuldenunion, verhindert ein Protestvotum bei den Europawahlen.

Aufgabe für die Politik, in Deutschland wie auch auf europäischer Ebene, muss nun also sein, den Aufbau einer Stabilitätsunion voranzutreiben und die Menschen in unserem Land dabei mitzunehmen. Diese Aufgabe obliegt nicht zuletzt auch den Spitzenkandidaten der europäischen Parteienfamilien, aber

nicht nur. Europäische Politik muss in erster Linie auch national erklärt und vermittelt werden.

Wahl des Kommissionspräsidenten

Eine weitere Neuerung bei den Europawahlen dieses Jahr ist die Prozedur zur Wahl des Kommissionspräsidenten. Erstmals findet nach Inkrafttreten des Lissaboner Vertrages Artikel 17 Absatz 7 des EU-Vertrages vollumfänglich Anwendung: (7) Der Europäische Rat schlägt dem Europäischen Parlament nach entsprechenden Konsultationen mit qualifizierter Mehrheit einen Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Kommission vor; dabei berücksichtigt er das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament. Das Europäische Parlament wählt diesen Kandidaten mit der Mehrheit seiner Mitglieder.

Diese wenigen Worte haben das Potenzial, die Frage der Vermittlung europäischer Politik wie auch die bisherige Machtbalance zwischen den europäi-

ten eingeleitet, den es so bisher auf europäischer Ebene nicht gab und der allenfalls Anklänge im belgischen System findet, in dem das Staatsoberhaupt, der belgische König, einen „Informateur“ benennt, der mit den politischen Parteien über einen mehrheitsfähigen Kandidaten verhandelt.

Dieser muss sowohl vom Europäischen Rat mit qualifizierter Mehrheit als auch vom Europäischen Parlament mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt werden. Durch den Verzicht auf die Einstimmigkeit im Rat ist es einem einzelnen EU-Land so nicht mehr möglich, im Alleingang einen Kandidaten zu verhindern. Gleichwohl muss ein künftiger Kommissionspräsident auch hier eine breite Mehrheit an Staaten und Parlamentsstimmen hinter sich versammeln. Es ist kaum vorstellbar, dass der Europäische Rat nicht versuchen wird, hier eine konsensuale Einigung herbeizuführen, um eine Kampf- abstimmung im Europäischen Parlament zu vermeiden.

Europas große Koalition?

Gleich wie die Bestellung des nächsten Kommissionspräsidenten verlaufen wird, das Alltagsgeschäft des europäischen Parlamentarismus wird mit einer Herausforderung konfrontiert werden, die auch in der Vergangenheit die Arbeit im Europäischen Parlament geprägt hat. So zwingt die Struktur des Europäischen Parlaments mit dem Fehlen einer ständigen Regierungskoalition zum Schließen von Kompromissen. Jedes Gesetzgebungsdossier erfordert eine neue Suche nach Bündnispartnern und Gleichgesinnten. Dies erschwert nicht nur die Kommunikation der zudem oftmals sehr komplexen Sachverhalte, sondern auch die parteipolitische Ausarbei-

tung und Differenzierung zwischen unterschiedlichen politischen Positionen – mithin der Möglichkeit für den Bürger, klar zwischen zwei Alternativen zu unterscheiden.

Ein Erstarren von extremen Parteien links wie rechts muss **VERHINDERT** werden.

Aber gerade darum ist das Herausstellen von unterscheidbaren Politikpositionen auf europäischer Ebene so wichtig. Genau hierin liegt ja die zentrale Herausforderung der „Alltags“-Politik im Europäischen Parlament, nämlich die Kommunikation unterschiedlicher Positionierungen bei gleichzeitiger konstruktiver Zusammenarbeit mit allen demokratischen Parteien. War das Europäische Parlament in seinen Anfängen ein reines Debattenforum und mutierte es mit dem Vertrag von Maastricht zu einem Parlament der Sach- und Fachpolitiker, ist es mittlerweile ein echtes „politisches“ Parlament, in dem der Bürger echte Unterschiede zwischen den Fraktionen erkennen kann und soll.

Nur Transparenz und Mitsprache verhindert Erstarren der extremen Flügel

Transparenz und Mitsprache, politisches Engagement und echte Debatten statt ausschließlich konsensualem Abnicken sind der einzige Weg, einem Erstarren von extremen Parteien am rechten und linken Rand vorzubeugen. Alles deutet darauf hin, dass so manche Partei am rechten oder linken Rand darauf spekuliert, von hoher Arbeitslosigkeit in einigen EU-Staaten infolge der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise, weit ver-

breiteter Jugendarbeitslosigkeit vor allem in den südlichen Mitgliedstaaten und einer latenten Unsicherheit und Zukunftsangst in Teilen der Bevölkerung zu profitieren. Hinzu kommen neue, wenn auch nicht erstmalige Bestrebungen zur Zusammenarbeit insbesondere rechtsextremer Parteien im Europäischen Parlament, wie sich dies z. B. in der Annäherung zwischen der niederländischen Freiheitspartei von Geert Wilders und dem französischen Front National unter Marine Le Pen bereits abzeichnet.

Diesem Trend zu begegnen wird nur möglich sein, wenn es auch künftig eine breite Legitimationsbasis für europäische Entscheidungen gibt. Wichtige, unser Land und die Bürger direkt betreffende Entscheidungen dürfen eben nicht hinter verschlossenen Türen ausgekugelt werden, sondern müssen in einem transparenten und demokratischen Verfahren beraten und beschlossen werden.

Politik für die Menschen und mit den Menschen in unserem Land

Politik für die Menschen und mit den Menschen in unserem Land muss das zentrale Leitmotiv für eventuelle Schritte zur Vertiefung der Eurozone und der europäischen Politik insgesamt sein. Vom Klimawandel hin zur Frage der künftigen Struktur des Internets zwischen dem Recht auf freie Meinungsäußerung und dem Schutz von Urheberrechten – schon längst haben die zentralen politischen Herausforderungen auch die Grenzen unseres Nationalstaates übersprungen.

Der Lissabon-Vertrag gibt bereits wichtige Instrumente zur Einbindung der Bürger vor, nicht zuletzt die vertiefte Zusammenarbeit und Beteiligung der

Unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses wird **ERSTMALS** ein Kommissionspräsident gewählt.

schen Institutionen zu verändern. So wird bereits mit Schließen der Wahllokale ein Prozess des Dialogs zwischen den Fraktionen des Europäischen Parlaments und den Staats- und Regierungschefs mit dem Ziel der Konsensfindung über einen geeigneten Kandidaten für den Posten des Kommissionspräsidenten

nationalen Parlamente. Und auch das Europäische Parlament ist seinen Kinderschuhen längst entwachsen und hat sich als verantwortungsbewusstes Parlament bewiesen. Vertiefte Integration und demokratische Mitsprache der Bürger aber sind zwei Seiten einer einzigen Medaille. Ohne eine Einbindung der Menschen in unserem Land würden auch künftige Integrationsschritte keinen Bestand haben. ///



/// MARKUS FERBER MDEP

ist Vorsitzender der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament, Straßburg.

Anmerkung

¹ Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 159, http://www.csu.de/uploads/cscontent/Koalitionsvertrag_CDU_CSU_SPD_final.pdf

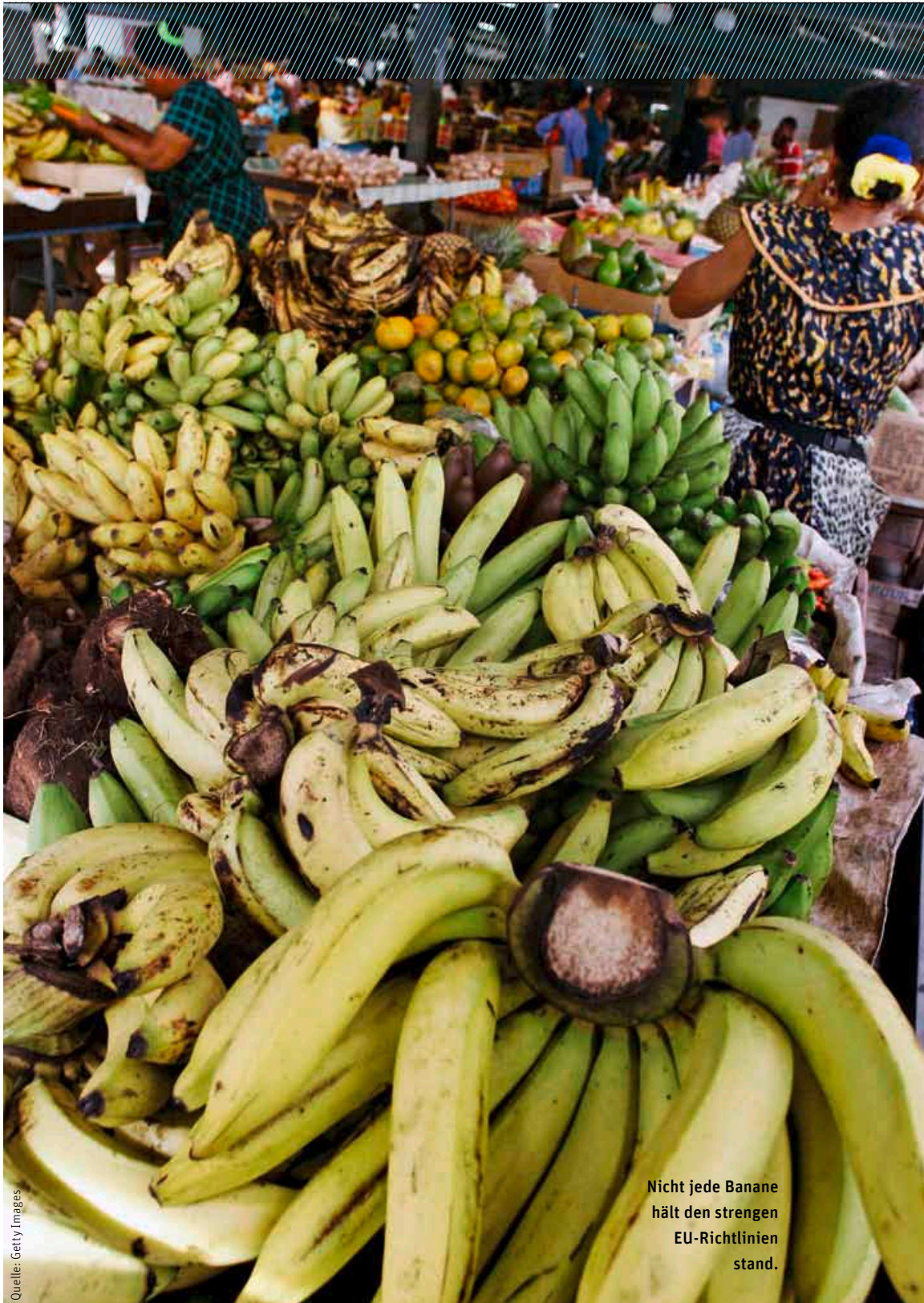
/// Die Rechtlichkeit der EU ist strukturell bedroht

DER VERLUST DES RECHTS ALS GEFAHR FÜR EUROPA

PAUL KIRCHHOF /// Die Europäische Union ist eine Rechtsgemeinschaft, ein Staatenverbund, in dem sich die Mitgliedstaaten zur gemeinsamen Wahrnehmung eines Teils ihrer Hoheitsrechte rechtlich verpflichtet haben. Diese Rechtlichkeit macht den Charme der Gemeinschaft aus, ist aber gegenwärtig strukturell bedroht.

Die Union will die Gemeinschaft stetig um weitere Mitgliedstaaten erweitern, zugleich aber die innere Bindung dieser Staaten verdichten. Das atemberaubende Tempo dieser Entwicklung führt zu flüchtigem, unausgegorenem Recht, überfordert auch die Integrationsfähigkeit der Mitgliedstaaten. Die Verdichtung des Rechts ereignet sich vielfach in einer Fülle von Detailregelungen, die Ungleichheiten und Abhängigkeiten schaffen, in manchen Erscheinungsformen – der Krümmung der Banane, der Verwendung der Glühbirne, der Gestaltung des Sitzes auf dem Traktor – die Karikaturisten inspiriert. Die überhöhte Verschuldung der Europäischen Union insbesondere in ihren Mitgliedstaaten schafft Abhängigkeiten vom Finanzmarkt. Die Staaten drohen, ein Stück ihrer Souveränität zu verlieren. Die Herrschaft des Geldes verdrängt die Herrschaft des Rechts. Die strengen Rechtsmaßstäbe der Staatsverschuldung wer-

den regelmäßig missachtet. Die Europäische Zentralbank, die wegen ihrer anspruchsvollen Aufgabe, den Geldwert – nicht die Staaten – zu stabilisieren, richterliche Unabhängigkeit genießt, ohne wie ein Richter strenge gesetzliche Entscheidungsvorgaben vorzufinden, nimmt ihrer eigenen Unabhängigkeit den rechtfertigenden Grund, wenn sie sich aktiv gestaltend an der Wirtschaftspolitik beteiligt, sich zudem als Aufsichtsbehörde in die Exekutive eingliedert. Und die Lasten gefährdeter Forderungen scheinen auch beliebig verschiebbar. Bei einer unerfüllbaren Darlehnsforderung trägt grundsätzlich der Gläubiger den Schaden, bei einer wertlos gewordenen Beteiligung der Anteilseigner. Spannen die Staaten hingegen Rettungsschirme auf, trägt die Last der Rettung der Steuerzahler. Betreibt die Europäische Union planmäßig eine Politik des billigen Geldes, ist der Geldeigentümer, insbesondere der Sparer, der Träger der



Nicht jede Banane
hält den strengen
EU-Richtlinien
stand.

Quelle: Getty Images

Last. Und wenn es dem Finanzmarkt dann noch gelingt, seine gefährdeten Forderungen und Beteiligungen den Staaten aufzudrängen, wird wiederum der Steuerzahler Schuldner und Bürge. Der Finanzmarkt greift auf die Staats Haushalte zu. Die Erwartung des Steuerzahlers, der Staat werde mit dem Steueraufkommen die Infrastruktur seines Lebens und Erwerbens verbessern, wird enttäuscht.

Wir erleben die Europäische Union als Friedensgemeinschaft und als Binnenmarkt. Sie entfaltet Grundrechte und eine Wertegemeinschaft, stützt sich auf Mitgliedstaaten, die in ihrer Struktur einer freiheitlichen, demokratischen, euro-offenen Organisation gute Voraussetzungen für politisches Handeln bieten. Doch die Staaten und die Europäische Union können gegenwärtig das Erwerbstreben ihrer Bürger nicht in einer rechtlichen Kultur des Maßes binden. Alles Denken ist der Nestroy zugeschriebenen Frage gewidmet: Die Phönizier haben das Geld erfunden, aber warum so wenig? Das Mäßigungsinstrument des Gütermarktes ist die Knappheit der Güter und des Geldes. Der Verkäufer kann ein Auto nur einmal verkaufen, der Käufer den Kaufpreis nur einmal zahlen. In diesem Gegeneinander entwickelt sich Tauschgerechtigkeit. Dieses Maß greift im Finanzmarkt kaum noch, weil dort Geld gegen Geld, Geld gegen Erwartungen und Hoffnungen getauscht werden, das Geld kein rares Gut mehr ist, die Spekulation fast ins Grenzenlose steigt. Die Verbindlichkeit des Rechts scheint durch die Gesetzmäßigkeiten des Geldmarktes – oder realistischer: durch die Mächtigkeiten der dort handelnden Akteure – verdrängt zu werden. Die Gewinnmaximierung neigt zur Maßstablosigkeit und damit tendenziell zur Maßlosigkeit.

Der „Raum des Rechts“ und das Streben nach Gewinn

Die Europäische Union beansprucht, ein „Raum des Rechts“ zu sein. Nicht Menschen, Wirtschaftsunternehmen oder Interessenverbände herrschen, sondern das von den Bürgern demokratisch legitimierte Recht. Dieses Recht bestimmt den Menschen nach grundsätzlich anderen Strukturen als das Geld. Recht bewahrt vertraute Regeln des Gemeinschaftslebens, schützt den Einzelnen in seiner Freiheit und seinem Eigentum, sichert soziale Zugehörigkeit und Teilhabe, ermächtigt den Einzelnen, die Gesellschaft und den Staat zu zukunftsgerichtetem Handeln. Recht lebt sprachlich aus seiner Herkunft, sucht die demokratische Übereinkunft, definiert den verbindlichen Rahmen

Die Gesetzmäßigkeiten des Geldmarktes verdrängen die VERBINDLICHKEIT des Rechts.

der Zukunft. Geld verleugnet seine Herkunft und verschweigt seine Zukunft. Ob ein 10-Euroschein durch Arbeit erworben, an der Börse leichter Hand mitgenommen, durch Betteln empfangen oder durch Banküberfall erbeutet worden ist, sieht man dem Schein nicht an. Ob mit dem Geld später einmal ein Apfel zum Essen, eine Violine zum Spielen oder eine Pistole zum Bedrohen erworben wird, lässt das Geld als Passepartout für ökonomisches Handeln offen.

Recht spricht den Menschen in der Rationalität des Sprachlichen an. Geld nimmt sich in die Abstraktion der Zahl zurück, die Grundkategorien des Gemeinschaftslebens wie Freiheit, Verantwortung, Haftung, Sicherheit nicht ausdrücken kann, die Ordnungsprinzipien wie Gewaltenteilung, Zuständigkeit, Wahl, Rechenschaft und Verfahren nicht zu vermitteln vermag. Recht formt klare Entscheidungsalternativen:

Recht ordnet das Gemeinschaftsleben nach RATIONALEN Gesichtspunkten, Geld hingegen befähigt zu fast beliebigem Handeln.

Ein Gesetz ist verfassungsgemäß oder verfassungswidrig, ein Arzneimittel geeignet oder ungeeignet, ein Bewerber qualifiziert oder unqualifiziert. Entscheidungen über Geldleistungen kennen so viele Kompromisse, als eine Summe in Euro teilbar ist. Geld ist geprägte Freiheit, befähigt in seiner Abstraktheit und Bestimmungslosigkeit zu fast beliebigem Handeln. Ihm fehlt aber die Qualität des Freiheitsrechts, eines definierten, auf den anderen und die Rechtsgemeinschaft abgestimmten Dürfens. Das Recht hat die Aufgabe, auch dem Geldmarkt ein Maß und ein Ziel zu geben.

In dieser rechtlich verarmten, vom Erwerbsstreben getriebenen Welt trifft die EU auf einen Markt, der in wachsender Geschwindigkeit auf eine Wende Marke zusteuert. Herrscher sind die Financiers, weil die Waren immer mehr von Computern und Robotern produziert, der Gewinn dementsprechend den Kapitalgebern zugesprochen und die Ertragsquelle der Arbeitskraft verdrängt werden. Die Ertragschancen für Investo-

ren und Sparer werden gegenläufig verfremdet, wenn der Finanzierungsmarkt wachsende Renditen verspricht, der Realzins für das Sparkapital aber unter die Inflationsrate sinkt, Spareigentum also keine Ertragsquelle mehr bietet.

Das Problem der Staatsschulden

Bürger und Unionsbürger erwarten von öffentlichen Haushalten höhere Leistungen, aber niedrigere Steuern. Der Staat weicht deshalb in die Staatsverschuldung aus, muss bei stetig wachsender Verschuldung grundsätzlich immer höhere Zinsverpflichtungen erfüllen, zahlt dann einen „politischen“ Preis für niedrigere Zinsen. Schließlich drängen die Gläubiger auf eine gemeinsame Haftung aller Mitgliedstaaten des Euro-Verbandes, gefährden damit das Budgetrecht der staatlichen Parlamente, die demokratische Elementarlegitimation durch das Staatsvolk und die bisher als selbstverständlich geltende Gleichheits-erwartung der Steuerzahler, der Staat

Die Staatsverschuldung macht die Staaten von einem undurchsichtigen Finanzmarkt ABHÄNGIG und gefährdet deren Souveränität.

werde das gesamte Steueraufkommen an die Allgemeinheit des Staatsvolkes zurückgeben. Der Staat gerät immer mehr in Abhängigkeit vom Finanzmarkt. Die Staaten – und damit die Europäische Union – verlieren ein Stück ihrer Souveränität.

Diese Staatsverschuldung ist die nicht notwendige Folge einer Finanznot. Deutschland hat in seiner dramatischen Finanzkrise von 1949 bis Mitte der 1960er-Jahre ein „Wirtschaftswunder“ geschaffen, dabei kaum Staatsschulden aufgenommen, wohl aber einen „Julius-turm“ errichtet, der als Rücklage für die bevorstehende Wiederbewaffnung dienen sollte, dann allerdings Begehrlichkeiten der Finanzpolitik nicht standhalten konnte und 1959 aufgelöst worden ist. Noch 1971 trat Alex Möller vom Amt des Bundesfinanzministers unter anderem mit der Begründung zurück, er wolle eine Neuverschuldung von 8 Milliarden DM nicht vertreten, um nicht als „Inflationsminister“ in die Geschichte einzugehen. Diese 8 Milliarden (1971: DM; 2012: Euro) entsprechen just den 35 % des BIP, die Art. 115 Abs. 2 Satz 2 GG noch als Nullverschuldung definiert.

Die Staaten, teilweise auch die Europäische Union, sind in ihren Handlungsmaßstäben und Verfahrensabläufen, vor allem auch in den verantwortlichen Entscheidern, sichtbar und kontrollierbar. Die Akteure des Finanzmarktes – Banken, Versicherungen, Fonds, Anleger und Spekulanten – verbergen sich in der Anonymität eines Marktes. Juristische Personen, die nicht von einem Ankeraktionär bestimmt, sondern von Streubesitzern finanziert werden, verselbständigen Geschäftskonzepte und Handlungsmittel nach dem Prinzip des Shareholder Value, das die Mitbetroffenheit von Arbeitnehmern, Kunden, Umwelt, Region und Kultur fast ausblendet. Diese verengte Sicht wird zum Handlungsprinzip der juristischen Person, das nicht einmal durch einen Erbfall in die Verantwortlichkeit natürlicher Personen gewiesen

wird. Eine juristische Person stirbt nicht. Die weltweit tätigen Gesellschaften bestimmen mit ihren Geschäftsbedingungen und ihren Computersystemen den Zugang zum Markt, schließen bestimmte Regionen und Völker von

Die EU soll als RECHTSGEMEINSCHAFT Freiheit, Sicherheit und Recht gewährleisten.

ihren Geldkreisläufen und damit vom Weltmarkt aus, vernetzen sich „systemisch“ und leiten daraus den Anspruch her, als weltweite Verteiler und Versorger auch bei großen Fehlleistungen nicht untergehen zu dürfen, deswegen durch Staatsfinanzierung gerettet werden zu müssen. Hier bahnen sich moderne Formen der Feudalherrschaft an.

In dieser Ausgangslage brauchen wir die Europäische Union als Rechtsgemeinschaft, als „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ mehr denn je. Die Union beginnt gegenwärtig vermehrt, ihr eigenes Fundament, ihre Mitgliedstaaten, durch Rettungsschirme zu stabilisieren, die Gediegenheit ihrer politischen Struktur und die Stabilität ihrer Finanzsysteme zu festigen. Die These vom Ende des Staates und des Selbstbestimmungsrechts der Völker ist widerlegt. Sie wirkt jedoch nach, wenn jetzt die Insolvenz eines Staates diskutiert wird, obwohl jeder weiß, dass allenfalls eine Insolvenz des Staates – sein Erhalt, nicht sein Untergang – in Betracht kommt. Auch manche Prognose, die Schwäche einzelner Staaten werde die Ära der Staatlichkeit beenden und einen Kompetenz- und Legitimationszuwachs für die EU mit staatsähnlichen Funktionen begründen, hat sich nicht

erfüllt. Gegenwärtig scheint sich die Entwicklung eher umzukehren: Die EU findet verstärkt zusammen in der Rettung ihrer Mitgliedstaaten.

Allerdings verschieben diese Rettungsaktionen die Probleme mehr, als dass sie das Grundproblem lösen: Die Zinslasten werden gesenkt, die Staatsschulden aber kreditfinanziert erhöht. Der Schuldner wird durch den Bürgen ersetzt. Die Finanzlasten wandern von den Schuldenstaaten zu Rettungsfonds und EZB. Private Geldgeber drängen in die Rechtsstellung der Gläubigerstaaten. Das alte Recht und insbesondere seine Schuldenbremsen werden missachtet, neues Recht der Schuldenbremsen im Fiskalpakt versprochen. EU und Mitgliedstaaten verzichten zähneknirschend auf eine Anpassung des EU-Rechts, weil im Einstimmigkeitsprinzip jeder Mitgliedstaat das Signal auf Halt stellen kann, verschieben deshalb die Entscheidungen auf Regierungschefs und Nebenorgane außerhalb der EU, lassen so Sonderrecht entstehen, das die Qualität als Völkerrecht staatsrechtlich und demokratisch kaum verdient. Wir stehen vor der dramatischen Frage, ob wir diese Ausgleichszahlungen neben und gegen das EU-Recht als Übergangsphänomen organisieren und begrenzen können, ob ein System fremdfinanzierter Finanzschwäche die Union insgesamt gefährdet, ob kreditfinanzier-

Die Schwäche der einzelnen Staaten hat KEINEN Kompetenz- und Legitimitätszuwachs für die EU zur Folge.

te Finanzhilfen in der Unmerklichkeit ihrer Last die demokratische Kontrolle außer Kraft setzen und immer mehr politische Macht auf den Finanzmarkt übertragen.

Letztlich werden wir der Kernfrage nicht ausweichen können, ob der Kredit überhaupt als Regelfinanzierung für Staaten und den Staatenverbund zur Verfügung steht, weil der Staat eine Kreditsumme nicht – wie ein Unternehmer – ertragbringend investieren und dann aus den Zusatzgewinnen die Kreditschuld erfüllen kann, der Staat die Kreditsumme vielmehr zur Erfüllung staatlicher Aufgaben – in der Regel konsumierend – einsetzt. Das Problem der Staatsverschuldung skizziert eine Zahl:

Die Rettungsaktionen der EU verschieben die Probleme ZU LASTEN einer Anpassung des EU-Rechts.

Deutschland hat in der Zeit von 1950 bis 2008 1,6 Billionen Staatsschulden aufgenommen, in der gleichen Zeit 1,5 Billionen Zinsen gezahlt. Der Staatskredit mag kurzfristig Liquidität vermitteln, schwächt langfristig die Liquidität und Finanzautonomie der Staaten. Die Zinsen des staatlichen Darlehens werden bedient, die Schulden bleiben und steigen. Der deutsche verfassungsändernde Gesetzgeber hat daraus 2009 die Folgerung gezogen und Bund und Länder zu ausgeglichenen Haushalten grundsätzlich ohne Verschuldung verpflichtet.

Ein freiheitliches, demokratisches Recht versteht dieses Verschuldensübermaß in der Perspektive der betroffenen Menschen, der gewaltunterworfenen Bürger. Diese beobachten, dass der Zug

der Integration in schneller Fahrt auf einen nichtbenannten Zielbahnhof zu steuert, dass Haltepunkte, an denen der Zug Werte aufnehmen, aber auch Ballast abwerfen kann, fehlen. Der Zug ist

Die gegenwärtige Finanzkrise ist durch MISSACHTUNG des Rechts entstanden.

aus den Gleisen des Europarechts herausgesprungen. Er droht zu entgleisen. Es hat Verletzte gegeben, Geldeigentümer, Kinder, Bürger der Schuldnerstaaten. Der Bürger erwartet nun, dass die Techniker nicht nur eine unzulängliche Steuerungsfähigkeit der Gleise feststellen, sondern diese Steuerungsfähigkeit der Gleise wieder herstellen. Dem Jedermann sichert allein das Recht die Chance angemessener Beteiligung an der allgemeinen Prosperität. Doch vielfach wird empfohlen, den Zug auf einer Nebentrasse weiterfahren zu lassen, bei der die Gleise im Bau, geplant und versprochen, aber noch nicht vollendet sind.

Die schrittweise Rückkehr zum Recht

In diese Krise gibt es nur einen Weg. Die gegenwärtige Finanzkrise ist durch Missachtung des Rechts entstanden. Wenn die Staaten die rechtlichen Schuldengrenzen beachtet hätten, wenn die Finanzautonomie betont worden wäre, wenn jeder Staat durch unmittelbare Kreditnachfrage am Markt die Erfahrung gemacht hätte, dass schlechte Bo-

nität hohe Zinsen zur Folge hat, wenn die EZB nur die Währung, nicht auch Staaten stabilisiert hätte, so wäre diese Finanzkrise vermieden worden. Nunmehr bemühen sich die Staaten als Verfassungsstaaten und als Mitglieder der europäischen Rechtsgemeinschaft, in die Legalität zurückzukehren, können dieses Ziel aber selbst in einem gewaltigen Kraftakt nicht spontan erreichen. Wollte die Bundesrepublik von einer Gesamtverschuldung von knapp 80 % des BIP zu der rechtlich zulässigen Gesamtverschuldung von 60 % des BIP zurückkehren, müsste sie eine Summe zurückzahlen, die höher wäre als das jährliche Steueraufkommen. Deswegen wird der Staat die nächsten Haushalte noch im Bewusstsein von deren Rechtswidrigkeit beschließen müssen.

Dies scheint eine Provokation des Rechts. Doch weiß die Rechtsordnung mit diesem ernststen Problem umzuge-

Zum Recht muss schrittweise ZURÜCK-GEKEHRT werden, um das Ziel der Legalität zu erreichen.

hen. Wenn das Beste – die Legalität – nicht möglich ist, müssen wir das Gute tun: Wir kehren Schritt für Schritt zum Recht zurück, erreichen in stetiger Annäherung letztlich das Ziel der Legalität.

Das Verfahren einer Annäherung an das Recht widerspricht der These, Not kenne kein Gebot. Zwar sind wir in großer Not – einer Instabilität des Rechts und damit der Währung –, bemühen uns aber deshalb gerade um die Rückkehr zum Recht. Wenn kein Gebot mehr gälte, verlöre die Europäische Rechtsgemeinschaft ihre Existenzgrundlage. Der Kommissionspräsident hätte kein Man-

dat mehr. Staatschefs, Minister, Abgeordnete könnten für uns nicht mehr verbindlich handeln, weil ihr Mandat ein rechtliches ist. Der Darlehensvertrag wäre nicht mehr verbindlich, wir wären aller unserer Schulden ledig. Doch der Preis dafür wäre zu hoch: Der innere Frieden wäre gefährdet. Das Wirtschaftsleben verlöre seine Grundlage des verbindlichen Vertrages. Der Staat geriete zumindest temporär in eine Unverfasstheit.

Die Bürger könnten zur Schuldenreduzierung herangezogen werden, indem sie die REDUZIERUNG von Staatsleistungen akzeptieren.

Bei der Annäherung an das Recht stellt sich die Frage, ob ein Darlehensvertrag verbindlich ist, wenn er gegen den Unionsvertrag und gegen das Grundgesetz verstößt, wenn er den darlehensnehmenden Staat in die Nähe der Zahlungsunfähigkeit führt, wenn das Versprechen fristgemäßer Darlehensrückzahlung von beiden Vertragsparteien als nicht verbindlich verstanden wird, dadurch aber die Zinsverpflichtungen langfristig auf 100 oder mehr Prozent der Darlehenssumme steigen.

Als der Auftrag zur Wiedervereinigung Deutschlands 40 Jahre lang nicht erfüllt werden konnte, war jedes staatliche Handeln verfassungsgemäß, das sich diesem Ziel annähert, die Rechtswirklichkeit also ein Stück näher an das Rechtsideal heranträgt. Dieses ist gesicherter Stand gefestigter Rechtsprechung. Die Annäherung an das Recht erlaubt grundsätzlich nur vorläufige Maßnahmen, weil der Übergang zum Recht auf weitere Schritte zum Recht

angelegt ist. Zudem gerät jeder Sanierungsschritt unter besonderen Rechtfertigungszwang: Es muss offensichtlich sein, dass mit jeder Maßnahme die Annäherung an mehr Stabilität von Recht und Währung gelingen wird.

Auf diesem Weg zurück zum Recht wäre zu bedenken, ob eine Finanztransaktionssteuer den Finanzmarkt verlangsamt, eine bei den indirekten Steuern bestehende Gerechtigkeitslücke schließt, vor allem aber den Störer zur Mitfinanzierung der Störungsfolgen heranzieht; ob der Abbau der Subventionen – durch Aktivierung des europarechtlichen Beihilfeverbotes und des nationalen Subventionsabbaugebotes – zu mehr Verteilungsgerechtigkeit führen kann. Die Last des Darlehens könnte gegenwärtig spürbar gemacht, die demokratische Kontrolle dadurch erneut in Wirkung gesetzt werden, wenn ein Gesetz vorschreibt, dass bei jeder Erhöhung der Schulden um 1 % alle Staatsleistungen – die Gehälter, die Sozialhilfe, das BAföG, die Industriesubventionen – um 1 % gemindert werden, jeder Bürger also in seinem Portemonnaie verspürt, dass eine Staatsverschuldung ihn gegenwärtig belastet. Schließlich wäre auch zu erwägen, Finanzhilfen allenfalls auf Gegenseitigkeit zu gewähren.

Restrukturierung des Europarechts
Finanzkrisen sind die Stunde von Recht und Demokratie. Wenn der Wohlstand

Die EU wird ihren Charakter als Rechtsgemeinschaft ZURÜCKGEWINNEN.

bedroht ist, die Verteilungsgerechtigkeit verfehlt wird, sich teilweise Existenzangst verbreitet, rufen die Menschen nach einem besseren Recht, wollen demokratisch Einfluss auf dieses Recht gewinnen. Die Demokratie ist in Deutschland erkämpft worden, damit der Steuerzahler selbst, repräsentiert durch seine Abgeordneten, über die Höhe der Staatsausgaben, der Schulden und der Steuerlast entscheidet. Wir brauchen uns gegenwärtig nicht mit einer solchen neuen Verfassungsgebung – einer Revolution – auseinanderzusetzen, haben vielmehr die Chance, durch Erneuerung des geltenden Rechts die Entwicklung von Staat und Europäischer Union zum Guten zu wenden.

Unsere Ideale einer Europäischen Union sind nicht widerlegt und nicht verbraucht. Das Unionsrecht hat ein besonderes Recht der Finanzstabilität geschaffen, das die nicht erreichbare politische Union durch strikte Rechtsbindungen für die Staatsverschuldung zu ersetzen sucht. Dieses Recht allerdings wurde jahrelang fast ausschließlich auf das Verhältnis zwischen Union und Mitgliedstaaten bezogen und dort vernachlässigt. Es ist nun verstärkt im Verhältnis zwischen Währungsunion und Finanzmarkt zur Wirkung zu bringen. Dort bestimmt der Kampf um das Geld die Akteure. Die Auseinandersetzung wird härter. Europa braucht selbstbewusste, unbefangene und unbeirrte Anwälte des Rechts.

Wenn sich jetzt das Bundesverfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof anschicken, gemeinsam um die Wiederherstellung des Rechts im staatlichen Verschuldens- und Finanzwesen zu kämpfen, den Finanzmarkt in die selbstverständlichen Grenzen des Rechts zu verweisen, so eröffnet sich die Chance,

dass die Europäische Union ihren Charakter als Rechtsgemeinschaft zurückgewinnt, das Vertrauen in das Recht wieder wächst und Dank der Stabilität des Rechts die Währung stabil bleibt. Europa steht an einer Wegscheide. Sie eröffnet die Chance, die Faszination der europäischen Integration in ihrer ursprünglichen Bedeutung zu erneuern. ///



/// PROF. DR. PAUL KIRCHHOF
ist seit März 2013 Seniorprofessor **distinctus** der Universität Heidelberg und Präsident der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Davor war er von 1975 bis 1981 Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht an der Universität Münster, danach bis 2013 an der Universität Heidelberg. Von 1987 bis 1999 war Paul Kirchhof Richter des Bundesverfassungsgerichts.

/// Europa in der Krise

AUF DER SUCHE NACH EINER ZUKUNFTSSTRATEGIE

WERNER WEIDENFELD /// Europa, der Kontinent findet keine Ruhe. Er driftet von Krise zu Krise. Schuldenberge werden angehäuft. Es grassiert die Angst um das eigene Geld. Folgerichtig kommen Zweifel an Handlungsfähigkeit und Legitimation der Europäischen Union auf.

Einführung

Hinweise auf die Entmündigung der Bürger durch das Monster Europa werden zum Bestseller. Krisenmanagement wird zum eigentlichen Inhalt und zum eigentlichen Erscheinungsbild der Politik. Wäre es eingebettet in eine klare Strategie und Perspektive, dann könnte man alledem die Dramatik nehmen. Aber gerade das ist nicht der Fall. Jeder einzelne Schritt, jeder einzelne Kompromiss steht praktisch kontextlos da. Weit über zwei Drittel der Bürger Europas bekennen, dass sie das alles nicht verstehen. Zum eigentlichen Kern des Problems ist diese Orientierungslosigkeit geworden. Die Baustelle Europa braucht also nichts dringender als eine geistige Ordnung.¹

Wie kann nun die strategische Antwort auf diese schwierige Lage aussehen? Sie kann nicht in dem historischen Hinweis auf die Gründerzeiten und die klassischen Motivationslagen der frü-

hen Nachkriegszeit bestehen – was häufig genug versucht wird. Manche politische Kulisse der Integration stammt noch aus den Gründerzeiten, als Antwort auf Krieg und Frieden zu geben war – oder dann, als die Einigung Europas politisches Überlebensprinzip im weltpolitischen Konflikt zwischen Ost und West war. Alles das ist heute konsumiert, bietet bestenfalls hohles Pathos aus vergangenen Zeiten. Es bedarf jetzt der großen Verständigung auf neue Begründungskonstellationen, die das Machtmonster Europa verstehen lassen. Schließlich hat es ja in den letzten 20 Jahren einen immensen Machttransfer nach Europa gegeben. Reichte es einst, auf die Frage nach europäischer Zuständigkeit mit dem Hinweis auf Agrarmarkt, Außenzoll und Außenhandelsverträgen zu antworten, so muss man heute umgekehrt argumentieren. Es gibt nur noch zwei Bereiche, in denen Europa keine Gestaltungskompetenz

Die EU-Kommission in Brüssel – für viele Bürger mittlerweile eine Regulierungsbehörde und das Symbol für das entmündigende Machtmonster Europa.



besitzt, nämlich die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme und die Kulturpolitik. Die gut 500 Millionen Menschen mit ökonomischem Spitzenpotenzial und solider militärischer Ausstattung haben die Europäische Union in den Rang einer Weltmacht befördert. Umso dringlicher wird es, diese Weltmacht aus taumelnder Orientierungslosigkeit zu befreien.

Dazu bedarf es der neuen Begründungskonstellationen und der präzisen Strategien. Nur so kann Europa eine zukunftsfähige Form finden. Die Alternativen zu diesem Konzept lassen sich in Ansätzen gegenwärtig beobachten. In fast jedem Mitgliedstaat gibt es Fluchtbewegungen aus der Komplexität der Lage in die einfache Formel des populistischen Extremismus. Das zu lösende Kernproblem ist klar: Es besteht in der Diskrepanz zwischen internationalisierter, ja weitgehend globalisierter Problemstruktur, teilweise nationaler, teilweise europäischer Entscheidungsstruk-

EUROPA hat sich zu einem orientierungslosen Machtmonstrum entwickelt.

tur und nationaler Legitimationsstruktur. Diese Diskrepanz ist nur zu überwinden, wenn der Machttransfer auf europäische Ebene eine klare Deutung und eine transparente Erklärung erhält.

Der grundsätzliche Klärungsbedarf ist dazu ohne weiteres greifbar: Wie soll die Handlungsfähigkeit der Europäi-

schen Union künftig gesichert werden? Wie sind Währungskrisen zu vermeiden? Welches Gewicht besitzt die deutsch-französische Zusammenarbeit? Wie ist die spezifische Rolle Großbritanniens einzuordnen? Wird die Balance zwischen großen und kleinen Staaten in der Europäischen Union gewährleistet? Ist die Grundlage europäischer Legitimation gesichert? Wie kommt Europa seiner weltpolitischen Mitverantwortung nach? Es gibt also Gründe genug, die architektonischen Konstellationsveränderungen in Europa eingehender zu analysieren.

Europa erlebt das Ende alter Selbstverständlichkeiten

Es gab Zeiten, da boten die großen Herausforderungen feste Orientierungen. Solche Filter eingehender Informationen benötigt jede komplexe, moderne Gesellschaft, um Halt zu finden und zu bieten. In der Geschichte der Europäischen Integration ist es nun nicht das erste Mal, dass in einer Krise die Frage nach der Sinnhaftigkeit gestellt wird.² Bisher gab es jedoch immer eine Antwort, die dem Projekt immense Vitalität verlieh. Dies bleibt aber heute aus. Das kennzeichnet die neue Epoche – die Abwesenheit einer identitätsstiftenden Zielprojektion. Ohne Identitätsgrundlage fehlt aber jedem politischen System die Basis seiner Handlungsfähigkeit. Halten wir uns die bisherigen Phasen vor Augen:³

1. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war der Kontinent von einem Netz europäischer Bürgergruppen durchwebt, die eine große Lehre aus der Geschichte ziehen wollten. Kriege und Katastrophen nationalistischer Art sollten nicht mehr das letzte Wort persönlicher Erfahrung sein. Jetzt sollte dieser,

von breiten Blutspuren gezeichnete Kontinent die Alternative zum Nationalismus anstreben und verwirklichen: die Einigung Europas. Man gab sich höchst anspruchsvolle Ziele. Dazu gehörte der europäische Bundesstaat, der gemeinsame Binnenmarkt, die Politische Union. Hatten doch bereits viele Widerstandsgruppen im Dritten Reich darüber nach-

Der Machtzuwachs und die veränderte Konstellation **BEDÜRFTEN** der Erklärung und genauer Deutung.

gedacht und konzeptionelle Entwürfe geliefert. Aber diese große Ambition mündete zunächst in einen bescheidenen Schritt. Nicht zuletzt hatte Großbritannien dafür gesorgt. Im Jahr 1949 wurde der Europarat gegründet. Das aber war nicht der ursprünglich angestrebte große supranationale Entwurf.

2. Man bediente sich nun einer anderen Methode, um das Ziel zu erreichen. Es sollten zunächst einzelne, spezifische Funktionen integriert werden. So legten Robert Schuman und Jean Monnet funktionalistische Konzepte für eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor. Auf diese Weise konnte auch der frühere Kriegsgegner Deutschland weiter kontrolliert werden, ohne diskriminiert zu sein.

3. Als dies so eindrucksvoll gelang, galt es, sogleich wichtige Funktionen nachzuschieben, nämlich die Organisation der Sicherheit (Europäische Verteidigungsgemeinschaft, EVG). Über

solche funktionalistische Ansätze sollte aber ein großes politisches Dach gebaut werden – die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG). Man hatte also ein großes, präzises Ziel vor Augen.

4. Das half auch über die Krise des Scheiterns von EVG und EPG hinweg. Funktionalistische Ersatzlösungen wurden in Auftrag gegeben. Nicht nur, dass die mit Souveränität auszustattende Bundesrepublik Deutschland sicherheitspolitisch nun anders verankert wurde, nämlich innerhalb von NATO und WEU. Man verhandelte auch um die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). In dieser klaren Zielperspektive wurden auch die elementaren Konflikte zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland lösbar. Die Römischen Verträge boten eine stabile Rechtsgrundlage.

5. Ein erster größerer Zieldissens führte folgerichtig zur ersten Integrationskrise. Die USA und Großbritannien signalisierten ihre Bereitschaft, dem Druck der Sowjetunion bezüglich des Status Berlins nachzugeben. Das bedeutete für Adenauer und de Gaulle eine Existenzbedrohung des freiheitlichen Westeuropas. Eine Politische Union mit einer sicherheitspolitischen Komponente sollte eine Antwort bieten. So wurde es in den sogenannten Fouchet-Plänen niedergelegt. Die übrigen EWG-Staaten aber wollten dieser Führungsvorgabe nicht folgen. Adenauer und de Gaulle schufen dann eine kleine Ersatzlösung, den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag.

6. Die nachlassende Zielsicherheit für das Projekt „Europa“ führte zu etlichen Jahren der Stagnation und Krise. Die „Politik des leeren Stuhls“, die mit

dem sogenannten Luxemburger Kompromiss beigelegt wurde, bot die symbolische Botschaft zur Lage. Diese unklare Perspektive ließ trotz des weiter bestehenden Ost-West-Konflikts keine Integrationsdynamik im alten Stil zu. Die krisenhafte Zuspitzung des Niedergangs fand eine scharfe und weithin akzeptierte Bezeichnung, nämlich „Euro-sklerose“. Europa konnte mit den dynamischen Märkten nicht mehr mithalten. Es erschien erschöpft, gleichsam ein Ausschnitt aus dem Museum. Helmut Kohl und François Mitterrand erkann-

Europa **BRAUCHT** eine identitätsstiftende Aufgabe, Führungsfiguren und strategische Köpfe.

ten die dringende Notwendigkeit eines strategischen Aufbruchs. Dazu bedurfte es zusätzlich eines begabten strategischen Kopfes. Sie fanden ihn im damaligen französischen Finanzminister Jacques Delors, der die europäische Herausforderung annahm. Nach einigen Monaten des Nachdenkens trug Delors sein Ergebnis vor: Europa braucht zum Aufbruch eine große identitätsstiftende Aufgabe. Dies könnte die Neuorganisation der Sicherheit oder die Vollendung des Binnenmarktes sein. Nur für eine dieser großen Aufgaben besitze Europa die Kraft. Auf dieser Grundlage wurde der Binnenmarkt als das große strategische Thema angenommen. Dazu galt es, über etliche Jahre knapp 300 Gesetze zu entwickeln und umzusetzen. Begleitet wurde dies durch umfassende Informationsprogramme. Dies führte dann zu einem großen ökonomischen und politischen Erfolg.

Aus diesem gelungenen Beispiel ist

für die gegenwärtige Herausforderung zu lernen: Europa braucht starke politische Führungsfiguren und strategische Köpfe.⁴ Die Politik muss die notwendigen Schritte strategisch erklären und vertrauensbildend durchhalten. Erklärungsdefizite sind zu vermeiden, zumal eine nur schwach ausgebildete Identität⁵ keine zusätzlichen Stabilisierungsleistungen erbringt.

Bei allen Krisenmeldungen darf man also die Lernprozesse nicht übersehen, die unter Druck ausgelöst werden. Die Wirtschafts- und Währungsunion ist hierfür das beste Beispiel. Im Vertrag von Maastricht hatte man zwar die Währungsunion präzise mit ihren Stabilitätskriterien definiert, die von Anfang an geforderte politische Umrahmung jedoch ausgespart. Die Elemente einer Politischen Union wurden erst unter dem Druck der Finanzkrise wieder thematisiert.

Unter Druck wird ein Lernprozess verwirklicht

Die dramatische Verschuldungs- und Währungskrise Europas hätte vermieden werden können. Alle sachlichen Details dazu lagen bereits bei den Vorverhandlungen zum Vertrag von Maastricht auf dem Tisch.⁶ Man wusste: Eine gemeinsame Währung kann auf Dauer nur stabil bleiben, wenn es einen starken, handlungsfähigen politischen Rahmen gibt. Währungsunion und Politische Union sind zwei Seiten einer Medaille. In Maastricht fehlten Kraft und Zeit, diese Erkenntnis politisch direkt zu realisieren. Man nahm sich dazu neue Verträge vor. Aber angesichts der Schönwetterzeiten wurde das notwendige politische Reformprogramm nicht verwirklicht. Als die Griechenlandkrise begann, wurde das poli-

Der Druck der Wirtschaftskrise bewirkte Lernprozesse und Reformen, aber es ist noch eine Kultur der LANGFRISTIGEN Strategie nötig.

tische Handlungsdefizit vielfältig klar. Die Europäische Union verfügte nicht einmal über eigene Währungsdaten. Sie erhielt auch keine frühzeitigen Informationen aus den Mitgliedstaaten zu deren nationalen Budgetvorhaben. Jetzt aber, unter ökonomischem und politischem Druck, wurde dies korrigiert.⁷ Ein Stabilisierungsmechanismus wurde geschaffen. Der ergänzende Fiskalpakt wurde relativ kurzfristig möglich: eine verschärfte Schuldengrenze und Schuldenbremse, ein Sanktionsmechanismus mit effektiveren Abläufen unter Einbeziehung des Europäischen Gerichtshofs. Erst unter massivem Druck negativer Realitäten konnte der überfällige Lernprozess realisiert und politisch umgesetzt werden.

Langfristig müssen jedoch die erforderlichen Schritte über diesen gegenwärtigen Status quo der Reform hinausgehen. Denn angesichts der Erosion des gemeinsamen Symbolhaushalts lautet der Befund: Europa braucht Ziele, Perspektiven, Orientierungen. Es muss eine strategische Kultur aufbauen. Wer die große Zeitenwende positiv beantworten will, der benötigt einen anderen kulturellen Umgang mit Europa.

Neue Vitalität wird Europa nicht aus bürokratischen Mammutverträgen erwachsen. Es kann gegenwärtig nur als die rettende, elementare Antwort auf die

Globalisierung ein neues Ethos entfalten. In der Globalisierung liegt die Idee für eine neue, kraftvolle Begründung. Einen Aufbruch aus der zweiten „Euro-sklerose“ kann nur vermitteln, wer die Kunst der großen Deutung beherrscht. Am Beginn steht die Globalisierung mit ihren Konsequenzen für jeden einzelnen Bürger. Europa liefert die Antwort darauf mit seinem strategischen Konzept der Differenzierung nach innen und nach außen. Nur die Union kann schlüssige Antworten auf die Globalisierung liefern, nur die integrierte Gemeinschaft ist stark genug, den einzelnen Staaten Schutz, Ordnung und Individualität zu garantieren. Europa hat das Potenzial einer Weltmacht. Allerdings muss dieses Potenzial angemessen organisiert und mit dem Geist europäischer Identität erfüllt werden. Eine solche historische Großleistung kann durchaus genau das Europa erbringen, das heute den großen Herausforderungen verunsichert gegenübersteht. Es muss lediglich seinen Lernprozess strategisch konsequent umsetzen.

Europa hat – angemessen organisiert – das **POTENZIAL** einer Weltmacht.

Eine mächtige politische Wirklichkeit, die ihre Identität sucht, braucht den Ort repräsentativer Selbstwahrnehmung. In der klassischen Lehre der repräsentativen Demokratie ist dieser Ort das Parlament. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente sind heute jedoch weit davon entfernt, der öffentliche Ort der Selbstwahrnehmung einer Gesellschaft mit ihren Zukunftsbildern und Hoffnungen, mit ihren Ängsten und Konflikten zu sein.

Das Europäische Parlament muss also – wie auch die nationalen Parlamente – seine Rolle sensibler und intensiver verstehen und umsetzen.

Identität wird durch einen gemeinsamen Erfahrungshorizont kreiert. Die Möglichkeiten hierzu bieten sich an. Die Dichte integrativer Verbindung hat drastisch zugenommen. Längst sind es nicht mehr bloß die Zollunion oder der Binnenmarkt. Die Wirtschafts- und Währungsunion hat einen schicksalhaften Schub des Aufeinander-Angewiesenseins ausgelöst. Dies muss man politisch beantworten. Europa muss sich als Strategie-Gemeinschaft begreifen.

Dies alles geht nicht von heute auf morgen, gewissermaßen über Nacht. Und nicht jeder Staat wird jeden notwendigen Schritt mitgehen wollen. Entscheidend aber ist es, diese Herausforderung nicht allein als Problem, sondern auch als strategische Chance für die Zukunft Europas zu sehen.

Die strategische Führungskultur vertiefen: differenzierte Integration

Europa muss also seine Führungskultur fortentwickeln. Die machtvolle Koordinierung des Kontinents kann nicht einfach fortschreiben, was einst für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit sechs Mitgliedstaaten galt. Das erheblich größere Europa ist differenzierter zu organisieren. Bereits seit mehr als 20 Jahren erfolgen Integrationschritte, an denen sich nicht alle Mitgliedstaaten beteiligen und bei denen man auch nicht auf den letzten Zögerer warten will. Die Euro-Zone, der Schengen-Raum und etliche weitere Projekte zeigen, dass die differenzierte Integration bereits seit geraumer Zeit ein fester Bestandteil des Integrationsprozesses ist.

Differenzierte Integration kann als Laboratorium für das Innovationspotenzial der Europäischen Union dienen.⁸ Die Heterogenität und die schiere Zahl unterschiedlicher Interessen laden geradezu ein, Projekte voranzutreiben, die von einer Gruppe von Staaten für wichtig erachtet werden, die aber keine Realisierungschance im Geleitzug der gesamten Union haben. Dabei bedeutet differenzierte Integration nicht, ein Zwei-Klassen-Europa einzuführen. Denn Staaten, die heute den nächsten Schritt nicht vollziehen wollen, haben die Gelegenheit, dies später nachzuholen.

Die Weltpolitik ist nun **MULTIPOLAR** und **digitalisiert**.

Die differenzierte Integration bietet also die Chance, die Handlungsfähigkeit der Union zu sichern und die Probleme zu lösen, ohne Fragen der Selbstverständigung zu ignorieren.

Neue weltpolitische Architektur

Europa bewegt sich in einer weltpolitischen Architektur, die zwei neue Aggregatzustände aufweist:

- Die Weltpolitik ist nun wirklich multipolar geworden. Zur Lösung von Problemen reicht nicht mehr der Hinweis auf eine dominante Weltmacht. Das schaffen weder Amerika noch China. Die Liste ist länger geworden: Indien, Japan, Brasilien, Russland – und Europa. Europa ist auf der Grundlage seiner dramatischen Integrationsfortschritte der vergangenen Jahrzehnte zu einem festen Bestandteil der weltpolitischen Machtarchitektur geworden.

- Die Digitalisierung hat die Globalisierung zur Erfahrung eines jeden Details in Jetztzeit gemacht – geschehe es in Berlin, Peking, Brüssel, Washington oder Brasilia. Nichts ist mehr in insularer Selbstbezogenheit zu erfassen.

Diese digitalisierte und globalisierte multipolare Welt bietet für Europa zwei alternative Handlungsperspektiven: Entweder man wird von Ereignissen, Problemen und Schwierigkeiten überrollt und zum hilflosen Opfer der Gegebenheiten – oder man wird zum mitverantwortlichen Mitgestalter. Europa wird sich nicht der Mitgestaltung entziehen. Dazu braucht es allerdings mehr analytische, konzeptionelle und strategische Kraft, um eine gewisse Deutungshoheit zu erringen.⁹ ///



/// PROF. DR. DR. H.C.
WERNER WEIDENFELD

ist Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie Rektor der Alma Mater Europaea der Europäischen Akademie der Wissenschaften, Salzburg.

Anmerkungen

¹ Siehe dazu vertiefend u. a. Beck, Ulrich: Das deutsche Europa, Berlin 2012; Habermas, Jürgen: Zur Verfassung Europas, Berlin 2011; Menasse, Robert: Der Europäische Landbote, Wien 2012; Schulz, Martin: Der gefesselte Riese, Europas letzte Chance, Berlin 2013; Mak, Geert: Was, wenn Europa scheitert, Bonn 2012; Kaufhold, Martin: Europas Werte, Paderborn 2012; Enzensberger, Hans Magnus: Sanftes Monster Brüssel oder Die Entmündigung Europas, Berlin 2011; Weidenfeld, Werner: Die Europäische Union, Akteure – Prozesse – Herausforderungen, München 2013.

² Vgl. Schulze, Hagen: Phoenix Europa, Berlin 1998; Judt, Tony: Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg, München 2006.

³ Vgl. auch Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1980 ff., Bonn / Baden-Baden 1981 ff.

⁴ Ausführlicher dazu Weidenfeld, Werner: Europa – Ein Kontinent auf der Suche nach seiner Identität, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 21. Jg. 2011, S. 301-307.

⁵ Vgl. ergänzend Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Identität Europas, München 1985; Nida-Rümelin, Julian / Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europäische Identität, Baden-Baden 2007.

⁶ Vgl. Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Maastricht in der Analyse, Gütersloh 1995.

⁷ Siehe Enderlein, Henrik: Welche Economic Governance für Europa? Die Vorschläge zur wirtschaftspolitischen Steuerung im Euroraum, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 2011, hrsg. von Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels, Baden-Baden 2012, S. 37-44; Kunstein, Tobias / Wessels, Wolfgang: Die Europäische Union in der Währungskrise: Eckdaten und Schlüsselscheidungen, in: integration, 4/2011, S. 308-322.

⁸ Vgl. u. a. Weidenfeld, Werner / Janning, Josef: Das neue Europa – Strategien differenzierter Integration, Gütersloh 1997; Möller, Almut: Wir gehen dann schon mal vor. Wie viel Ungleichzeitigkeit verträgt Europa?, in: Internationale Politik, 1/2012, S. 20-25.

⁹ Siehe dazu vertiefend Nye, Joseph: Macht im 21. Jahrhundert, München 2011.

/// Auf Wohl und Gedeihen

TIERHALTUNG IN DER LANDWIRTSCHAFT

HELMUT BRUNNER /// Die Nutztierhaltung prägt seit Jahrhunderten unser Bayernland. Sie ist fester Bestandteil unserer bäuerlichen Landwirtschaft, Kultur und Geschichte. Ohne Nutztiere gäbe es keine Milch, Butter oder Käse, kein Fleisch, keine Wurst – kurzum keine bayerischen Spezialitäten sowie keine Wolle oder Leder. Die Tierhaltung ist für fast 90.000 unserer bäuerlichen Familienbetriebe existenziell, denn mit ihr erzielen sie etwa zwei Drittel ihres Produktionswertes.

Bedeutung der Nutztierhaltung in Bayern

Auch wenn die Nutztiere im Stall und auf dem Feld viel Arbeit machen, wären unsere bäuerlichen Familienbetriebe ohne ihre Tiere bis vor wenigen Jahrzehnten nicht denkbar gewesen, denn unsere Bauern waren auf die Zugkraft und den Dünger der Tiere angewiesen. An den Grünlandstandorten veredeln

Die **TECHNISIERUNG** hat die Haltungsbedingungen der Nutztiere verbessert.

die Tiere das Gras in für uns Menschen nutzbare Lebensmittel, in hervorragende und vielfältige Lebensmittelspezialitäten. So erhalten die Nutztiere auch unsere abwechslungsreichen und einmaligen Kulturlandschaften, vor allem in den schwer zu bewirtschaftenden Berggebie-

ten und Mittelgebirgslagen, die Grundlage für Tourismus und Erholung sind. Damit steigern unsere Nutztiere die Wirtschaftskraft und sichern Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen.

Durch Fortschritt und Technisierung wie automatische Melksysteme und Grundfuttermittel, computergesteuerte Fütterung, automatische Spaltenbodenreinigung oder Lüftung, haben sich die Arbeitsbedingungen für den Menschen erheblich verbessert, was auch die Hofnachfolge der Landwirte sichert. Gleichzeitig haben sich dadurch aber auch die Haltungsbedingungen für die Nutztiere in der Zucht wie in der Mast wesentlich verbessert.

Wettbewerbsfähige Nutztierhaltung

Knapp 80 % der bayerischen Landwirte halten heute Nutztiere und als Unternehmer unterliegen sie den ökonomischen Zwängen sowie der harten Konkurrenz



Die Nutztierhaltung bildet für die bäuerlichen Familienbetriebe die Existenzgrundlage.

der Weltmärkte. D. h., alle Innovationen, Investitionen, Auflagen, Vorgaben und Forderungen haben direkten Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer bäuerlichen Betriebe in Bayern.

Die Landwirtschaft wird durch zwei gegenläufige Entwicklungen quasi in die Zange genommen: zum einen durch real sinkende Erlöse und zum anderen durch steigende Produktionskosten. Viele Betriebe sehen sich daher ökonomisch gezwungen, ihre Bestände zu vergrößern, um die Kosten je produzierter Einheit zu

senken. Einen Wettlauf mit der Massenproduktion können wir in Bayern aber schon aufgrund der vergleichsweise kleinteiligen Agrarstrukturen nicht gewinnen. Wir setzen daher nicht auf Masse, sondern auf Klasse, auf Innovationskraft, Wertschöpfung aus Qualität, Vielfalt, Kreativität und Regionalität. Und wir setzen auf den Verbraucher, der die gesunden und qualitätsvollen Nahrungsmittel der „Marke Bayern“ wertschätzt und bereit ist, dafür etwas mehr zu bezahlen. Dieser Weg erscheint

mühsam, aber wie schon Mark Twain gesagt hat: „Zum Erfolg gibt es keinen Lift – man muss die Treppe benutzen“.

Erwartungen der Gesellschaft

Den Verbrauchern geht es mit zunehmendem Bildungs- und Wohlstand nicht mehr nur um das bloße Sattwerden – die Ernährung ist ja gesichert –, sondern zunehmend um ethische Aspekte in der Tierhaltung. Zudem vermitteln die Medien ein romantisierendes Bild der Landwirtschaft, so dass die Verbraucher tiergerechte Haltungssysteme mit geringen Auswirkungen auf die Umwelt sowie überschaubare Bestandsgrößen erwarten und fordern. Dabei übersehen sie oft, dass große Bestände nicht automatisch belastend für Umwelt und Tiere sind. Für das Wohl der Tiere ist entscheidend, wie viel Platz sie im Stall haben.

Die Verbraucher lehnen mehrheitlich auch gentechnisch veränderte Organismen, Biopatente, Antibiotika und den Einsatz von Wachstumshormonen in der Tierhaltung sowie das Klonen von Tieren ab. Sie fordern Transparenz bei

Der Verbraucher erhebt zunehmend ETHISCHE Ansprüche bei gleichbleibend niedrigen Preisen.

Herkunft und Erzeugungsbedingungen und verlangen eine bessere, klarere Kennzeichnung, um beim Kauf überhaupt wählen und Verantwortung übernehmen zu können. Diese zum Teil kos-

tenrächtigen Anforderungen der Gesellschaft an die artgerechte Nutztierhaltung stehen leider oft in starkem Widerspruch zu dem Preis, den die Verbraucher bereit sind, an der Theke zu zahlen. Der gewünschte niedrige Preis ist aber nur mit den im Grunde abgelehnten intensiven Haltungs- und Produktionsbedingungen möglich. Ein klares Dilemma, auf das nicht wenige, vor allem junge Verbraucher durch Reduzierung von bzw. gänzlichen Verzicht auf Fleischkonsum reagieren.

Herausforderungen

Laut einer Göttinger Studie sind rund 20 % der Verbraucher bereit, für tierische Lebensmittel aus besonders tiergerechten Haltungssystemen mehr Geld auszugeben. D. h., uns muss es nun gelingen, dass der Verbraucher die guten, nachhaltig und tiergerecht erzeugten bayerischen Lebensmittel genauso wertschätzt, wie er das bei bayerischen Premium-Autos seit Jahren macht. Der Verbraucher muss erkennen, dass er sich selbst etwas Gutes tut. Ihm muss also nachvollziehbar und glaubwürdig der Mehrwert dieser Lebensmittel aus besonders tiergerechter Haltung vermittelt werden. Deswegen wollen wir in Bayern, wo immer möglich, den Dialog zwischen Landwirtschaft und Verbraucher und damit das Verständnis füreinander verbessern. Gemeinsam mit unseren 112.000 Landwirten müssen wir die gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge wieder deutlicher machen. Mit verschiedenen Projekten wie „Erlebnis Bauernhof“, den Bauernmarktmeilen, der Direktvermarktung und dem neuen Bildungsprogramm „Landwirtschaft und Gesellschaft im Dialog“ sind wir auf dem richtigen Weg. Transparenz und Kundennä-

he schätzen die Menschen. Es geht letzten Endes um Bewusstseinsbildung und Kommunikation.

Gerade in dem von den Vereinten Nationen ausgerufenen „Internationalen Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe“ möchte ich den Menschen in der Stadt und auf dem Land wieder bewusst machen, dass hinter vielen, heute oft als selbstverständlich wahrgenommenen Leistungen in unserer Umwelt, Wirtschaft und Kulturlandschaft bäuerliche Familien mit ihrer Arbeit, ihrem Engagement und ihrer Heimatliebe stehen. Unsere bäuerlichen Familienbetriebe erbringen insbesondere mit der Tierhaltung vielfältige gesamtgesellschaftliche Leistungen, die weit über ihre Produktionsaufgaben hinausgehen.

Die bayerische Agrarpolitik richten wir weiterhin an dem verbindenden Leitbild einer tiergerechten, ressourcenschonenden und nachhaltigen, flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft

Es braucht einen **DIALOG** zwischen Erzeuger und Verbraucher.

aus. Diese Agrarpolitik wird vom Bürger akzeptiert und ist zugleich Gesellschaftspolitik. Dieser Bayerische Weg in der Agrarpolitik wurde anfangs belächelt, heute aber ist er anerkannt und erfolgreich. Er ist nun sogar als Vorbild für Deutschland im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Wir wollen diesen erfolgreichen Weg fortsetzen, denn er war, ist und bleibt richtig.

An dem von mir einberufenen „Runder Tisch Tierwohl“ diskutieren wir kontrovers über die Tierhaltung und erarbeiten gemeinsam mit gesellschaftlichen Gruppen Handlungsempfehlun-

gen für Wissenschaft, Beratung, Bildung und Förderung. Ziel ist es, die Tierhaltungsbedingungen und das Tierwohl weiter zu verbessern. Die Ställe müssen sich sukzessive wieder mehr an die Tiere anpassen.

Die bayerische Agrarpolitik ist deutschlandweit **WEGWEISEND.**

Die Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) habe ich mit dem Forschungsschwerpunkt „Tiergerechte Haltungsverfahren“ beauftragt. Dort werden wichtige Themen wie Erforschung von Tier – Umweltbeziehungen, Zweinutzungsrasen beim Geflügel (Eier und Fleisch), Stallbau und landwirtschaftliches Bauwesen sowie zukunftsorientierte Haltungsverfahren in der Nutztierhaltung bearbeitet. Die Forschungsergebnisse bringen wir dann schnell mit der Beratung und Weiterbildung unserer Landwirte in die Praxis – zum Wohle der Tiere.

Mit der Einzelbetrieblichen Investitionsförderung können wir die tiergerechten Haltungsverfahren besonders effektiv unterstützen. Gerade die vielen kleinen Betriebe profitieren davon. Bereits jetzt machen Investitionen in besonders tiergerechte Ställe bei den Raufutterfressern (Rinder, Schafe und Ziegen) 73 % aus, bei Geflügel rund 80 % und bei Schweinen 24 %. Generell ist jeder neue Stall ein Fortschritt und damit ein Gewinn für das Tierwohl und den Tierenschutz.

Um die gesellschaftliche Akzeptanz weiter zu erhöhen, werden wir in der kommenden Förderperiode den Schwerpunkt noch stärker auf tiergerechte Haltungssysteme legen. Wir überlegen auch, ob wir bei der Investitionsförderung Bestandsobergrenzen einführen sollen. Wir denken ebenso darüber nach, ob wir Betriebe, die keine ausreichenden Flächen für Gülle und Futter nachweisen können in Zukunft noch fördern sollen – Stichwort: bodengebundene Tierhaltung.

Bei der Novelle des Baugesetzbuches (BauGB) ist es uns in Bayern gelungen, im Außenbereich die klassischen landwirtschaftlichen Bauvorhaben weiterhin zu privilegieren und die gewerblichen Tierhaltungen stärker in die Planungshoheit der Kommunen einzubinden. In Bayern wollen wir keine Konzentrationsverhältnisse wie in Nord-West-Deutschland oder Megaställe wie in Ostdeutschland. Wir wollen eine flächendeckende Tierhaltung in ganz Bayern und nicht an wenigen Orten konzentriert. Wir dürfen aber unsere Landwirte auch nicht mit Auflagen, Bürokratie und Kosten überfordern. Wenn sie

BAYERN will eine flächendeckende und wettbewerbsfähige Tierhaltung.

nicht mehr wettbewerbsfähig sind, wandert die Tierhaltung in andere Regionen und Länder ab, mit der Folge, dass sich die Haltungs- und Erzeugungsbedingungen unserer Überwachung ent-

ziehen und klimaschädliche, lange Transportwege entstehen. Wollen wir das wirklich? Ist das das Ziel der Verbraucher?

Ethische Tierhaltung ist eine GESAMT-GESELLSCHAFTLICHE Aufgabe.

Es muss uns daher allen klar sein, dass wir, wenn wir die bäuerliche Landwirtschaft mit ihrer Tierhaltung in Bayern nicht wettbewerbsfähig halten können, sie verlieren. Es wird dann entweder eine industrielle Landwirtschaft geben oder eben keine landwirtschaftliche Tierhaltung mehr. Damit würden wir auch unsere einzigartigen Kulturlandschaften verlieren. Dieser Preis wäre zu hoch.

Fazit

All das zeigt: Wir dürfen die Landwirte beim Tierschutz und Tierwohl nicht alleine lassen, denn auf komplexe Fragestellungen gibt es keine einfachen Antworten. Mit unserer ethischen Grundhaltung gegenüber Tieren als Teil unserer Schöpfung ist die Tierhaltung ein gesamtgesellschaftliches Thema. Ich begrüße daher die aktuellen Initiativen der Agrarwirtschaft und der Verbände, sich intensiv mit dem Thema Tierhaltung und Tierwohl zu beschäftigen und auch finanziell tragfähige Lösungen zu finden. Gerne bin ich bereit, diesen Dialog konstruktiv zu begleiten.

Gehen wir gemeinsam in den Dialog für ein besseres Verständnis zwischen Agrarwirtschaft und Verbraucher, ganz nach dem Motto des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer: „Kleine Schritte, die man geht, sind besser als große, die man nur plant!“ ///



/// HELMUT BRUNNER

ist Bayerischer Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, München.

Literatur

Spiller, Achim u. a.: Perspektiven für ein Europäisches Tierschutzlabel, Göttingen 2010.

/// Die unterschätzte Größe

DER DEUTSCHE IMMOBILIENMARKT

HARTMUT BULWIEN /// Der deutsche Immobilienmarkt wird sowohl in seiner volkswirtschaftlichen als auch in seiner gesellschaftspolitischen Bedeutung unterschätzt. Bei den anstehenden Problemen wie Wohnungsmangel, preiswertes und altersgerechtes Wohnen ist dringender Handlungsbedarf erforderlich.

Nachdem das Bundesbauministerium bereits 1998 seine Eigenständigkeit verloren hat und unter Franz Müntefering mit dem Verkehrsministerium zusammengelegt wurde, ist die Abteilung Bauen und Wohnen nunmehr dem Umweltministerium zugeordnet. Bei den anstehenden Problemen, beispielsweise der erforderlichen energetischen Gebäudesanierung und der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, mag dies noch eine gewisse Berechtigung haben, für den dringend erforderlichen Neubau, der Schaffung preiswerten Wohnraums sowie den altersgerechten und barrierearmen Umbau erscheint dies wenig sinnvoll. Hauptproblem ist aber nicht nur der Verlust der Eigenständigkeit des Ministeriums, sondern die Vielzahl von 10 Ministern in den letzten 20 Jahren (u. a. Klimmt, Bodewig, Stolpe, Tiefensee, Ramsauer), die eine kontinuierliche Arbeit erschwert oder gar unmöglich macht. Dies ist aber für einen so kapitalintensiven Bereich unbedingt erforderlich.

In nahezu allen Regierungserklärungen der Nachkriegszeit wurde das Ziel der Erhöhung der Eigentumsquote im Wohnungsbau formuliert, aber nachhaltig ist wenig geschehen, von vorübergehenden Einzelmaßnahmen wie beispielsweise der Eigenheimzulage abgesehen. Deutschland bildet in dieser Hinsicht mit der Schweiz immer noch das Schlusslicht in Europa. Das Wort „Immobilie“ kam überhaupt zum ersten Mal in der

Deutschland und die Schweiz weisen europaweit die GERINGSTE Eigentumsquote bei Immobilien auf.

Koalitionsvereinbarung der letzten CDU / CSU / FDP-Regierung 2009 vor. In dieser Legislaturperiode wurde die Mietpreisbremse aufgenommen, die aber nicht zur Neubautätigkeit beiträgt, sondern diese eher verhindert, auch wenn sie nur regional und zeitlich auf fünf Jahre begrenzt eingesetzt werden soll.



Wir brauchen nicht nur mehr, sondern auch preiswerten und v. a. altersgerechten Wohnungsbau in Deutschland.

Im Folgenden wird zunächst die Bedeutung der Immobilienwirtschaft¹ an einigen Beispielen dargestellt. Die Daten sind weitgehend dem Gutachten „Wirtschaftsfaktor Immobilien 2013 – Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Immobilienwirtschaft“ entnommen, das vom IW Institut der deutschen Wirtschaft Köln, dem ZEW Zentrum für Eu-

Die Immobilienbranche macht knapp **EIN FÜNFTEL** der Gesamtwirtschaft aus.

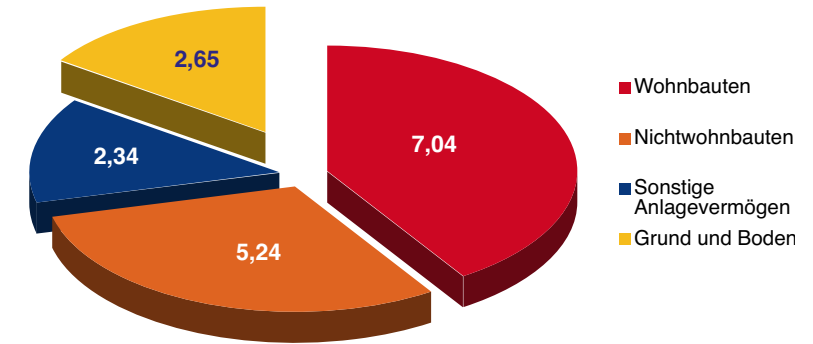
ropäische Wirtschaftsforschung Mannheim und der IREBS International Real Estate Business School an der Universität Regensburg im Auftrag von 17 Verbänden und Organisationen, einschließlich dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung, erstellt wurde. Der Autor hat diesen Prozess als Koordinator der Gesellschaft für Immobilienwirtschaftliche Forschung (gif) initiiert und über eineinhalb Jahre moderiert. Es ist die dritte Studie in einer Reihe aus den Jahren 2005 (ifo Institut) und 2009 (IW und ZEW). Alle Zahlen stammen, wenn nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt.

Gesamtwirtschaftliche Einordnung

Mit einer Bruttowertschöpfung von 434 Mrd. Euro (2011) zählt die Immobilienwirtschaft zu den bedeutendsten Branchen in Deutschland. Dies entspricht knapp 19 % der Gesamtwirtschaft. Sie ist damit fünfmal so groß wie der Fahrzeugbau (81 Mrd. Euro), zweieinhalbmal so groß wie das Gesundheitswesen (164 Mrd. Euro) oder doppelt so groß wie der gesamte Handel (226 Mrd. Euro). Zur Immobilienwirtschaft mit ihrem breit gefächerten Profil, das von der Projektentwicklung, der Architektur und dem Bauingenieurwesen, der Finanzierung und Kapitalanlage, der eigentlichen Bautätigkeit, dem Immobilienhandel (insbesondere Bauträgergeschäfte), der Vermietung und Verpachtung, Vermittlung und Verwaltung, einschließlich Hausmeisterdienste und Gebäudereinigung reicht, zählen fast 790.000 Unternehmen, in denen über 3,8 Mio. Menschen arbeiten, darunter 2,8 Mio. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, das sind fast 10 % aller Erwerbstätigen in Deutschland. Auch hat sich die Immobilienwirtschaft während der letzten Krisenjahre stabil entwickelt und mit einem Wachstum von jährlich 2 % entscheidend zur raschen Erholung der Konjunktur beigetragen.

92.000 Ein- und Zweifamilienhäuser	x 380.000 Euro	= 31 Mrd. Euro
656.000 Geschosswohnungen	x 175.000 Euro	= 115 Mrd. Euro
13,5 Mio. qm Büroflächen	x 2.950 Euro/m ²	= 40 Mrd. Euro
1,55 Mio. qm Einzelhandel	x 10.500 Euro/m ²	= 16 Mrd. Euro
29.000 Hotelzimmer	x 71.500 Euro	= 2 Mrd. Euro
11,4 Mio. qm Gewerbeflächen	x 520 Euro/m ²	= 6 Mrd. Euro
Städtische Gebäude (Sachwert der Eröffnungsbilanz) = 9 Mrd. Euro		

Bruttoanlagevermögen* 2012 in Billionen Euro



* Bruttoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes, ohne Grund und Boden
Quelle: ZfÖ Sonderhefte 2005, 2009 und 2013 „Wirtschaftsfaktor Immobilien“ (Statistisches Bundesamt, IW Institut der deutschen Wirtschaft und ifo Institut), Statistisches Jahrbuch 2013, Kapitel 12.11., S. 322

Leider sind diese Zahlen kaum zu regionalisieren. Die IHK für München und Oberbayern hat mit dem Referat für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München eine wesentlich engere Abgrenzung der Immobilienwirtschaft gewählt (z. B. ohne Baugewerbe) und ermittelt so für die Stadt (in Klammern für die Planungsregion 14) einen Immobilienumsatz von 5,6 (11,5) Mrd. Euro und 26.668 (38.434) Erwerbstätige in 8.447 (17.308) Unternehmen. Ähnliche Daten liegen auch für den Raum Frankfurt / Rhein-Main vor.

Von dem gesamten Bruttoanlagevermögen (zu Wiederbeschaffungspreisen) von rund 14,6 Bio. Euro entfallen auf Wohngebäude 7,04 Bio. Euro und auf Nichtwohnbauten 5,24 Bio. Euro. Der Rest sind Maschinen, Geräte, Fahrzeuge und immaterielle Anlagegüter. Hinzuzurechnen sind die Grundstückswerte, die sich mangels amtlicher Daten nur

auf eine Größenordnung von 2,7 Bio. Euro schätzen lassen, so dass das gesamte Immobilienvermögen mit fast 15 Bio. Euro mehr als sechsmal so groß ist wie die jährliche Wirtschaftsleistung in Deutschland.

Auch hierzu ist eine Regionalisierung schwierig. BulwienGesa hat in einem vereinfachten Verfahren die Zahl der Wohnungen und Häuser sowie der Büro-, Einzelhandels- und sonstigen gewerblichen Flächen mit den aktuellen Preisen multipliziert und so den Immobilienwert für die größeren Städte errechnet. Danach ergibt sich beispielsweise für die Stadt München ein „Immobilienwert“ von 233 Mrd. Euro.² (Vgl. Abb. S. 58)

Transaktionen (Handel mit Immobilien)

Leider liegen hierzu, wie zu vielen anderen Bereichen innerhalb des Immobilienmarktes, nur unzureichend veröffent-

lichte Daten vor. Obwohl jeder Verkauf einer Immobilie notariell beglaubigt und diese dem zuständigen Gutachterausschuss (in der Regel bei den Landkreisen und kreisfreien Städten angesiedelt) gemeldet werden muss und diese daraus eine Kaufpreissammlung erstellen und in einem Grundstücksmarktbericht veröffentlichen (sollen), fehlt es sowohl an einer ausreichenden Dokumentation als auch an einer Zusammenführung auf Landes- oder Bundesebene. In Niedersachsen hat sich auf freiwilliger Basis ein „Arbeitskreis der Gutachterausschüsse und Oberen Gutachterausschüsse (AGA)“ zusammen gefunden, der über eine Repräsentativität von über 75 % verfügt.³

Nach dem Höhepunkt im Jahre 2007 mit einem Umsatz von 194 Mrd.

Euro und einem zwischenzeitlichen Rückgang während der Finanz- und Wirtschaftskrise bis auf 135 Mrd. Euro (2009) hat sich das Volumen wieder erholt. 2012 wurden Immobilien für rund

2007 war das BESTE Umsatzjahr des Immobilienhandels.

168 Mrd. Euro gehandelt, für 2013 zeichnet sich eine weitere Zunahme ab. Nicht enthalten sind darin die sogenannten Share Deals oder Unternehmens(anteils)verkäufe, bei denen Immobilien mitverkauft werden. (Beispiel: Bei dem Verkauf der GBW AG im Jahre 2013 wurden die über 30.000 Wohnungen nur mittelbar verkauft, tat-

sächlich wurden Aktien gehandelt). Dahinter stehen annähernd 950.000 Kauffälle, davon rund 255.000 Eigenheime für 49 Mrd. Euro und 370.000 Eigentumswohnungen für 52 Mrd. Euro sowie fast 40.000 Mehrfamilienhäuser für 21 Mrd. Euro (nach GEWOS 2012). Über Gewerbeimmobilien liegen flächendeckend noch weniger Informationen vor.

Regional geben zu diesem Themenkomplex die örtlichen Marktberichte der Gutachterausschüsse Auskunft, teilweise bis auf Gemeinde- oder Stadtteilebene. Allerdings sind die Inhalte sowohl in Umfang, Detaillierung und Qualität sehr unterschiedlich. Als Beispiel mag die Landeshauptstadt München dienen, in der neben Berlin die meisten Transaktionen stattfinden. Für 2012 weist der Gutachterausschuss 15.340 Verträge mit einem Umsatz von 9,9 Mrd. Euro (darunter 13.160 Verträge mit Wohnungs- und Teileigentum und einem Umsatz von 3,8 Mrd. Euro) aus.

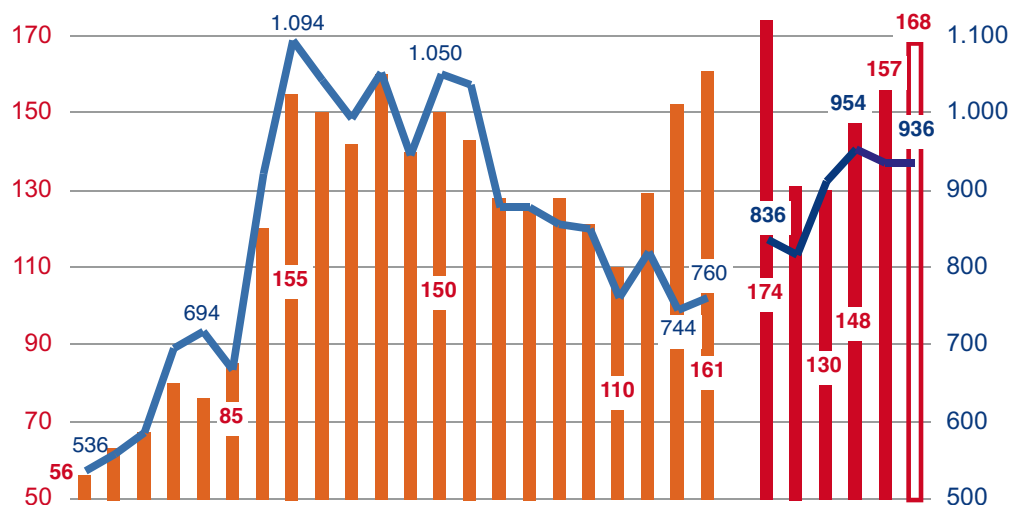
Exkurs: Ein kurzer Schwenk zu den gehandelten Wohnportfolios. Insgesamt wurden seit der Jahrtausendwende etwa 2,2 Mio. Wohnungen von institutionellen Investoren bei einem Gesamtvolumen von schätzungsweise annähernd 100 Mrd. Euro gehandelt. Der Schwerpunkt lag in den Jahren 2004 bis 2006 mit zeitweise über 300.000 Wohneinheiten. 2013 wurden nach einem zwischenzeitlichen Rückgang etwa 216.000 Einheiten in rund 200 Transaktionen veräußert bei Investitionen von 13,8 Mrd. Euro, entsprechend einem Durchschnittspreis von knapp 1.000 Euro pro m². Ausländische (Finanz-)Investoren hatten daran einen maßgeblichen Anteil: Nach Angaben des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)⁴, das alle Portfoliover-

käufe mit mehr als 800 Wohneinheiten erfasst, wurden zwischen 1999 und Mitte 2012 von diesen 1,26 Mio. Wohnungen erworben, von denen sie zwischenzeitlich aber 560.000 Wohnungen wieder verkauft haben. Aktuell spielen ausländische Investoren auf dem Wohnungsmarkt mit einem Marktanteil von ca. 20% eine untergeordnete Rolle.

Kleinteiligkeit des Marktes

Es wird immer wieder von „Immobilienhaien“, von „Heuschrecken“, vom Ausverkauf Deutschlands und Ähnlichem gesprochen, aber der Immobilienmarkt, insbesondere das Wohnungssegment, stellt sich völlig anders dar. Da auch zu diesem Themenbereich kein amtliches Zahlenmaterial zur Verfügung steht, hat der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) anhand von Großzählungen, der Wohnungsbestandsfortschreibung, dem Mikrozensus und der Bautätigkeitsstatistik ein plausibles Mengengerüst der Anbieterstruktur ermittelt.⁵

Immobilientransaktionen 1986 bis 2012



Quelle: GEWOS Immobilienmarktanalyse (bis 1991 nur früheres Bundesgebiet), ab 2007 Arbeitskreis der Gutachterausschüsse AGA, 2012 vorläufig.

Es findet KEIN Ausverkauf Deutschlands auf dem Immobilienmarkt statt.

Von den 41,2 Mio. Wohnungen (laut Zensus 2011) werden 17,5 Mio. von Selbstnutzern bewohnt, überwiegend in Eigenheimen (13,8 Mio.) und 3,7 Mio. in Mehrfamilienhäusern. Von den 23,8 Mio. Mietwohnungen werden 15,4 Mio.

Wohnungen von privaten Kleinanbietern angeboten (4,6 Mio. in Ein- und Zweifamilienhäusern und 10,8 Mio. Geschosswohnungen), u. a. von 9,4 Mio. Einzelpersonen (darunter 3,4 Mio. Einliegerwohnungen), 3,1 Mio. Erbengemeinschaften und 2,9 Mio. Eigentümergemeinschaften. 8,4 Mio. Wohnungen werden von professionell-gewerblichen Anbietern vermietet, darunter 2,4 Mio. Wohnungen von ca. 750 kommunalen Wohnungsunternehmen, 650.000 Wohnungen von sonstigen Unternehmen der öffentlichen Hand (Bund, Län-

Der BEDARF an Wohnraum wächst stetig und kann derzeit nicht entsprechend gedeckt werden.

der, Kirchen), 2,2 Mio. von rund 1.900 Wohnungsgenossenschaften und 3,2 Mio. Wohnungen von etwa 350 privatwirtschaftlichen Unternehmen. Hierzu wäre auch eine räumliche Differenzierung sinnvoll, da in den einzelnen Teilmärkten sehr unterschiedliche Akteure beteiligt sind.

Mangelnde Bautätigkeit

Die Bautätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland hat nach dem Zweiten Weltkrieg eine wechselhafte Geschichte hinter sich. Nach dem Wiederaufbau und der Versorgung der Flüchtlingsströme schwankte sie in Westdeutschland zwischen dem Maximalwert von 769.000 Baugenehmigungen und 714.000 Fertigstellungen in den Jahren

1972/73 sowie dem Minimum 1987/88 mit 190.000 Genehmigungen und 209.000 Fertigstellungen.

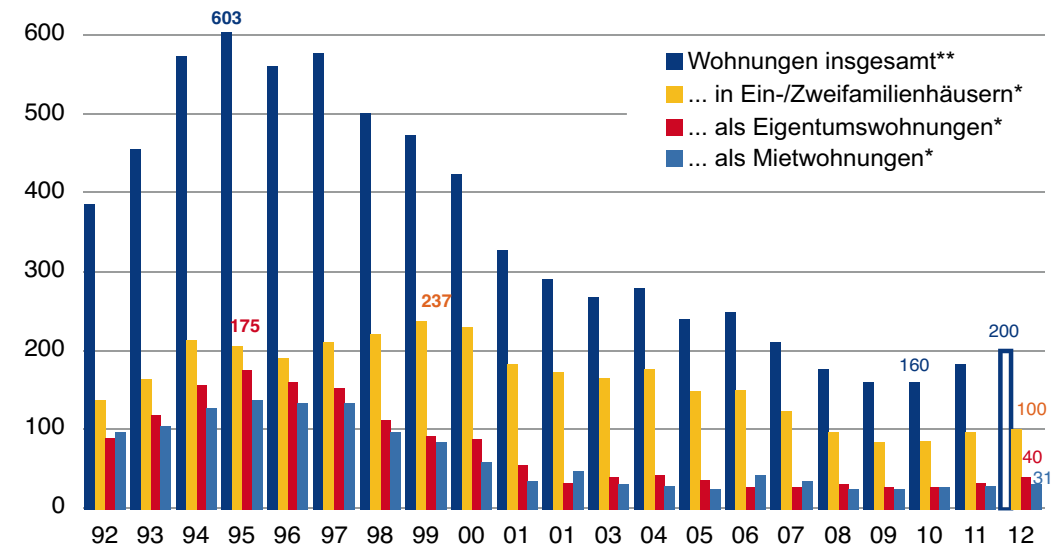
In den letzten zwei Jahrzehnten gab es für Gesamtdeutschland ebenfalls zwei Extremwerte mit einem Rückgang um 75 % in nur 15 Jahren: Im Jahre 1995 wurden über 603.000 Wohnungen fertig gestellt, darunter 205.000 Ein- und Zweifamilienhäuser, 175.000 Eigentumswohnungen im Geschossbau und 135.000 Mietwohnungen. Bis 2009 sank die Zahl der Fertigstellungen auf nur noch 159.000 Wohnungen, dem niedrigsten Wert in der Geschichte der Bundesrepublik: 84.000 Ein- und Zweifamilienhäuser (= 60 %), 26.000 Eigentumswohnungen (= 85 %) und 25.000 Mietwohnungen (= 80 %). Mittlerweile haben sich die Baugenehmigungen zwar deutlich erhöht (für 2013 wird mit rund 240.000 Einheiten gerechnet), aber dies dürfte nur die unterste Schwelle des Bedarfs darstellen.

Immerhin sind in den letzten dreieinhalb Jahren fast 1 Mio. Menschen mehr nach Deutschland zugewandert als weggezogen. Und wenn man bedenkt, dass rund 4 Mio. Haushalte jedes Jahr innerhalb des Landes umziehen und eine neue Wohnung suchen, ist ihre Chance, eine Wohnung im Erstbezug zu bekommen außerordentlich gering. (Vgl. Abb. S. 63)

Preise und Mieten

Kommen wir zum letzten Schwerpunktthema in dieser Betrachtung. Leider gibt es auch dazu nur wenig aussagefähige Daten von amtlicher Seite. Das Statistische Bundesamt⁶ erfasst Mietpreise lediglich im Rahmen des Verbraucherpreisindex (VPI). Während bei den Lebenshaltungskosten über 700 Waren und Dienstleistungen verglichen werden, bleibt es bei zwei Werten für Neu-

Wohnungsbaufertigstellungen 1992 bis 2012 in 1.000



Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, * in neuen Gebäuden; ** 2012 einschließlich 3.994 Wohnungen in neuen Nichtwohngebäuden, 5.282 in Wohnheimen und 19.855 im Bestand; dagegen stehen 27.490 Wohnungen, die durch Abriss, Umwidmungen etc. vom Markt genommen wurden.

bau- und Bestandsmieten, allerdings bei mehr als einem halben Dutzend weiteren zu den kalten und warmen Nebenkosten, die hier nur am Rande interessieren sollen. Diese Werte sind in den letzten Jahren ausnahmslos deutlich stärker gestiegen als die Nettomiete, die nach dieser Quelle seit 1995 um 25 % gestiegen ist (u. a. Wasser + 38 %, Abwasser + 38 %, Müllabfuhr + 47 %, Strom + 68 %, Gas + 105 %, Heizkosten + 125 %).

Zu Preisen von Eigenheimen oder Eigentumswohnungen geben lediglich der zweijährige Mikrozensus mit Zusatzerhebungen alle vier Jahre begrenzt Auskunft. Darüber hinaus liefern die Gutachterausschüsse auf regionaler Ebene aussagefähige Ergebnisse. Die Deutsche Bundesbank⁷ bezieht sich im Rahmen

der internationalen Veröffentlichungen (Eurostat, OECD und IWF) auf Daten von BulwienGesa, das als privatwirtschaftliches Institut als einziges seit 1975 langfristig zuverlässige Daten liefert. Seit Anfang dieses Jahrhunderts sind weitere Quellen hinzugekommen, die sich auf unterschiedliche Erhebungsmethoden beziehen, zum Teil auf Ange-

Die Miet- und Kaufpreisentwicklung ist REGIONAL unterschiedlich.

botsdaten aus Zeitungsanzeigen, die leider nicht den tatsächlichen Abschluss widerspiegeln. Bei den verschiedenen Instituten schwankt die Miet- und Preisentwicklung seit 2010 zwischen 7 %

(empirica), 9 % (F+B), 12 % (vdp), 15 % (europace) und 20 % (Angebotsmieten von Immobilienscout). Auf die verschiedenen Erhebungsmethoden, die Differenzen zwischen einzelnen Wohnungstypen und regionalen Unterschiede kann an dieser Stelle nicht ausführlich eingegangen werden.⁸

Die unten stehende Darstellung von BulwienGesa zeigt die Langzeitentwicklung und die einzelnen Wellen der Miet- und Preisentwicklung. Dabei werden in 125 Städten neun unterschiedliche Immobilienarten für Wohnen, Büro und Einzelhandel zusammengefasst und nach ihrer Bevölkerungszahl gewichtet. Betrachtet man nur das Wohnungssegment, hat sich dieser Gesamtindex in den letzten 38 Jahren um 165 % erhöht,

während im gleichen Zeitraum die Inflation um 146 % gestiegen ist. Auffällig sind die Stagnation bzw. die geringen Veränderungsdaten seit 1993/94. Erst in den letzten drei Jahren sind wieder höhere Steigerungsraten erkennbar (2011: + 4,9%, 2012: + 5,0% und 2013: + 4,7%). Es zeigt sich deutlich, dass es sich gegenwärtig um einen Nachholprozess handelt. Von einer Preisblase kann also keine Rede sein.

Regional sieht es zum Teil erheblich anders aus. So haben sich in der bayerischen Landeshauptstadt München nach Angaben von BulwienGesa die Neubaumieten seit 2006 bis 2013 um 25 % von durchschnittlich 11,20 auf 14,00 Euro/m² erhöht, die Bestandsmieten von 9,70 auf 12,50 Euro/m² um knapp 30 % und

die Eigentumswohnungen im Erstbezug sind von 3.650 auf 5.500 Euro/m² um über 50 % in sechs Jahren gestiegen, davon allein fast 15 % im letzten Jahr. In den Spitzenwerten sind zweifelsohne vereinzelt Übertreibungen erkennbar und auch bei den Durchschnittswerten werden aktuell Preise am Markt gezahlt, die sich vermutlich mittel- oder langfristig nicht als nachhaltig erweisen werden. Dieses Luxussegment (mit Preisen über 750.000 Euro pro Wohnung oder Haus) macht jedoch weniger als 10 % des Marktes aus. Um dies alles besser beurteilen zu können, sind verbesserte Datenquellen in einem so bedeutenden Markt notwendig. ///



/// **DIPL. GEOGR. HARTMUT BULWIEN FRICS**

ist Aufsichtsratsvorsitzender der BulwienGesa AG, München.

Anmerkungen

¹ Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), International Real Estate Business School Universität Regensburg (IREBS), Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW): Wirtschaftsfaktor Immobilien 2013 – Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Immobilienwirtschaft, in: Zeitschrift für Immobilienökonomie (ZIÖ), Sonderausgabe, Wiesbaden 2013.

² Berechnungsmethode Immobilienwert der Stadt München: Ein- und Zweifamilienhäuser: Erstbezug 430.000 Euro, Bestand 370.000 Euro, Geschosswohnungen: Durchschnittsgröße 68 qm und Rendite 5,25 %, Mierte Neubau 12,80 Euro/m², Mierte im Bestand 11,20 Euro/m², Büroflächen 14,50 Euro/m² und Rendite 5,9 %, Einzelhandel in der City 35,00 Euro/m² Mierte und Rendite 6,5 %, für Nebelagen 81,50 Euro/m² und Rendite 4,6 %, Hotel: 52.500 Betten und Übernachtungspreis pro Nacht 71,50 Euro.

³ Arbeitskreis der Gutachterausschüsse und Oberen Gutachterausschüsse in der Bundesrepublik Deutschland (AGA): Immobilienmarktberichte 2009 und 2011, GLL/ LGLN RD Oldenburg, www.immobiliemarktbericht-deutschland.de

⁴ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR): Wohnungs- und Immobilienmärkte in Deutschland, Analysen Bau.Stadt. Raum Band 5, Bonn 2011; Ders.: Transaktionen großer Wohnungsbestände 2011, Analysen KOMPAKT 6/2012; Ders.: Wohnungsempässe und Mietsteigerungen, Analysen KOMPAKT 7/2013.

⁵ Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW): Wohnungswirtschaftliche Daten und Trends 2013/14, Berlin November 2013.

⁶ Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Fachserie 18, Reihe 2; Ders.: Zensus 2011, Erste Ergebnisse für Bevölkerung, Gebäude und Wohnungen; Ders.: Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, Fachserie 5, Reihe 1; Statistisches Bundesamt: Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft; Ders.: Statistisches Jahrbuch 2013.

⁷ Deutsche Bundesbank: Die Preissteigerungen bei Wohnimmobilien seit dem Jahr 2010: Einflussfaktoren und regionale Abhängigkeiten, Monatsbericht Oktober 2013.

⁸ Eine ausführliche Darstellung findet sich in IW/ZEW/IREBS Wirtschaftsfaktor Immobilien 2013, S. 60/70.

Weitere Literatur

Bulwien, Hartmut: Der Immobilienmarkt in Deutschland – Struktur und Funktionsweise, hrsg. vom Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp), Berlin, August 2004.

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung (BMVBS): Transaktionen kleiner Mietwohnungsbestände, Forschungen Heft 152, Berlin 2011.

Ifo Institut für Wirtschaftsforschung: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Immobilienwirtschaft, Gutachten im Auftrag der Gesellschaft für Immobilienwirtschaftliche Forschung (gif), in: Zeitschrift für Immobilienökonomie (ZIÖ), Sonderausgabe, Wiesbaden 2005.

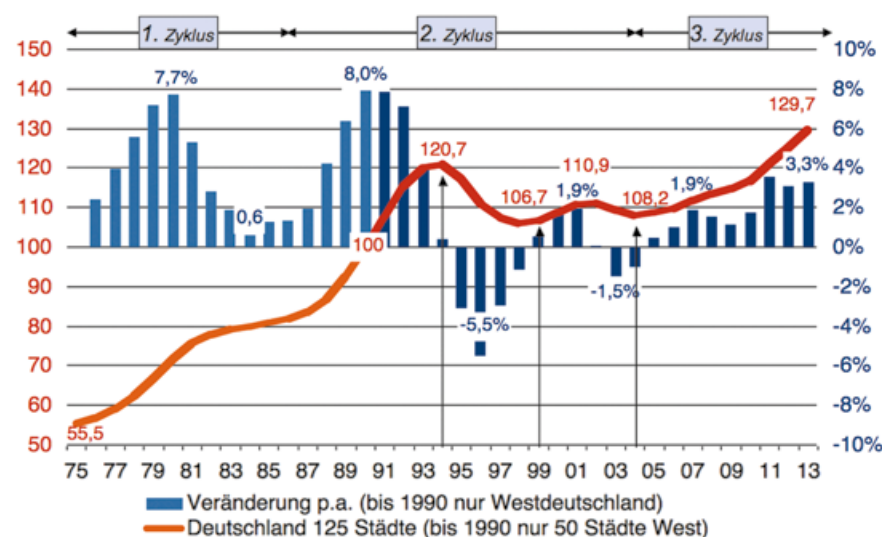
Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main: Die Bau- und Immobilienwirtschaft in Frankfurt/RheinMain, 2007, 2009 und 2013.

Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, Landeshauptstadt München Referat für Arbeit und Wirtschaft: Studien zum Münchner Dienstleistungssektor: Immobilienwirtschaft, 2013, www.muenchen.ihk.de

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), Universität Mannheim Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW): Wirtschaftsfaktor Immobilien – Die Immobilienmärkte aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive, in: Zeitschrift für Immobilienökonomie (ZIÖ), Sonderausgabe, Wiesbaden 2009.

Zentraler Immobilien Ausschuss (ZIA): Frühjahrsgutachten Immobilienwirtschaft des Rates der Immobilienweisen, jährlich, zuletzt Berlin 2013.

Miet- und Preisentwicklung 1975 bis 2013



Quelle: Immobilienindex der BulwienGesa AG

/// Das „amerikanische“ Jahrhundert

DER ERSTE WELTKRIEG UND AMERIKAS AUFSTIEG ZUR WELTMACHT

CHRISTIAN HACKE /// Der Erste Weltkrieg brachte für alle europäischen Großmächte immense Machteinbußen. Für die USA wurde er dagegen zum Ausgangspunkt für das Jahrhundert, das man als das „amerikanische“ bezeichnet. Doch die Ursachen für Amerikas Aufstieg zur Weltmacht reichen bis weit in das 19. Jahrhundert zurück, bis zum amerikanischen Bürgerkrieg von 1861-66.

Der Aufstieg der USA zur führenden Wirtschaftsmacht

Der amerikanische Bürgerkrieg kann als der spektakulärste Fall gescheiterter Unabhängigkeit im 19. Jahrhundert bezeichnet werden. Gleichzeitig löste er das erfolgreichste Nation-Building der Moderne aus. Dieser blutigste Gewaltexzess der Weltgeschichte zwischen 1815 und dem Ersten Weltkrieg hätte bei einem militärischen Patt zwei prosperierende und international konkurrierende Mächte auf dem amerikanischen Kontinent hervorgebracht. Nicht nur die Geschichte der USA wäre anders verlaufen.

Die Ursachen des Krieges waren völlig andere als in Europa – keine Sklavenrevolte, kein Bauernaufstand oder Arbeiterprotest, keine Befreiung von monarchischer Herrschaft. Es ging vielmehr um Freiheit: Der Norden kämpfte um Freiheit für die Sklaven, der Süden

um die Freiheit, Sklaven weiter halten zu dürfen. Der Bürgerkrieg war also Folge unvollendeter Verfassungsmaximen. Die martialische Konfrontation resultierte aus auseinanderdriftenden regionalen Interessen und kulturellen Unterschieden. Politisch betrachtet stellte der amerikanische Bürgerkrieg die Einheit

Der Bürgerkrieg hatte weitreichende AUSWIRKUNGEN auf die weitere Entwicklung Amerikas.

der Nation wieder her. Allerdings eröffnete der Krieg auch neue Dimensionen moderner Militärstrategie, die dann im Aufmarsch der Massenheere und der blutigen Stellungskriege im Ersten Weltkrieg voll zum Tragen kamen.

Epochengeschichtlich gesehen eröffnete er die Zeit des Aufstiegs der USA



Präsident Woodrow Wilsons Traum einer liberalen Friedensordnung unter Führung der USA scheiterte 1919 noch am machtpolitischen Realismus der europäischen Siegermächte. Er legte damit aber dennoch den Grundstein für die spätere Rolle der USA als Weltordnungsmacht.

zur führenden Wirtschaftsmacht. Im Inneren mussten die Amerikaner allerdings mehrere Modernisierungsprozesse gleichzeitig bewältigen: den gesellschaftspolitischen Anschluss der Südstaaten, die Integration von gewaltigen

Die wirtschaftliche Prosperität in Amerika **VERLANGTE** nach neuen Märkten und somit nach territorialer Expansion.

Immigrationswellen und die territoriale Ausdehnung nach Westen. Sie alle absorbierten so viel Kraft, dass expansionistische Vorstellungen über den Kontinent hinaus, wie sie etwa Außenminister William Seward vertrat, am Isolationismus des amerikanischen Kongress scheiterten.

Die Folge war eine beispiellose Diskrepanz zwischen wirtschaftlicher Macht und außenpolitischem Desinteresse. Somit blieben die USA bis 1898 ein schwacher und außenpolitisch ambitionsloser Staat. Doch wich das isolationistische Selbstverständnis zusehends einem imperialistischen Zeitgeist, der auch die USA erfasste. Schon Präsident James Madison (1809-1817) war ein expansionswilliger Präsident. Territoriale Expansion nach Westen war für ihn ein Ventil, um gesellschaftspolitische Konflikte zu vermeiden. Nachdem seit 1890 der amerikanische Kontinent erobert war, wirkte die nach Westen offene Grenze allerdings nicht mehr. Die darauf einsetzende Wirtschaftskrise, be-

gründet in Überproduktion und fehlenden Märkten, konnte nur durch neue Märkte in Übersee gebannt werden.

Die Amerikaner interpretierten ihre Grenzverschiebungen als weitere Öffnung von Freiräumen für Handel, Wohlstand und gesellschaftlichen Fortschritt. Der Historiker Frederick Turner transformierte diesen Frontiersgedanken zu einer expansiven Außenpolitik, sozusagen als Fortsetzung der Binnenkolonisation. Der Seestrategie Alfred Th. Mahan lieferte 1890 dazu die geopolitische Unterfütterung und der Geistliche Josiah Strong machte sich zum Fürsprecher der Überlegenheit der angelsächsischen Rasse.

Vor diesem Hintergrund befeuerte die Befreiung Kubas und der Philippinen im Krieg gegen Spanien 1898 den antikolonialen Expansionismus der Amerikaner. Scheinbar über Nacht schufen sich die USA durch diesen „wunderbaren kleinen Krieg“ plötzlich selbst ein informelles Imperium. Die schnelle Aneignung von Alaska, Kuba, Puerto Rico, der Wake- und Midway-Inseln, Hawaii, Samoa, Guam und der Philippinen führte zu einer intensiven Auseinandersetzung zwischen Imperialisten und Anti-Imperialisten in den USA. Das Ergebnis war die Open-Door-Politik, die weder klassisch-kolonialistisch noch strikt antiimperialistisch war. Aber beide Lager begrüßten neue überseeische Märkte zur Sicherung der wirtschaftlichen Prosperität Amerikas: „Welche Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Politik der territorialen Expansion auch bestehen mögen, alle Amerikaner stimmen darin überein, dass eine kommerzielle Expansion wünschenswert ist. Sie ist notwendig, um neue und größere Märkte für unsere Produkte zu finden. Ohne sie können

wir nicht unsere industrielle Prosperität aufrechterhalten“, so der US-Außenminister John W. Foster 1900.

Die wachsenden Rivalitäten der USA mit den europäischen Mächten

Die Beziehungen zwischen den USA und den europäischen Großmächten sind im strikt bilateralen Sinne bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs von geringer Bedeutung. Distanz ist das Schlüsselwort. Das Bild verändert sich jedoch völlig, wenn man den weltpolitischen Wettbewerb zwischen den USA und den aufsteigenden europäischen und asiatischen Großmächten ins Visier nimmt. Der wirtschaftliche Aufstieg und die Politik der „Offenen Tür“ verstärkten diese Rivalitäten.

Der neue Aufsteiger auf der internationalen Bühne forderte die etablierten Kolonialmächte heraus. Die USA konnten auf der internationalen Kongokonferenz in Berlin 1884/85 zwar den europäischen Mächten ihre Besitzstände in Afrika nicht streitig machen, aber sie distanzten sich von deren Kolonialismus. Auf der Konferenz von Algeciras 1905/06 in Marokko gelang es dann Washington erstmals, die imperialistischen Rivalitäten in Nordwestafrika zum eigenen Vorteil zu nutzen. In Mittel- und Lateinamerika setzten sich die USA noch energischer gegenüber den europäischen Kolonialmächten durch. Dort eigneten sich

die USA ab 1900 das Erbe des britischen Weltreiches an, nachdem sie schon vorher die spanische Herrschaft in der Karibik gebrochen hatten.

Als dann amerikanische Wirtschaftsinteressen mit denen der europäischen Großmächte kollidierten, trumpschte Präsident Theodor Roosevelt mit dem später so genannten „Zusatz zur Monroe-Doktrin“ auf. Darin hieß es, „die USA könnten nun auch gezwungen sein, eine internationale Streitmacht in der Karibik zu stellen“. Die europäischen Mächte hatten der Diplomatie der USA nichts entgegenzusetzen und sie schienen zu sehr mit ihren innereuropäischen Rivalitäten beschäftigt.

Wenn Präsident Roosevelt bei Streitigkeiten asiatischer und europäischer Großmächte vermittelte, wie 1905 und 1906, wollte er vor allem das neue Imperium der USA schützen. Theodore Roosevelt betrachtete dabei die autokratischen Monarchien Deutschland und Japan als die gefährlichsten weltpolitischen Rivalen. Die Demokratien England und Frankreich hingegen nahm er lediglich als wirtschaftliche Konkurrenten wahr. Diese neue machtpolitische Aufmerksamkeit der USA kam besonders in China zum Tragen. Dort achteten sie penibel auf die Sicherung der eigenen Handelsinteressen gegenüber den Europäern und Japan. Zusätzlich hatten schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts amerikanische Missionare in Asien und in China Einfluss gesucht.

Zudem entwickelte die US-amerikanische Außenpolitik zusehends missionarische Züge: Amerika sei von Gott auserwählt, die Welt zu verändern. Eine bislang unbekannt Konvergenz von wirtschaftlich, politisch und religiös begründeter Machtausdehnung intensivierte Washingtons Forderung nach

Die USA verfolgten die altruistisch verbrämte Politik der „OFFENEN TÜR“ bis in den Kalten Krieg hinein.

gleichberechtigtem Zugang zu den Märkten. Die Politik der „Offenen Tür“ vereinte zu Hause jetzt Imperialisten und Anti-Imperialisten.

Diese Strategie galt bis in die Zeit des Kalten Krieges, denn, was heute weithin vergessen ist, der Marshallplan als Teil der Truman-Doktrin von 1947, sah ursprünglich auch eine „offene Tür“ für den wirtschaftlichen Einfluss der USA in Mittel- und Osteuropa vor. Einer solchen wirkungsvollen Verknüpfung von gesellschaftspolitischer Reform, zivilisatorischer Vorbildrolle und überseeischer Expansion hatten die europäischen Mächte nichts Vergleichbares entgegenzusetzen. Folglich expandierten die USA von 1899-1914 nicht aus einem Gefühl der Bedrohung, sondern aus wachsendem Eigeninteresse, das gern in altruistischer Rhetorik verschleiert wurde: Theodore Roosevelt sei der erste amerikanische Präsident gewesen, der das Land nachdrücklich auf die Pflicht hinwies, seinen Einfluss weltweit geltend zu machen, urteilte rückblickend Henry Kissinger.

Sendungsbewusstsein und Modernisierung formten die USA weiter als industrielle Gesellschaft, im Gegensatz zu den militaristisch geprägten Mächten Deutschland und Russland. Auch deshalb blieben die USA vorerst „von den europäischen Nationen durch Tausende von Kilometern Meer getrennt“, befindet der Historiker Paul Kennedy: „Zu Frieden mit der errungenen Vorherrschaft in ihrer Hemisphäre standen sie 1914 immer noch am Rand des Großmachtsystems.“ Oder mit den Worten von Woodrow Wilson 1907: „Da der Handel sich über nationale Grenzen hinwegsetzt und der Unternehmer die Welt als seinen Markt beansprucht, muss die Flagge seiner Nation ihm folgen, und die

verschlossenen Tore der Nationen müssen aufgesprengt werden.“

Der Weg der USA in den Ersten Weltkrieg

Woodrow Wilsons Kindheitserfahrungen im Bürgerkrieg beförderten eine starke Friedenssehnsucht. Entsprechend idealistisch umriss der Präsident bei Amtsantritt 1913 seine außenpolitischen Prinzipien: Nicht Gleichgewicht, sondern Völkerrecht, nicht nationale Selbstbehauptung, sondern Vertrauenswürdigkeit, nicht Gewaltanwendung, sondern Schlichtungsverträge sollten die Grundlagen einer zukünftigen internationalen Ordnung bilden. Sein ausgeprägter Antikolonialismus – von tiefem Glauben und Gerechtigkeitsinn durchdrungen – hielt ihn aber nicht von entschlossenem außenpolitischen Interventionismus ab, wie seine Mittelamerika- und Asienpolitik zeigte. Zu Europa bewahrte er dagegen Distanz. Kein amerikanischer Präsident wollte in europäische Händel hineingezogen werden.

Kein Wunder, dass Amerika vom Ausbruch des Ersten Weltkrieges völlig überrascht wurde. Konsequenterweise setzte Wilson zunächst alles daran, die USA vom Kriegsgeschehen in Europa fernzuhalten. Nicht zuletzt diese entschiedene Haltung trug 1916 zu seinem Wahlsieg bei. Den uneingeschränkten U-Boot-Krieg des Kaiserreichs beantwortete er lediglich mit dem Abbruch

Präsident Wilson blieb Europa gegenüber DISTANZIERT.

der diplomatischen Beziehungen. Erst nachdem deutsche U-Boote drei amerikanische Schiffe versenkt hatten, sah sich Amerika gezwungen, Deutschland den Krieg zu erklären. Die engen wirtschaftlichen Bindungen an die Alliierten beförderten Wilsons Vorbehalte gegenüber dem deutschen U-Boot-Krieg, den er aus moralisch-humanitären Gründen verurteilte. Die britische Blockadepolitik hingegen lehnte er lediglich aus rechtlichen Gründen ab.

Doch so distanziert Wilson bis 1917 dem europäischen Krieg gegenüberstand, so entschlossen sorgte er dann durch den massiven Einsatz von Millionen amerikanischer Soldaten 1918 für den Sieg der Alliierten – 100.000 Amerikaner ließen dafür ihr Leben. Allerdings hatte der Krieg auch weitere fatale Folgen. Die Einwanderungsbestimmungen hatten verschärft werden müssen, denn, so diagnostizierte der einflussreiche Publizist H. L. Mencken, „die Masseneinwanderung aus Europa hat aus den USA ein Commonwealth drittklassiger Menschen gemacht“. Kein Wunder, dass nach 1919 in den USA Antisemitismus, Anti-Katholizismus und Fremdenfeindlichkeit um sich griffen.

Der Krieg hatte auf Amerika eine widersprüchliche Wirkung: Wirtschaftlich hatte er das Land gestärkt, die USA wurden vom Hauptschuldner zum Hauptgläubiger der Weltwirtschaft. Andererseits hatte er das alte isolationistische Selbstverständnis wieder belebt.

Anspruch und Wirklichkeit von Woodrow Wilsons Idee einer neuen Weltordnung

Seine Kriegsziele hatte Wilson in den berühmten 14 Punkten vom Januar 1918 umrissen: „Die Welt für den Frieden zu sichern“ mittels eines „Frieden

ohne Sieg“. Frieden sollte durch den Rückzug der Kriegsparteien aus den besetzten Gebieten, durch das nationale Selbstbestimmungsrecht und durch Beendigung der Kolonialregime erreicht werden. Freiheit der Meere, Abrüstung, das Verbot von Geheimabkommen und eine Organisation für kollektive Sicherheit, der Völkerbund, sollten diese neuen Errungenschaften sichern.

Wilson's Plan einer liberalen Weltordnung SCHEITERT an der Realpolitik.

Der Völkerbund sollte mit Hilfe amerikanischer Macht für eine Weltordnung sorgen, in der freiheitlicher Wettbewerb unter friedlichen Bedingungen garantiert werden sollte. Zuerst hatten die Amerikaner ihrem Präsidenten noch begeistert zugejubelt, doch Wilsons noble Ziele kollidierten bald mit denen der europäischen Alliierten. Insbesondere Frankreich, England und Italien konnten in den Waffenstillstandsabkommen im November 1918 und schließlich in Versailles ihre eigenen Ziele im Wesentlichen durchsetzen: Frankreich besetzte Elsaß-Lothringen, die Saar und die linksrheinischen Gebiete, deutsche Reparationen wurden auf astronomische Summen festgelegt, Polen und die Tschechoslowakei erhielten Landstriche mit mehrheitlich deutscher Bevölkerung. Deutschland wurde als Alleinschuldiger des Krieges stigmatisiert, deutsche Kolonialgebiete wurden den

Siegermächten zugeschlagen, deren Kolonialreiche ihrerseits jedoch erhalten blieben. Dies stand zwar im offenen Widerspruch zu Wilsons Zielen, England und Frankreich waren aber, wenn auch durch den Krieg geschwächt, immer noch diplomatisch stark genug, um Wilsons Streben nach einer europäischen Friedensordnung und nach Auflösung der Kolonialreiche schlechterdings zu ignorieren.

Kein fairer Ausgleich der Interessen, sondern die Machtinteressen der Sieger hatten in Versailles obsiegt. Damit war Wilsons Kreuzzug für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit am aggressiven Realismus der europäischen Siegermächte gescheitert. Damit war auch die antikonoloniale Tradition der Offenen Tür, der Wilsons 14 Punkte zu Teilen verpflichtet blieben, an ein enttäuschendes Ende gelangt. Der amerikanische Präsident konnte seine europäischen Partner nicht von der Notwendigkeit der Auflösung ihrer Kolonialreiche überzeugen. Vielmehr hatte Wilsons Diplomatie in Versailles einen unheilvollen Zwitter-Frieden hervorgebracht: zu hart aus der Sicht der Besiegten, zu nachgiebig aus der Sicht der Sieger. Lang anhaltender Revisionismus und Revanchismus zwischen den ehemaligen Kriegsparteien würden bald die Nachkriegsordnung auf das Äußerste belasten. Angesichts dieser Misere obsiegt in den USA enttäuschte Idealisten und skeptische Realisten, angeführt von den Republikanern unter Führung von Henry Cabot Lodge. Wilsons schärfster Kritiker wurde allerdings John Maynard Keynes: „Wilson hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt, sein Denken ist theologisch, seine Vorstellungen nebulös, sein Intellekt zu träge und sein Informationsstand über europäische Verhältnisse un-

zureichend.“ Weil Keynes damit die Meinung der Mehrheit der Amerikaner ausdrückte, verwundert es nicht, dass 1920 der Kongress nach langen Auseinandersetzungen mit dem Präsidenten den Versailler Vertrag ablehnte. Damit hatte Wilson seinen Kampf um eine neue Weltordnung auch an der Heimatfront verloren.

„Let Europe stew in its own juice“ – „lasst die Europäer in ihrem eigenen Saft schmoren!“, wurde zum gängigen Bonmot in den USA. Die USA hatten durch ihren Eintritt in den europäischen Krieg den deutschen Griff nach Weltmacht und Hegemonie in Europa zwar verhindert, aber sie waren noch nicht reif für die Rolle der Weltordnungsmacht.

Die USA zogen sich nach 1919 politisch und militärisch zurück und überließen EUROPA sich selbst und seinen Krisen.

Trotz dieses realpolitischen Misserfolgs sollte eines nicht vergessen werden: Ungeachtet seines tagespolitischen Scheiterns ist Woodrow Wilsons Konzept einer liberalen Weltordnung, in der die USA die führende Rolle einnehmen, bis heute von zentraler Bedeutung geblieben. Er war der erste US-Präsident, der Amerikas Macht in den Dienst eines liberalen Weltfriedens gestellt hat. Seitdem unterlässt es keiner seiner Nachfolger, Wilsons Idealismus weiterhin als Legitimationsressource zu beschwören. Insbesondere Wilsons Überzeugung, dass ein Krieg nur dann legitim sei, wenn man ihn als Kreuzzug für Menschenrechte und freiheitliche Werte führt, hat die Außenpolitik der USA im 20. Jahrhundert dauerhaft revolutioniert.

Wilson's Botschaft, „the world must be made safe for democracy“, formuliert seitdem universale Ansprüche. Diese sind von großer Anziehungskraft, zeitigen aber auch nicht selten fatale Folgen: Selbstüberschätzung, Vernachlässigung historischer Gegebenheiten und die Missachtung der Interessen anderer Völker begleiten seitdem die übereifrige Außenpolitik der amerikanischen Weltmacht.

Als erfolgreiche ideelle Mobilisierung bewährte sich Wilsons Idee einer liberalen Weltordnung als Gegenwurf zur kommunistischen Weltrevolution. Wilsons 14 Punkte entwickelten sich im Laufe der Jahrzehnte zu einem epochenübergreifenden Werteensemble, das dem Westen als Selbstbehauptung gegenüber dem sowjetrussischen Expansionswillen diene. Man kann deshalb den Ursprung des Kalten Krieges auf 1917 datieren. Erstmals prallten die Vorstellungen von Lenin und Wilson kompromisslos aufeinander – die der kommunistischen Weltrevolution und die einer liberalen Weltordnung. Doch war dies lediglich ein ideengeschichtlicher Vorgeschmack auf die Konfrontation mit der Sowjetunion im Kalten Krieg.

Zu Lebzeiten von Woodrow Wilson blieb der Traum einer liberalen Friedensordnung jedoch unerfüllt. Trotzdem bleibt es sein Verdienst, die beiden großen westeuropäischen Demokratien im Ersten Weltkrieg vor der militärischen Niederlage bewahrt zu haben. Zwar spielten die USA ökonomisch und diplomatisch im Europa der Zwischenkriegszeit weiter eine Rolle, aber militärisch und politisch zogen sie sich zurück. Damit überließen sie Europa einem fatalen Selbstzerfleischungsprozess, der 1945 seinen traurigen Höhepunkt erreichte.

Der Schrecken der Jahre nach 1919 hatte seinen Ursprung nicht in Woodrow Wilsons gescheiterter Völkerbundidee, sondern in Europa selbst – im Revanchegedanken, im übersteigerten Nationalismus, in ökonomischen Krisen und in ideologischer Verblendung. Das ahnte wohl der französische Staatsmann George Clemenceau, als er Wilsons Nachfolger Herbert Hoover gegenüber erklärte: „Es wird noch zu Ihren Lebzeiten einen zweiten Weltkrieg geben, und man wird Sie wieder in Europa brauchen.“ Allerdings unterfütterten die USA erst nach 1945 ihre Europapolitik mit der notwendigen Dosis von machtpolitischen Realismus, der schon nach 1919 so notwendig gewesen wäre.

Auch Wilsons Nachfolgern blieb die Rolle Amerikas als Weltordnungsmacht in Europa zunächst unverständlich. Erst neun Jahre nach Wilsons Tod knüpfte Präsident Franklin D. Roosevelt an Wilsons Erbe an. Wilsons Völkerbund-Idee fand dann in der Charta der Vereinten Nationen schließlich einen zeitgemäßen Ausdruck von international organisiertem Frieden. Trotz seines tagespolitischen Scheiterns legte Woodrow Wilson somit den Grundstein für Amerikas zukünftige Rolle als Weltordnungsmacht in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. ///



/// PROF. DR. CHRISTIAN HACKE
ist Professor em. für Politik und Zeitgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.



Gallus, Alexander / Schubert, Thomas / Thieme, Tom (Hrsg.): *Deutsche Kontroversen. Über Streitfragen der deutschen Politik, Geschichte und Gesellschaft. Festschrift für Eckhard Jesse. Baden-Baden: Nomos-Verlag 2013, 620 Seiten, € 98,00.*

/// Festschrift für Eckhard Jesse

EIN STREITBARER UND SEINE STREITPUNKTE

Die streitfreudige Festschrift für den streitbaren Politikwissenschaftler. Bereits Inhalts- und Autorenverzeichnis lassen klare Rückschlüsse zu: Dieser Band wird der Aufforderung der drei Herausgeber gerecht, wonach nicht nur die Politik, sondern auch die Politikwissenschaft Auseinandersetzungen nicht scheuen dürfen. Dafür sorgen sowohl die Verfasser als auch vor allem viele der gewählten Themenschwerpunkte. Unter den insgesamt 42 Autorinnen und Autoren finden sich nicht nur die Weggefährten und Mitstreiter von Eckhard

Jesse. Der Band profitiert davon, dass einige der Autoren mit dem zu Ehrenden „eine lange und sehr erfreuliche Streitpartnerschaft“ (Claus Leggewie) verbindet. Und offenbar hat die Gelegenheit, einen Beitrag zu dieser Festschrift zu leisten, manche(n) zusätzlich motiviert, mit der eigenen Position zur jeweiligen Kontroverse nicht hinter dem Berg zu halten. Dem Band schadet das nicht. Im Gegenteil: Selbst wenn man die eine oder andere Schlussfolgerung rundheraus ablehnt, so bleibt zumindest manche Argumentation anregend genug, um

sich in vermeintlich altbekannte Debatten neu hineinzudenken. Dazu gehört zum Beispiel der Beitrag von Helmut Wagner, der ausgehend von einem Text George Kennans aus dem Jahr 1958 meint, feststellen zu können, dass beide (!) Weltkriege, die jeweils ein europäischer Bürgerkrieg gewesen seien, aufgrund der Größe und geographischen Lage Deutschlands unvermeidlich waren. „Am Ende, so scheint es mir, sind die Deutschen ob ihrer tragisch-heroischen nationalstaatlichen Geschichte wahrlich nicht zu beneiden. Und dass (sic!) alles nur, weil sie zahlreicher als alle anderen europäischen Nationen waren ...“.

Nicht minder pointiert fällt die Einschätzung von Hans-Jörg Bücking über die Erfolgsaussichten eines neuen NPD-Verbotsverfahrens aus. Nach seiner Einschätzung erschöpft sich das umfangreiche Material der entsprechenden Bund-Länder-Arbeitsgruppe „in einem derart dünnen Ertrag“, dass nicht damit zu rechnen sei, dass das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit der Partei feststellen werde. Doch Bücking beschränkt sich nicht auf die Prognose des Verfahrensausgangs, sondern versucht auch, selbst den Nachweis zu führen, dass die NPD nicht verfassungswidrig sei: „Verdächtige offizielle Verlautbarungen der Partei ... finden sich an keiner Stelle“. Die Maßstäbe, die er für diese Einschätzung anlegt, erscheinen zwar eng und wirken auch befremdlich: Gerade an den Stellen, an denen sich Bücking mit dem Rassismusverdacht gegenüber der NPD befasst und deren Äußerungen über den Intelligenzquotienten von „Negern“ wiedergibt. Indem Bücking aber deutlich macht, dass die der NPD tatsächlich zuzuschreibenden Einschätzungen zwar Geisteshaltungen

ausdrücken, aber eben keine anstößige Wertigkeiten oder Herrschafts- und Machtansprüche zum Ausdruck bringen, macht er deutlich, wie schwierig es ist, diese bis zur Grenze des Zulässigen gehenden Verlautbarungen mitsamt ihrem „herablassenden Charakter“ tatsächlich als verbotsrelevant zu qualifizieren.

Weniger irritierend, aber nicht minder aussagekräftig ist Barbara Zehnpfennigs Analyse des Historikerstreits. Zehnpfennig setzt sich mit den Argumenten für die u. a. von Jürgen Habermas vertretene These von der Singularität der NS-Verbrechen auseinander. Habermas Vorwurf an Ernst Nolte, dieser habe, indem er die Verbrechen als Reaktion auf die bolschewistische Gefahr deutete, das „Dogma der Singularitätsthese“ missachtet, weist Zehnpfennig zurück, aber nicht, ohne auch Nolte zu bescheinigen, dass er die Kategorien nicht immer sorgfältig genug auseinander gehalten habe. Von den Argumenten für die Singularitätsthese erscheine „keines besonders stichhaltig“. Ungeachtet ihrer argumentativen Anfechtbarkeit sei die Singularitätsthese von ihren Verfechtern aber dazu genutzt worden, um ein zweites Tabu zu begründen, nämlich das Tabu, verstehen zu wollen, wie es zu dem Judenmord habe kommen können. Ihren Hinweis „verstanden zu haben, bedeutet nicht, dafür Verständnis zu haben“ verbindet Zehnpfennig mit einem versöhnlichen Blick auf den Historikerstreit. Aus diesem könne man lernen, dass „Dogmen und Tabus nicht weiterführen“.

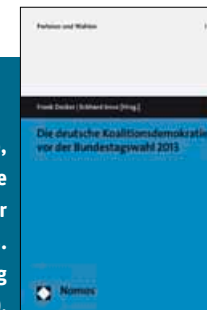
Unter den vielen Beiträgen, die sich mit Jesses Forschungsschwerpunkten befassen, fällt der Beitrag von Richard Stöss schon deshalb auf, weil er sich kritisch mit dem von Eckhard Jesse vertre-

tenen „differenzierten“ Extremismusbegriff auseinandersetzt. Stöss widerspricht der Einschätzung Jesses, man könne unterscheiden zwischen einem „weichen“ Extremismus bei der Partei Die Linke und einem „harten“ Extremismus, den die NPD vertrete. Die darin zum Ausdruck kommende Annahme, der Extremismusbegriff sei skalierbar, lehnt Stöss ab. Ihm erscheint es nicht nachvollziehbar, warum Jesse mit seinem differenzierten Extremismusbegriff herausfinden wolle, ob „das Negative mehr oder weniger negativ ist“. Und er kommt schließlich zu der Feststellung: „Es gibt weder einen ‚weichen‘ noch einen ‚harten‘ Extremismus.“

Abgesehen von einigen wenigen Pflichtübungen, die der Aufforderung zur Kontroverse nicht nachkommen und auch ansonsten wenig Neues bieten, wird der Band der Aufforderung von Eckhard Jesse gerecht, dass Politikwissenschaft Position beziehen soll. Unter der von Jesse beklagten Tendenz des Faches „zur ‚Szientifizierung‘ ... zur Kleinteiligkeit und zur Leisetreterei sowie zu einer sprachlichen Ghettoisierung gegenüber der Öffentlichkeit“ leidet der Band auf jeden Fall nicht. Und darüber freut sich nicht nur der zu Ehrende.

URSULA MÜNCH

Decker, Frank / Jesse, Eckhard (Hrsg): Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013. Baden-Baden: Nomos Verlag 2013, 669 Seiten, € 98,00.



Die Koalitionsforschung gehört zweifellos zu jenen Bereichen der Politikwissenschaft, die die Aufmerksamkeit der nationalen und internationalen Forschung in den letzten drei Jahrzehnten verstärkt auf sich gezogen haben. Die Ausbildung einer heute sehr umfangreichen und heterogenen Forschungslandschaft sowohl mit Blick auf theoretische Grundlagen als auch auf empirische Fallstudien war die Folge. Sie ist auf die zentrale Rolle zurückzuführen, welche Koalitionen für die politischen Systeme der meisten europäischen Demokratien spielen. Denn im Vielparteiensystem sind nicht etwa die Wähler der eigentliche Souverän, „sondern die Parteien und Parteiführungen, die über die Koalitionen entscheiden“ (Frank Decker), wie nicht zuletzt die Sondierungsgespräche nach der Bundestagswahl 2013 gezeigt haben. Das Interesse an Koalitionen als Analysesubjekt ist daher insbesondere in der Politikwissenschaft der Bundesrepublik ungebrochen stark ausgeprägt. Schließlich wird diese des Öfteren gar als „Koalitionsdemokratie“ bezeichnet, in der es Bürgern wie Politikern fast als selbstverständlich gilt, dass Parteien zur Regierungsübernahme eine Koalition begründen.

Die Parteienforscher Frank Decker (Bonn) und Eckhard Jesse (Chemnitz)

haben sich nun erneut des Themas angenommen und einen mit 669 Seiten äußerst voluminösen Sammelband zu eben jener „deutschen Koalitionsdemokratie“ vorgelegt, der als erweiterte Dokumentation einer bereits im Januar 2012 durchgeführten Fachtagung in der Akademie für politische Bildung Tübingen angesehen werden kann. Die fast 30 Beiträge lassen kaum einen Aspekt der Koalitionsforschung aus: Theoretische Modelle und Annahmen wie das „policy-horizons“-Konzept (Paul V. Warwick), die Bedeutung von Koalitionsaussagen und -signalen für die spätere Koalitionsbildung (Frank Decker, Thomas Schubert) oder die Rolle der Parteibasen im Koalitionsbildungsprozess (Niko Switek) werden im ersten Kapitel behandelt. Im zweiten Kapitel mit dem Titel „Übergreifende Analysen“ werden mitunter thesenartig bisher unterbelichtete Aspekte der Koalitionsforschung genauer betrachtet. Während Uwe Jun / Lasse Cronqvist und Frank Decker die Signalfunktionen von Länderbündnissen oder der Bundespräsidentenwahl für Koalitionen auf Bundesebene untersuchen, widmen sich andere Autoren den möglichen Entwicklungsperspektiven der Koalitionsdemokratie jenseits lagerinterner minimal-winning-Bündnisse (Marc Debus / Jochen Müller, Stephan Klecha, Volker Best). Besonders interessant im Lichte der jüngsten Bundestagswahl – das Sammelwerk wurde noch wenige Wochen zuvor publiziert – erscheint die Lektüre der Beiträge, die sich mit den Erfahrungen und vor allem den Zukunftsaussichten der einzelnen deutschen Koalitionsmodelle befassen (Kapitel III). Hier können den Autoren im Allgemeinen zutreffende Prognosen attestiert werden. Dass sich hinsichtlich

der Bündnisoption Schwarz-Grün nicht mehr die Frage des „Ob“, sondern vielmehr des „Wann“ stelle (Volker Kronenberg), zeigten die Sondierungen der Parteien im Oktober 2013 eindrücklich auf. Schließlich war dabei allen Beteiligten anzumerken, dass unüberwindbare Hürden politischer oder gar habitueller Art nicht mehr zwischen den Parteien standen und die Grünen vielmehr den Zeitpunkt (personeller Umbruch in Fraktion und Partei, innerparteiliche Strategiedebatte) für unpassend hielten. Auch dass die rot-rot-grüne Option im Jahr 2013 noch nicht zu den realistischen Modellen auf Bundesebene gehörte, hat sich als richtig erwiesen. Ebenso die Annahme, dass ein vorsichtiger Annäherungsprozess, der vor allem der Linken einige programmatische Neujustierungen abverlangen dürfte, eine solche Option für die nächste Bundestagswahl wahrscheinlicher machen werde (Tim Spier). Interessant erscheint hier zudem der Blick auf die sich widersprechenden Prognosen der Herausgeber Decker und Jesse zu Beginn des Bandes. Decker hielt eine Große Koalition für zwangsläufig, da die SPD einer Regierungsbeteiligung nicht abgeneigt sei und sie der Union als der bequemere Partner gelte, sich die Grünen zudem einer schwarz-grünen Koalition „prinzipiell“ verweigern würden. Jesse hingegen sah Schwarz-Grün als wahrscheinlichste Variante an, da die Grünen 15 Jahre nach der ersten Regierungsbeteiligung wieder an der Macht partizipieren wollten und der SPD eine Große Koalition aufgrund des Traumas von 2009 sehr schwer fallen werde. Auch wenn am Ende Decker Recht behalten sollte, zeigt eine Analyse der Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen, dass beide Herausgeber mit Tei-

len ihrer Argumentation richtig lagen. Das Trauma der SPD war tatsächlich wirkmächtig (wie das Ansetzen des Mitgliederentscheids zeigte) und die Grünen kokettierten ernsthaft mit einer Regierungsbeteiligung, konnten sich zu einem Bündnis mit der Union jedoch nicht durchringen. Allerdings zog die CDU die SPD den Grünen keinesfalls als „bequemeren Partner“ vor, sondern hätte eine kleine Koalition mit der Öko-Partei aus Gründen der Ämterpatronage wohl letztendlich favorisiert.

Das vierte Kapitel, in dem die Beiträge einzelne europäische Staaten (u. a. Vereinigtes Königreich, Frankreich und Italien) in den Mittelpunkt der Analyse stellen, rundet den Sammelband ab. Hier fallen die Aufsätze zu den Koalitionsbildungen in den Niederlanden (Tom Nijhuis) und Österreich (Ludger Helms, David M. Wineroither) besonders ins Auge, da sie verschiedene Entwicklungspfade westeuropäischer Parteiensysteme aufzeigen, die u. U. auch der deutschen Koalitionsdemokratie bevorstehen könnten.

Zusammenfassend kann ein positives Fazit zur Gesamtausrichtung und dem Focus der einzelnen Beiträge des Bandes gezogen werden. Zwar hätte dem Werk eine einführende, den Forschungsstand zu Koalitionstheorien detailliert abbildende Überblicksdarstellung im ersten Kapitel gut getan (wobei die einführenden Worte Deckers und Jesses diese Funktion in Teilen übernehmen), ansonsten werden jedoch alle entscheidenden Aspekte des Themas behandelt und vom „Who is Who“ der deutschen Parteien- und Koalitionsforschung fachkundig dargelegt. Besonders positiv hervorzuheben ist die Tatsache, dass auch zahlreiche neuere Forschungsansätze und von den Autoren

entwickelte Analyseraster vorgestellt werden, die dem Thema nicht nur neue Perspektiven abringen, sondern des Öfteren auch auf nicht unerhebliche Forschungsdesiderate verweisen. Es erscheint daher nicht unangebracht, den Sammelband als Standardwerk zum „State of the Art“ der neueren Koalitionsforschung zu bezeichnen.

CHRISTOPH WECKENBROCK

Schöllgen, Gregor: **Deutsche Außenpolitik, Band 1: Von 1815 bis 1945. München: C. H. Beck 2013, 272 Seiten, € 14,95, Band 2: Von 1945 bis zur Gegenwart. München: C. H. Beck 2013, 336 Seiten, € 14,95.**



In seiner Geschichte der Deutschen Außenpolitik folgt Gregor Schöllgen dem Weg Deutschlands von einem passiven Ordnungsfaktor im europäischen Staatenzentrum zu einem souveränen und integrierten Nationalstaat. Schöllgen, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Erlangen und Direktor des Zentrums für angewandte Geschichte, untersucht dabei die deutsche Außenpolitik von 1815 bis 2013. Die zwei Bände erschienen in Teilen bereits als separate Monographien, wurden aber grundlegend überarbeitet und aktualisiert. Anders als zahlreiche Darstellungen deutscher Außenpolitik beherrscht Schöllgen die Kunst des treffenden Zitats in vollendeter Manier, verwendet meist Primärliteratur und so ist die Aus-

sage, das Werk sei „aus den Quellen gehoben“ (I/Vorwort), zutreffend.

Gregor Schöllgen, der auch Mitherausgeber der Akten des Auswärtigen Amtes ist, glänzt mehr mit historischen Details als mit politikwissenschaftlicher, theoretischer Generalisierung. Jedoch beschränkt er sich nicht auf bekannte Schlagworte deutscher Außenpolitik. Er erklärt, verknüpft, differenziert – Geschichtswissenschaft par excellence. Dies fesselt selbst den fachlich versierten Leser. Seine metaphorische Sprache, mitunter auch salopp (z. B. I/161), ebenso sein beizeiten stakkatohafter Stil lassen das Werk augenscheinlich streitbarer erscheinen als es tatsächlich ist. Die Westintegration unter der Federführung von Bundeskanzler Adenauer, die die Wiedervereinigung verzögerte, als „Lebenslüge“ (II/59) abzustempeln, ist deshalb als eine gezielte Provokation zu werten, beschwichtigt Schöllgen doch sogleich, dass wohl keine Alternative zur West-Integration bestand. Durchwegs brilliert er mit perfekter Faktenkenntnis, behandelt im 20. Jahrhundert nicht nur die bundesdeutsche Außenpolitik, sondern auch diejenige der DDR und bettet deutsche Außenpolitik in einen globalen Rahmen. Bekannte Schlagworte wie die „Ostpolitik“ (II/157) oder den „NATO-Doppelbeschluss“ (II/199) erwähnt er regelmäßig en passant, was bisweilen dem Leser Geduld abfordert, tatsächlich aber das Prozesshafte moderner Geschichtsschreibung greifbar macht.

Machtpolitisch denkt Schöllgen in Morgenthauschen und Waltzschen Kategorien. Insofern stellt die Reichsgründung 1871 für ihn nicht nur ein Danaergeschenk, sondern den entscheidenden Fehler Otto von Bismarcks (I/35, 75, 105) dar. Das Dilemma der halbhegemonialen Stellung des Deutschen Reiches,

in das es Bismarck manövriert hatte, mündete in die Katastrophe zweier Weltkriege (I/115). Denn mit Bismarcks komplexer Staatskunst waren seine Nachfolger überfordert (I/61). Im Windschatten Versailles gedieh der revisionistische Vernichtungsfeldzug Hitlers, der gleichwohl in Sebastian Haffners Worten in „keiner deutschen Tradition“ stand (I/258). Die Gründung der BRD, deren West-Integration und die Teilung waren die Antwort der Westmächte auf den Kurs Stalins und das Vordringen des Kommunismus. So taxiert Schöllgen prägnant: „Die Totalintegration hatte der Republik die Teilsouveränität beschert“ (II/57). In der Folge fuhr die Bundesrepublik mit der Hallstein-Doktrin eine Negativstrategie der Nichtanerkennung der DDR, manövrierte sich damit aber in eine Sackgasse. Erst die Ostpolitik Bundeskanzler Brandts und Egon Bahrs bot einen Ausweg. Bei allem Wohlwollen gegenüber Brandt übt Schöllgen an den lebensverlängernden Maßnahmen für die DDR infolge von Brandts Ostpolitik Kritik (II/154, 183, 185) – auch wenn sie den momentanen Handlungsspielraum der BRD erweiterte (II/159). Eingeschränkt war dieser stets durch die außenpolitischen Prioritäten der Schutzmacht USA. Bei der Frage der Nachrüstung Anfang der 1980er-Jahre hingegen demonstrierte Bundeskanzler Schmidt dem amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter geostrategisches Denken. So stellt Schöllgen völlig korrekt fest, dass es – konträr zu den Parolen der Friedensbewegung – beim NATO-Doppelbeschluss darum ging, „zu vermeiden, dass sich die Vereinigten Staaten in Folge der SALT-Verhandlungen von ihren westeuropäischen Partnern abkoppelten“ (II/198). Die Wiedervereinigung war der Erfolg der Bürger der DDR,

wenngleich Bundeskanzler Kohl im richtigen Augenblick die Gelegenheit beim Schopf gepackt und damit staatsmännisches Gespür bewiesen hatte (II/232, 234). Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag 1991 beendeten die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges ihre Vorbehaltsrechte für Berlin und Deutschland als Ganzes und Deutschland erlangte seine völkerrechtliche Souveränität.

Das vorletzte Kapitel des zweiten Bandes – „Neue Horizonte 1991-2012“ – hält mehr als es verspricht, denn auch das Jahr 2013 findet darin Niederschlag. Indem Schöllgen die langen Linien deutscher Außenpolitik seit 1815 darstellt, wird deutlich, dass sich Deutschland noch immer in die Rolle eines global bedeutsamen Nationalstaates hineinfindet. Zu diesem Selbstfindungsprozess zählten die Debatten um Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr. Dazu zählten der Irakkrieg 2003 und die Libyenkrise 2011. Und dazu zählte die allmähliche Abnabelung von der nuklearen Schutzmacht USA. Denn über existenzielle Fragen würde nun in Berlin entschieden, „und nirgendwo anders“, zitiert Schöllgen Bundeskanzler Schröder (II/276). Konnten die USA in Zeiten des Kalten Krieges ihren renitenten Partner mit Verweis auf den atomaren Schutzschirm stets auf Kurs halten (z. B. II/167 f.), war jetzt die Deutsche Frage wieder gegenwärtig. An der vitalen Rolle der Vereinigten Staaten für die deutsche Außenpolitik lässt Schöllgen niemals Zweifel aufkommen.

Der Weg zu einer eigenständigeren bundesdeutschen Außenpolitik führt nach Schöllgen nur über Europa. War die eingeschränkte Souveränität in der Ära des Kalten Krieges Ausdruck mangelnder Gleichrangigkeit, so bedeute sie heute „Vorsprung“, denn eine intensivierte Europäische Sicherheits- und Verteidi-

gungspolitik sowie eine mit dem Lissabon-Vertrag begonnene institutionalisierte gemeinsame Außenpolitik der EU müsse mit einem schrittweisen Souveränitätsverlust einhergehen. Deshalb habe die Zukunft der deutschen Außenpolitik längst begonnen (II/327).

Besonders stark sind Schöllgens Darstellungen bei ausgezeichneter Quellenlage, also unter anderem dann, wenn die Verschlusszeiten der Akten des Auswärtigen Amtes vorüber sind. Fraglich ist indes, ob man Russland und China wirklich als Partner (II/275) bezeichnen sollte und ob das Verhältnis zwischen George W. Bush und Gerhard Schröder tatsächlich gut (II/277) war. Trotz dieser punktuellen Desiderate steht außer Frage, dass die vorliegende Darstellung zu einem der Standardwerke zur Deutschen Außenpolitik werden kann.

MANFRED GROSS

Faltlhauser, Kurt: Bauen für die Kunst. Ein Werkstattbericht aus der Ära Stoiber. Regensburg: Pustet 2013, 487 Seiten, € 32,00.



Das bei Pustet kürzlich veröffentlichte Buch „Bauen für die Kunst“ des ehemaligen bayerischen Finanzministers Kurt Faltlhauser will kein Kunst- oder Architekturbuch sein, sondern ein Werkstattbericht aus dem Maschinenraum der politischen Entscheidungsfindung. Und

in diesem Sinne geht es auf kurzweiligen 488 Seiten (mit nur wenigen Abbildungen) so gut wie gar nicht um den konkreten Prozess des Bauens, sondern es wird gezeigt, wie es während der Amtszeit Stoibers überhaupt möglich wurde, in verhältnismäßig kurzer Zeit neun Großbauten für Kunst und Kultur in der bayerischen Landeshauptstadt und in verschiedenen Regionen Bayerns zu errichten. Gerahmt ist die akribische Darstellung der Entstehungsgeschichte der neun Projekte durch eine kurze Einführung zu Beginn, ein Kapitel zur Haushaltspolitik in der Ära Stoiber sowie ein Kapitel zum politischen Führungsstil Stoibers („Prüfen, Entscheiden, Stehen“). Ein ausführlicher Anhang listet zusätzliches Material.

In jedem der neun Hauptkapitel, die in ihrem Aufbau zum großen Teil dem gleichen Muster folgen, wird zunächst ein grober Überblick über die oft jahrzehntelang kontrovers geführte Diskussion über den Bedarf, beispielsweise der Pinakothek der Moderne gegeben. Gerade diese Einblicke in die Realität politischen Handelns sind hervorragend und lebensecht von Faltlhauser dargestellt. Hier wird deutlich, wie sehr in demokratischen Systemen Entscheidungen vom klar formulierten Willen des Einzelnen abhängen, wie wichtig das Abpassen des Kairos ist, wie unersetzbar – das hebt Faltlhauser immer wieder hervor – das einmütige Zusammenspiel von Verwaltung und Exekutive ist. Der Autor stellt in diesem Kontext allerdings auch nüchtern die mannigfaltigen Problemfelder auf dem Weg zum ersten Spatenstich solcher Großprojekte vor: die (mediale) Öffentlichkeit, die teils äußerst kritisch die Planungen von kulturellen Leuchtturmprojekten begleitet; die zahlreichen Teilnehmer am politi-

schen Diskurs mit ganz unterschiedlichen Vorstellungen über den Ort und die Ausgestaltung der Bauten; die Kommentatoren sowie einflussreiche Gönner und Mäzene aus der Kunstszene selbst und natürlich die sich oft schnell ändernde Großwetterlage im Staatshaushalt, die Großbauten erst einmal erlauben muss. Genug Gefahrenpotenziale für das Scheitern eines Projekts also und die spannende Darstellung Falthausers zeigt nachvollziehbar, dass selbst bei bester Planung zu viel von stets komplexen Sachlagen abhängt, als dass ein Großprojekt ohne größere Hürden verwirklicht werden könnte.

Es ist vor diesem Hintergrund ein außerordentliches Verdienst des Autors, dass er nicht pathetisch als primäre Motivation für die Kulturbauten den kulturellen Anspruch Bayerns in den Vordergrund stellt, sondern dass er immer wieder deutlich macht, dass die Protagonisten der Regierung Bayerns Kunst und Kultur in der Hauptsache als „weiche Standortfaktoren“ betrachten, welche neben einem prosperierenden Industrie- und Dienstleistungssektor eben auch für das Renommee oder die Attraktivität von Städten notwendig sind. Dies wird besonders nachvollziehbar am Beispiel der Industriestadt Schweinfurt (Museum Georg Schäfer) gezeigt, die sich Mitte der 90er-Jahre in schwieriger wirtschaftlicher Lage befindet. Für die Landeshauptstadt München gelten andere Ziele. Hier ist es in der Mitte der 90er-Jahre das wiedervereinigte Berlin, dem in Sachen Kulturbauten Paroli geboten werden muss (S. 49). Doch nicht nur das: Der weise Politiker, der um das Wohl seines Landes besorgt ist, wird viel dafür tun, um potenzielle Stifter an der Abwanderung an andere lockende Stätten zu hindern.

Mit einigem Amüsement kann man nachlesen, mit welcher harten Bandagen insbesondere im Fall des Buchheim-Museum der Phantasie in Bernried und des Brandhorst Museum in München um eine Ansiedlung der bedeutenden Kunstschatze in Bayern – unter persönlichem Einsatz Stoibers – gerungen wurde. Falthausers macht das Gelingen insbesondere dieser Projekte an einer charakterlichen Eigenschaft Stoibers fest, nämlich, einmal gegebene Versprechen unbedingt halten zu wollen, um auf diesem Wege als jederzeit verlässlicher Partner gelten zu können. Die Zeitzeugengespräche am Ende eines jeden Kapitels verdichten noch einmal die Darstellungen des Autors. Sie verknüpfen die akribische Aufarbeitung der Aktenlage mit der persönlichen Erinnerung, dem „so ist es gewesen“.

Auch wenn der Autor dezidiert kein Architekturbuch verfassen wollte, so ist es doch ein wenig schade, dass auf den eigentlichen Prozess des Bauens so gut wie gar nicht eingegangen wird. Das Prozedere des jeweiligen Architekten Wettbewerbs wird knapp erläutert, die Preisgewinner werden genannt – aber dabei bleibt es. Es wäre schön gewesen, an dieser Stelle die alternativen Entwürfe präsentiert zu sehen oder ausführlicher erläutert zu bekommen, weshalb man sich letztlich genau für diesen Entwurf entschieden hat, aber nicht für jenen anderen. Die multiperspektivische Sicht auf die politischen Entscheidungsvorgänge vor dem eigentlichen Baubeginn wird mit dem Übergang zur konkreten Umsetzung plötzlich sehr eindimensional. Ein weiterer Kritikpunkt: Besonders im letzten Teil wird der Ton von Falthausers Überlegungen zum Politikstil Stoibers schon sehr hymnisch. Man darf sicher nicht erwarten, ein par-

teipolitisch neutral verfasstes Werk zu lesen, aber ein wenig mehr kritische Distanz, auch gegenüber den sicherlich glänzenden Leistungen Stoibers und seiner Mannschaft, hätte dem Buch in diesem letzten Teil sicher gut getan. Was bleibt, ist eine sehr lesenswerte Innenschau über eine der wichtigsten politischen Phasen Bayerns nach dem Zweiten Weltkrieg. Empfohlen sei sie allerdings nicht dem Kunst- oder Architekturstudenten, sondern den an praktischer Politik Interessierten, die wissen möchten, wie Demokratie jenseits theoretischer Modelle in der vielstimmigen Gegenwart funktioniert.

MICHAEL HARTLIEB

Vormann, Boris: *Zwischen Alter und Neuer Welt. Nationenbildung im transatlantischen Raum*. Dresden: CIFRAQS, Technische Universität Dresden 2012, 218 Seiten, € 28,00.



Das Buch ist eine Publikation des CIFRAQS, des „Centrum für interdisziplinäre franko-kanadische und franko-amerikanische Forschungen/Quebec-Sachsen“ der Technischen Universität Dresden. Es reiht sich ein in die Thematik der komparatistischen Nationenforschung, wobei, wie es CIFRAQS entspricht, für Kanada eigentlich drei Nationen angenommen werden: die britischstämmige, mehrheitliche, die starke Minderheit der Franko-Kandier am St.

Lorenz-Strom sowie die über beiden stehende gesamt-kanadische. Darüber wird nicht im Stile einer historischen Erzählung gehandelt, sondern analytisch, was voraussetzt, dass man die zugrunde liegende Geschichte wenigstens in ihren Grundzügen kennt: die Deportation der französisch-stämmigen Bevölkerung aus „Acadien“, dem späteren „Nova Scotia“, durch die Briten im Jahre 1755, die Eroberung von Französisch-Nordamerika durch die Briten im Laufe des uns Deutschen mit dem Adjektiv „Siebenjähriger“ vertrauten Krieges, die Festigung der britischen Herrschaft im Laufe des 19. Jahrhunderts sowie ihre Absicherung vor US-amerikanischen Begehrlichkeiten, schließlich die „Stille Revolution“ in der Provinz Quebec ab den 1960-er Jahren mit dem Erwachen von Autonomie- und sogar Separationsbestrebungen. Auch die englische, französische und US-amerikanische Geschichte sollte man bei der Lektüre präsent haben.

Das komparatistische Element besteht darin, dass der verwickelte Fall der Nationswerdung Kanadas zusammen mit dem der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs ins Visier genommen wird. Der Blick auf beide Ufer des Nordatlantik wird dadurch gerechtfertigt, dass Nation als „relationale Kategorie“ zu verstehen ist, sich also durch Unterscheidung von anderen Gesellschaften definiert und nicht allein aus inner-gesellschaftlichen Entwicklungen zu erklären ist. Deshalb ist auch die Frage, an welchem Ort die „Nation“ als handlungsbestimmende Größe zuerst entstanden sei, falsch gestellt. Weder England noch Frankreich für sich genommen kommen hier im hohen und späten Mittelalter in Betracht, da die gegenseitige Abgrenzung durch den „Hun-

dertjährigen Krieg“ ebenfalls entscheidend gewesen ist. Unter dieser „relationalen“ Prämisse wird der Autor auch bei dem allmählichen Bewusstsein von Eigenständigkeit fündig, das die Bevölkerung in den englischen Kolonien von Maine bis Georgia zur Überwindung ihrer Abhängigkeit vom Mutterland führte, nachdem zu den puritanischen Idealen der Frühzeit ein robustes ökonomisches Denken hinzugetreten war, das sich vom Mutterland nicht länger domestizieren lassen wollte. Das Fazit des Autors: „Nationenbildungsprozesse auf dem nordamerikanischen Kontinent vollzogen sich in enger Wechselwirkung mit der europäischen Welt.“

Die zweite These des Autors versucht, die in der Literatur zur Nationenbildung häufig anzutreffende Dichotomie zwischen politisch-ökonomischen und kulturellen Faktoren zu überwinden, indem sie beide verbindet und noch einen dritten Faktor hinzunimmt, der der Bedeutung größerer Kommunikationsnetzwerke für die Bildung nationalen Bewusstseins nachgeht und mit „Kommunikation und Technologie“ schlagwortartig erfasst wird. Ein Beispiel: Der Bau des „Canadian Pacific Railway“ hat die verschiedenen Einwohner des pazifischen Ufers, der Rocky Mountains, der großen Ebenen, der Ufer der großen Seen und des atlantischen Bereichs zusammengeführt. Vergleichbare Eisenbahnbauten in den USA zur Erschließung des „Wilden Westens“ und zur Verbindung von Atlantik- und Pazifikküste hatten südlich der „längsten friedlichen Grenze der Welt“ einen vergleichbaren Effekt. Nationsbildung bedeutet die Durchsetzung eines gewissen, neuartigen Grades von Konzentration und Vereinheitlichung, und dazu tragen moderne kommunikative Hilfs-

mittel einen gehörigen Teil bei. Nation bedeutet auch intensivierte Kommunikation und nur unter dieser Voraussetzung findet das viel und auch vom Autor zitierte Wort von Ernest Renan praktische Anwendbarkeit, Nation sei ein alle Tage stattfindendes Plebiszit. Die Wirksamkeit des solcherart als verbindlich erklärten Willens der Bevölkerung setzt nämlich eine gewisse Homogenität der Träger dieses Willens voraus.

Im abschließenden Kapitel fragt der Autor sich, ob man in der sich globalisierenden Welt von einem Ende der Nation als politisch-kulturellem, aber auch ökonomischen Bezugspunkt von Bedeutung sprechen sollte. Er kommt zu dem Ergebnis, dass davon nicht die Rede sein kann, und dass es nicht damit getan ist, die Kategorie der Nation mit einer gewissen Verachtung nur als eine „reduktionistische Erklärungshilfe in einer komplexen Welt“ abzutun. Den Nachteilen, dass die Konstruktion einer Nation zur Kriegsmobilisierung gut taugliche und Minderheiten zu unterdrücken drohe, stünden große Vorteile gegenüber, auf die nicht zu verzichten sei: die Besserung gesellschaftlicher Verhältnisse infolge des Gefühls von Zusammengehörigkeit, der praktische Rahmen zur Entwicklung eines Wohlfahrtsstaates, das geeignete Forum für eine verantwortungsbewusste Politik, da sie der Nation Rechenschaft schuldet. Wir dürfen ergänzen: Da der Idee der Nation etwas Egalitäres und damit Demokratisierendes innewohnt. Zudem, so der Autor, bleibt der Nationalstaat die zentrale Einheit des internationalen Systems.

Den Diskurs von der Globalisierung beargwöhnt er als einen hegemonialen, genau so, wie es derjenige gewesen sei, der um 1800 und später, je nach Gebiet der Welt, die Nation gewissermaßen

herbeigeredet habe. Es sei selbstverständlich nicht zu bezweifeln, dass es Themen gebe, die den ganzen Globus angingen, wie etwa die Reaktion auf den Terrorismus, die internationale Finanzkrise und die erforderliche Reaktion auf den Klimawandel. Doch bei der Behandlung dieser Themen seien eher nationale Alleingänge als multilaterale Bündnisse zu beobachten. Die uralte liberalistische Idee, dass der wirtschaftliche Austausch nicht nur für Frieden, sondern auch für Homogenisierung Sorge, dass also die Identität durch den Wirtschaftsraum bestimmt werden könne, werde gegenwärtig in der EU falsifiziert. Denn die Herren der Integrationsverträge sind immer noch die einzelnen Mitgliedstaaten, und – so darf aus aktueller Perspektive hinzugefügt werden – da deshalb die intensive deutsch-französische Zusammenarbeit eine besondere trans-nationale Qualität besitzt, zeigt sich dies in der europäischen Schuldenkrise als sehr hinderlich, da Deutschland und Frankreich noch zu keinem gemeinsamen Standpunkt für deren Bewältigung gekommen sind.

Vielleicht denken wir zu linear, gibt der Autor zu bedenken, wenn wir meinen, die Globalisierung laufe strukturell ähnlich ab wie die Nationenbildung. Denn es gibt ja auch starke gegenläufige Tendenzen zu der Globalisierung, so die in der Öffentlichkeit vorgetragene Kritik am demokratischen Defizit der Finanz- und Wirtschaftsglobalisierung. Halten wir uns also mit Projektionen in die Zukunft zurück, wie der Autor mit einem originellen Bonmot verdeutlicht: „Geschichte wird erst nach ihrem Vollzug teleologisch.“

BERND RILL



Welzer, Harald: *Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand*. Frankfurt a. M.: Verlag S. Fischer 2013, 336 Seiten, € 19,99, TB-Ausgabe 2014, € 9,99.

Der Soziologe Harald Welzer hat mit „Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand“ leider ein gutes Buch geschrieben. Warum leider? Zum einen, weil leider viele seiner unbequemen Überlegungen klug und richtig sind und weil sie leider unsere Denkfehler und Alltagsfaulheiten entlarven. Zum anderen, weil dieses Buch dadurch leider zu gut ist, um es wegen seiner teils enervierenden strukturellen Schwächen zuzuklappen und wegzulegen. Genau das ist das Problem mit Welzers „Selbst denken“: Leider sollte man es lesen. Sofort und gründlich.

Im Kern beschreibt der Direktor des Berliner Think Tanks Futurzwei das Modell einer reduktiven bzw. nachhaltigen Moderne, das er unserer aktuellen, expansiven Moderne gegenüber- und entgegenstellt. Nach seiner Auffassung nutzt unser extraktives, d. h. auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen basierendes Wirtschaften Wenigen und schadet Vielen. Es vernichtet Lebensgrundlagen und schröpft den Planeten (dem das im Gegensatz zu uns völlig egal sein kann). Es schafft brutale Ungerechtigkeit, legt die Axt an die Wurzeln der Demokratie und führt in eine kaum lebenswerte Zukunft.

Dabei kritisiert er nicht nur die konventionellen Wachstumsideen, die seit

der Industrialisierung unser Wirtschaften dominieren. Er zerlegt auch nonchalant die Idee eines grünen Wachstums, das Viele heute als nachhaltige(re)s Zukunftsmodell betrachten. Ein effizienterer Ressourcenverbrauch, so rechnet er vor, schafft in der Regel nicht weniger Verbrauch, sondern mehr Produktion. Auch ein grünes Wachstum wirkt damit in der Summe extraktiv, eine neue Qualität ist nicht erkennbar. Das ist starker Tobak für alle, die „green growth“ wollen. Aber es klingt plausibel.

Für Welzer führt der einzige Weg in eine lebenswerte Zukunft über Reduktion, negativ gesagt Verzicht, positiv formuliert Konzentration auf das Wesentliche. Da Welzer diese Idee weder als erster noch als letzter Autor äußert, stellt sich die Frage: Was macht ausgerechnet sein Buch lesenswert? Drei Gründe seien hervorgehoben:

Erstens strotzt „Selbst denken“ vor intelligenten Analysen und spannenden Ideen. Welzer hat gründlich recherchiert und sich viele kluge Gedanken gemacht. Diverse Beispiele schaffen Plastizität. Dass manche Aspekte nur bedingt überzeugen (z. B. seine Ansichten zur Relevanz der Naturwissenschaften), manche Einwände recht kurz springen (z. B. sein Urteil über Muhammad Yunus), manche Aussagen widersprüchlich wirken (findet er „Cradle to Cradle“ nun sinnvoll oder nicht?) – geschenkt. Schließlich schreit der Autor uns förmlich entgegen: Selbst denken! Deutlicher kann er die kritische Rezeption seines Werkes nicht einfordern.

Zweitens ist „Selbst denken“ ein Lesegenuss. Welzer schreibt pointiert, schon weder sich noch andere und verbindet kritisches Denken mit einer unterhaltsamen Sprache. Da wird der Discounter zur Kaufhundehütte, das Ein-

kaufszentrum zum Shopping-Gulag, die Schweizer Bahn zum Lifestyleprodukt. Auch die Auswahl und Beschriftung der Bilder amüsieren und lockern auf. Gewiss bewertet nicht jeder Leser die teils schnodderige Sprache als angemessene Darreichungsform für wissenschaftliche Sachverhalte. Doch schlussendlich dürfte sie mehr Menschen für das Buch gewinnen als abschrecken.

Drittens ist Welzers Buch über Reduktion, Verzicht oder Konzentration auf das Wesentliche so lesenswert wegen seines positiven Grundtons. Der Autor zeichnet mehr lebenswerte Zukunftsvision als Horrorszenario. Er lässt den Leser nicht in der Hilflosigkeit des Einzelnen zurück, sondern macht ihm klar: Du trägst für nichts anderes die Verantwortung als für Dein eigenes Handeln – aber diese Verantwortung trägst Du. Das ist hart, aber fair. Angst vor der eigenen Courage? Wird nicht akzeptiert. „Man sollte das Wünschen und Träumen als Produktivkräfte des Zukünftigen rehabilitieren, und zwar dringend“ (S. 252). In diesem Satz spiegelt sich der ganze Trick: Welzer motiviert, wo andere deprimieren.

Der Vollständigkeit halber sei auch die wesentliche Schwachstelle des Buches benannt: der Aufbau. Schon das Inhaltsverzeichnis bietet kaum Orientierung. Ein schnelles Auffinden der wesentlichen Ideen ist schwierig bis unmöglich. Zentrale Begriffe wie expansive, reduktive und nachhaltige Moderne sickern ohne systematische Definition in den Text ein. Zwischen reduktiv und nachhaltig wird nicht einmal trennscharf unterschieden. Damit untergräbt Welzer ohne Not sein eigenes Anliegen. Denn zweifellos hätten allein schon übersichtliche Einleitungs- und Schlusskapitel den Rezipientenkreis erweitert,

gerade um die relevante Zielgruppe vieler Multiplikatoren.

Ein bisschen hart, aber wohl den Humor des Autors treffend, fällt daher das abschließende Urteil aus: Mit „Selbst denken“ hat Harald Welzer einen donnernden, wenngleich etwas langen Essay geschrieben. Das Buch ist so gut, dass man sich wünscht, er schriebe es gleich noch einmal – und diesmal geordnet. Bis dahin muss man das lesen, was es gibt. Denn leider lohnt es sich.

BENEDIKT BRUNNER

Fink-Lang, Monika: **Joseph Görres. Die Biographie.** Paderborn / München / Wien / Zürich: Verlag Ferdinand Schöningh 2013, 384 Seiten, € 39,90.



Mit einiger Verblüffung stellt der Leser fest, dass bis in unsere Zeit Joseph Görres (1776–1848) bisher keine wissenschaftlich fundierte Lebensdarstellung gewidmet worden ist. Dabei war er ein einflussreicher Publizist und bedeutender Intellektueller in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der mit dem „Rheinischen Merkur“, seinen (Kampf-)Schriften und einem umtriebigen Briefwechsel sowohl Gesinnungsfreunde als auch politische Gegner inspirierte und herausforderte.

Görres' Lebensentwürfe und politische Positionen wechselten, waren aber stets vom Bemühen um persönliche Mäßigung im Umgang mit Freund und

Feind gekennzeichnet. Es sollte um die Sache gehen, nicht gegen Andersdenkende. Er durchlebte viele Wandlungen, bekannte und rechtfertigte sich später, ohne dass ihm der Ruch des Opportunismus anhaftet. Erkenntnisse und Einsichten lassen ihn vom Revolutionsanhänger zum Konservativen, vom Republikaner zum Monarchisten, vom Pantheisten zum gläubigen Katholiken werden.

In bescheidenen familiären Verhältnissen im kurtrierischen Koblenz geboren, entwickelt der Junge Eigenwilligkeit. Die mangelnde Zuwendung der Mutter sowie fehlende Kontakte zu Altersgenossen und aufklärerisches Gedankengut am Kurfürstlichen Gymnasium isolieren ihn im Milieu. „Keiner verstand, geschweige denn teilte seine naturwissenschaftlichen Interessen, seine unbändige Lesewut, seine Begeisterungsfähigkeit, seinen phantasievollen und sensiblen Intellekt“ (S. 16). Joseph Görres begrüßte die Französische Revolution, sah der Besetzung durch den Nachbarn durchaus erwartungsvoll entgegen, wandte sich nach den blutigen Wirren der Jakobinerherrschaft aber vom Ideal ab und verachtete zunehmend die Besatzungsmacht.

Ab 1800 unterrichtete Görres an der heimatlichen Sekundärschule und schaffte sich damit die materielle Grundlage, seine Jugendliebe aus „besserem“ Hause zu ehelichen und eine Familie zu gründen. Die Verbindung rieb sich an den Interessensgegensätzen der Partner. Er erwartete von der Gattin, dass sie „allein für ihn da ist und ihm das häusliche, private Glück sichert, ihn in seinem Kampf stärkt und bestätigt“ (S. 66). Sie wünschte sich (insgeheim) einen Partner, dem sie ebenfalls alles geben kann. Neben der Unterrichtstätigkeit schrieb

Joseph Görres eine Fülle an Texten, die es ihm ermöglichten, sich erfolgreich an der Universität in Heidelberg zu bewerben. Hier entwickelte er sein Verhältnis zur romantischen Bewegung, korrespondierte mit Arnim, Brentano und den Brüdern Grimm – Freundschaften, welche ein Leben lang, trotz kritischer Einwände, Zusammenhalt gaben.

In der Folgezeit, 1808 nach der Rückkehr nach Koblenz, wirkte der Gelehrte in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen wie Naturwissenschaften, Philosophie und Geschichte, beschäftigte sich mit mittelalterliche Handschriften, mystischen Texten und Mythen, beschrieb und analysierte parapsychologische Erscheinungen und brachte mit der Herausgabe des „Rheinischen Merkur“ zuerst deutsche und ausländische Majestäten in Rage, um schließlich in den nun preußischen Rheinprovinzen die neuen „Besitzer“ in Berlin herauszufordern. Langwieriger politischer Streit, trotz anfangs wohlwollender Duldung und Förderung preußischer Reformer um Karl August von Hardenberg, zwischen ihm und dem Monarchen lassen ihn voraussehend ins Exil nach Straßburg und die Schweiz flüchten.

Im bayrischen König Ludwig I. fand Joseph Görres einen neuen Gönner. Durch Vermittlung einiger Wohlgesinnter wird er 1827 zum Professor für Allgemeine und Literaturgeschichte an die Münchner Universität berufen. Neben den Lehrverpflichtungen und einem offenen Haus für Gesinnungsfreunde um die Zeitschrift Eos blieb er als Publizist – vier Bände „Christliche Mystik“, Kampfschrift „Athanasius“ – weiterhin mit seiner Neugier und Begeisterung, stets gepaart mit Kampfgeist, aktiv und seinem Leitspruch „Weiche du nicht den Übeln, sondern du sollst ihnen kühner

entgegengehen“ (Vergil, Aeneis VI; S. 228) treu. Diesem Andenken ist die Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft gewidmet.

Die auf breiter Quellengrundlage ruhende, überaus lesenswerte biographische Lebensskizze von Monika Fink-Lang, die bisher mit Arbeiten über die Geistesgeschichte des Mittelalters und zuletzt als Herausgeberin von Görres-Briefen hervorgetreten ist, inspiriert Fragen über die Wirkung von Joseph Görres über die Zeitläufe hinweg. Mit welchen gedanklichen Inhalten beeinflusste er den parteipolitischen Katholizismus in Bezug auf Verfassungsstaatlichkeit und bürgerliches Freiheitsstreben sowie bayrischen Partikularismus und sind geistige Einflüsse auf politische Entwicklungen während der „Räterepublik“, in der Zwischenkriegszeit, den nachmaligen Freistaat Bayern und die Christlich Soziale Union bis auf den heutigen Tag festzustellen?

UWE ULLRICH

Janz, Oliver: *Der große Krieg.*
Frankfurt / New York: Campus
Verlag 2013, 415 Seiten,
€ 24,99.



Die doch etwas akademische Frage, ob der Erste Weltkrieg wirklich derjenige gewesen sei, der als erster den Ausdruck „Weltkrieg“ verdient habe, oder ob man nicht die Kriege zwischen Ludwig XIV. und den Briten und deren kontinentalen Verbündeten als die ersten dieser Ausdehnung bezeichnen sollte, denn damals habe man nicht nur in Europa, sondern auch in Indien und Nordamerika gekämpft, mit klarem Gesamtzusammenhang, wird vom Autor gewissenhaft erörtert, kann aber nicht weiter führen als zu einer Definition, die man auch anders setzen dürfte.

Wichtiger zur Beurteilung des vorliegenden Werkes scheint dem Rezensenten Folgendes zu sein: Bei der Darstellung von Kriegen kann man zweierlei Schwerpunkte setzen, nämlich den militärischen oder den allgemein politischen, kulturellen, ökonomischen, sozialen. Das vorliegende Buch ist klar der zweiten Kategorie zuzurechnen. Eindringlich und materialreich tritt hervor, welche bis dahin unbekannte, tiefgreifende Einschnitte dieser erste „totale“ Krieg in das gesamte Leben der Völker gebracht hat, die ihn bestritten. Dabei werden neben den Zuständen in Deutschland auch die in Österreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien und

Russland berücksichtigt. Das militärische Geschehen wird nur skizziert, wenn auch darauf geachtet wird, dass die wichtigsten Wendepunkte ein deutliches Profil erhalten: so der deutsche Einmarsch in Frankreich bis zum „Wunder an der Marne“ vom September 1914, die Somme-Schlacht 1916, die Brusilow-Offensive etc. Recht knapp weg kommt das Jahr 1915, zu Verdun 1916 wird nur das Allernotwendigste mitgeteilt, eine strategische Diskussion der deutschen Frühjahrsoffensive 1918 findet nur begrenzt statt. Der Krieg in den Kolonien, der militärisch eher eine Marginalie darstellte, obwohl er die Deutschen ihr gesamtes überseeisches Imperium kostete, erhält breiteren Raum, was im Rahmen des gesamten Geschehens unverhältnismäßig wirkt, sich aber desto spannender liest und zudem den Vorteil bringt, dass man das Entstehen des amerikanisch-japanischen Konfliktes im Pazifik bemerkt, wodurch eine Brücke zu späteren einschneidenden Ereignissen geschlagen wird. Die Zimmermann-Depesche, der unmittelbare Anlass zum Kriegseintritt der USA, kommt merkwürdigerweise nicht vor.

Der Autor moniert, dass die Erinnerung an den großen Krieg sich zu sehr auf die deutsch-französisch-britische Westfront konzentriert und die Kämpfe im Osten und Südosten Europas ausblendet. Aber es ist nicht festzustellen, dass die Präsentation deshalb sich des anfänglichen österreichischen Desasters in Galizien, der Durchbruchsschlacht von Tarnow-Gorlice und anderer Schwerpunkte umfangreicher annehmen würde. Zu Recht wird das Ungleichgewicht im allgemeinen Geschichtsbild damit begründet, dass im Osten und Südosten nicht 1918 als Epochenjahr wahrgenommen wird, da die

kriegerischen Auseinandersetzungen damals noch nicht beendet waren, sondern aus Gründen, die mit dem Ausbruch des Weltkrieges nichts mehr zu tun hatten, andauerten: In Russland hatten sich die Bolschewiken an die Macht geputscht und mussten nun noch bis 1921 einen Bürgerkrieg gegen ihre Feinde durchstehen. Der rote Sieg im Bürgerkrieg taugte als Gründungserzählung der Sowjetunion, der Zusammenbruch des Zarenreiches 1917 war hingegen nur eine der Ursachen und noch dazu keine konstruktive, die zur Gründung der Sowjetunion führten. (Übrigens liegt Tambow, wo die Bolschewiken einen Bauernaufstand niederkämpften, nicht, wie man liest, in Südrussland, sondern mitten drin, in den reichen Gebieten rund um Moskau, in denen die Feinde der Bolschewiken niemals Fuß fassen konnten).

Auch im Südosten kam das Ende nicht im November 1918. Die Niederlage des osmanischen Reiches führte nach dem Willen der Sieger zunächst zu dessen Zerstückelung (Vertrag von Sevres 1920), bis die national-türkische Reaktion, an deren Spitze Mustafa Kemal stand, der spätere „Atatürk“, dieses Ergebnis in erheblichen Teilen rückgängig machte (Vertrag von Lausanne 1923) und die heute noch bestehende türkische Republik begründete. Der Autor stellt also auch eine Menge Nachkriegsgeschichte dar, die von dem hauptsächlichen Krieg kausal tatsächlich nicht getrennt werden kann, und löst auf diese Weise die Erwartungen ein, die er beim Leser mit dem Hinweis auf die mangelnde Erinnerung an den Osten und Südosten geweckt hat.

Dieses Hinausweisen über die Niederlage der Mittelmächte führt natürlich zu der häufig erörterten Frage, ob

man den Zweiten Weltkrieg nicht als eine Konsequenz des Ersten betrachten sollte, weshalb die Zeit von 1914 bis 1945 zu einem neuen „Dreißigjährigen Krieg“ zusammenzufassen wäre. Der Autor lehnt dies aber ab, da man in der Geschichte, ebenso wie im Strafrecht, die Kausalitäten nicht einfach aneinanderreihen darf, sondern sie gewichten und außerdem mit neu hinzutretenden Kausalitäten verbinden muss. War die Revision des Versailler Friedensvertrages eine Forderung, die den Nationalsozialisten seit der Gründung ihrer Partei Stimmen brachte, so ist doch die neu hinzutretende Kausalität der Weltwirtschaftskrise ab 1929 eine unverzichtbare weitere Voraussetzung für das Anwachsen der NSDAP in einem Grade, dass Hitler als Reichskanzler ein ernsthafte Option werden konnte.

Verdienstvoll ist das besondere Eingehen des auch schon durch Publikationen zur Geschichte des Königreichs Italien ausgewiesenen Autors auf dessen Rolle im Kriege, obwohl er wie alle Nicht-Italiener auch der Auffassung ist, dass diese nicht kriegsentscheidend gewesen sei. Was er zu den inneren Auseinandersetzungen von August 1914 bis hin zum Kriegseintritt Italiens im Mai 1915 referiert, ist eine souveräne Zusammenfassung, in deren Rahmen sich die politischen Einzelheiten mühelos einfügen lassen. Auch das Entstehen aggressiven Geistes in den italienischen Eliten, das Herauswachsen aus der halbwegs geruhsamen Honoratioren-Monarchie etwa ab der Jahrhundertwende wird verständnisvoll nachgezeichnet. D'Annunzios Abenteuer der Besetzung Fiumes (Rijekas) von 1919/20 bekommt breiten Raum, weil dort die öffentlichen Rituale ausgebildet worden sind, die wenig später dem an die Macht gelangten

Faschismus eigen waren, und weil das Fiume-Abenteuer auch die Mentalität und Weltanschauung quasi im Brennspeigel zusammenfasst, auf die sich dann Mussolini berief.

Nur zwei kleine Kritikpunkte sind hier anzubringen: D'Annunzios Poesien werden als „schwülstige Machwerke“ abgetan. Das sind sie mitunter und auch von einer grotesken Theatralik, wie sie der narzisstischen Persönlichkeit des Dichters nun einmal zu eigen war. Dennoch sind ihre besten Stücke aus der Entwicklung der italienischen Literatur nicht wegzudenken. Der Historiker ist eben kein Romanist.

Und bezüglich der Verhandlungen, die Italien 1914/15 mit Österreich und parallel auch mit den Westmächten führte, um herauszufinden, wer ihm die größeren Konzessionen offerieren würde, heißt es einmal: „London und Paris hatten nicht viel mehr zu bieten als Wien“. Doch wenige Zeilen später erfahren wir, dass die Westmächte Italien neben dem Trentino, Südtirol und Triest auch noch Istrien und große Teile Dalmatiens zusicherten. Das war so viel mehr als das österreichische Angebot, dass bei Einlösung dieser Zusicherungen auf den Friedenskonferenzen die Bildung des Königreichs Jugoslawien unmöglich geworden wäre.

BERND RILL

FÖRDERPREIS FÜR POLITISCHE PUBLIZISTIK

der

Hanns-Seidel-Stiftung

dotiert mit EURO 5.000

Themenstellung

„2030“

Wo steht dann meine Generation?

Einsendeschluss: 7. November 2014

Jury-Förderpreis
Referat II/4
Hanns-Seidel-Stiftung
Lazarettstraße 33
80636 München

Die Bewerber müssen Jahrgang 1984 oder jünger sein.

Weitere Informationen unter www.hss.de/preise/publizistik.html

DAS PROZEDERE AUF DEN PUNKT GEBRACHT:

• Wer ist angesprochen?

Bewerber können sich immatrikulierte Studierende oder Erstpromovierende an wissenschaftlichen Hochschulen, die Jahrgang 1984 oder jünger sind.

• Was ist einzureichen?

- Ein Papiermanuskript (Zeichenanzahl inkl. Leerzeichen: 12.000 bis 24.000)
- Das Manuskript als Worddatei auf CD
- Eine aktuelle Immatrikulationsbescheinigung
- Ein tabellarischer Lebenslauf mit ausführlichem Werdegang (Einsendeschluss: 07.11.2014/Datum des Poststempels)

• Rückfragen unter

Tel.: +49 (0)89 1258-215

E-Mail: endres@hss.de

• Wohin? Ausschließlich per Briefsendung an

Jury-Förderpreis

Referat II/4

Hanns-Seidel-Stiftung

Lazarettstraße 33

80636 München

• Richtlinien zum Inhalt / Jurykriterien

- Die Eingrenzung der offenen Themenstellung sollte individuell erfolgen. Zur Verdeutlichung sei folgende angeführt: Wo steht meine Generation im Jahr 2030 z.B. in den Bereichen Gesundheit, Rente, Bildung, Arbeit, Energie, Umwelt, Wirtschaft, Technik, Demographie, Mobilität etc.
- Das Thema kann als Essay, Reportage oder wissenschaftlicher Beitrag aufbereitet werden.
- Die Arbeit kann übergreifend oder exemplarisch angelegt sein.
- Sie muss in deutscher Sprache formuliert sein, den politischen und demokratischen Grundsätzen der Bundesrepublik Deutschland gerecht werden, aus wissenschaftlicher Perspektive verfasst sein, sich durch stilistische Klarheit auszeichnen und durch eigenständige, innovative Gedanken oder auch durch ungewöhnliche Aspekte in der Ausarbeitung Interesse erregen.
- Sie soll sich für eine Veröffentlichung in einer von der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Publikation eignen.
- Der Beitrag darf noch nicht veröffentlicht sein.

Der Preis dient der Förderung von Nachwuchswissenschaftlern (w/m).

Die Auswahl unter den eingereichten Arbeiten übernimmt eine unabhängige Jury, der prominente Wissenschaftler und Publizisten angehören. Die Jury entscheidet mit einfacher Mehrheit. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Jury behält sich vor, die Arbeiten mit einer Plagiat-Software zu überprüfen.

Die Hanns-Seidel-Stiftung e.V. erwirbt mit der Auszeichnung der Arbeiten das Recht, diese honorarfrei zu veröffentlichen. Zusätzlich werden Textbeiträge der Einsender publiziert, wenn die Jury dies vorschlägt. Eine Pflicht zum Abdruck besteht für die Hanns-Seidel-Stiftung allerdings nicht.

Mitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung sind von der Teilnahme an dem Wettbewerb ausgeschlossen.

Die Preisverleihung findet in der ersten Jahreshälfte 2015 in einem feierlichen Rahmen im Konferenzzentrum München statt.

Weitere Informationen zur Preisausschreibung finden Interessierte unter www.hss.de/preise/publizistik.html

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen.html bestellt werden:



**ARGUMENTE UND MATERIALIEN
ZUM ZEITGESCHEHEN**

Nr. 89: Kirche im ländlichen Raum –
Resignation oder Aufbruch?



**ARGUMENTE UND MATERIALIEN
ZUM ZEITGESCHEHEN**

Nr. 90: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen
– Gleichstellung als Motor für nachhaltige
Entwicklung



**ARGUMENTE UND MATERIALIEN ZUM
ZEITGESCHEHEN**

Nr. 91: Der Erste Weltkrieg – „In Europa gehen
die Lichter aus!“



SONSTIGE PUBLIKATIONEN

Josef Kraus / Hans Zehetmair (Hrsg.):
Bildung und Demographie

VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN

Nr. 455: Das Freihandelsabkommen, die EU und die USA mit
Beiträgen von John B. Emerson, Earl H. Fry und Werner Weidenfeld

POLITISCHE STUDIEN

6 X IM JAHR

Jetzt Jahresabo abschließen!

THEMENHEFTE



Herausgeber:

© 2014, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzender: Prof. Dr. h. c. mult. Hans Zehetmair,
Staatsminister a. D., Senator E. h.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ/Publikationen: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
(Chefredakteur, V.i.S.d.P.)
Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)
Irene Krampfl (Abo-Verwaltung; krampfl@hss.de)
Graphik: Publishers Factory, München
Druck: Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder

unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Bezugspreis:

Einzelhefte € 5,50
Jahresabonnement € 30,00
Schüler/Studenten bei Vorlage einer Bescheinigung kostenfreies Semester-Abonnement
Keine Versandkosten

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind über die Redaktion und den Buchhandel möglich.

Kündigungen müssen der Redaktion schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonnements vorliegen, ansonsten verlängert sich der Bezug um weitere 12 Monate.

Bildnachweis für Titel:
M.Llorden/getty images

